

Politische Berichte

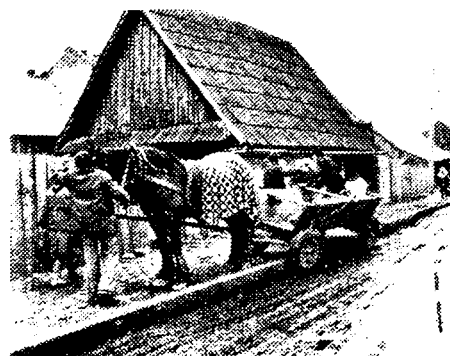


3. Juli 1982
Jg. 3 Nr. 14

G 7756 D Preis:
2,50



Beamtenbesoldung: Verschiebung der Anpassung: weitere Kürzungen schon in Beratung Seite 7



VR Polen: Die Krise in der Nahrungsmittelversorgung beruht auf der falschen Politik der PVAP gegenüber den Bauern Seite 13



Frankreich: Nach Abwertung nun Lohn- und Preisstopp – Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik? Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Libanon-Invasion: Die zionistische Aggression ist von den Imperialisten von langer Hand geplant und vorbereitet worden	Seite 3
Initiativen der arabischen Völker und Staaten gegen die zionistische Aggression	Seite 4
Die „Grenzen“ Israels sind Waffenstillstandslinien	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Beamtenbesoldung: Verschiebung der Anpassung: weitere Kürzungen schon in Beratung	Seite 7
Bundesanwaltschaft: Rebmann schützt mit „Alleintäter“-Theorie Nazis	Seite 7
AEG-„Sanierung“: Das Konzept „AEG 83“ vor der Vollendung	Seite 8
Großbritannien: Kater nach dem Falkland-Rausch	Seite 9
Griechenland: USA und BRD verstärken Druck	Seite 9
TA-Luft: Weitreichende Zugeständnisse an die Kapitalisten	Seite 10
Tarifrente: Für hohen Verschleiß auch noch Lohnverzicht	Seite 11
Türken und Kurden: Untersuchungskommission wird gebildet	Seite 12
VR Polen: Die Krise in der Nahrungsmittelversorgung beruht auf der falschen Politik der PVAP gegenüber den Bauern	Seite 13
1918 – 1939: Deutsche Blockade und Wirtschaftskrieg gegen polnischen Aufbau	Seite 14
Kirche weiß gesellschaftlichen Rat	Seite 16
Zunehmende Unterschiede der Lebensverhältnisse der Bauern	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Klinikum Mannheim: Finanzierung nicht mehr gewährleistet / 600 Beschäftigte „zuviel“	Seite 19
HAW: Betriebsrat gegen Entlassungspläne	Seite 19
Druckindustrie Bayern: Mit Drohungen und anderen Mitteln wird der Krankenstand gesenkt	Seite 20
Universität Würzburg: Kampf um betriebliche Kindertagesstätte	Seite 21
Atom Müll: Schacht Konrad jetzt als Endlager?	Seite 21
Asylbewerber: Unwürdige Behandlung ausländischer Arbeiter – Sammellager, Arbeitsverbot	Seite 22

Verschärfte Abschiebungspraxis	Seite 23
Vermögensbildung: CDU: Nicht konsumieren — kapitalisieren	Seite 23
NRW: Privatuniversität in Herdecke geplant	Seite 23
Westberlin: Die Friedhofsruhe fand nicht statt	Seite 24
Nazi-Schulleiter: Gericht bestätigt Treue zur Verfassung	Seite 24
Göttinger Thekenversammlung: „Hier wird Politik mit der Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz gemacht“	Seite 25
Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe: Hauptproblem Arbeitszeit	Seite 26
Stichwort: Gastgewerbe	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Frankreich: Nach Abwertung Lohn- und Preisstopp — Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik?	Seite 29
Niederlande: Erneute Lohnsenkungen durch die Regierung	Seite 29
USA: Stahlkonzerne: „Neuen Tarif, Löhne runter!“ ...	Seite 30
Kanada: Nickelarbeiter im Streik	Seite 30
Nigeria: Regierung schränkte Importe drastisch ein	Seite 31
Philippinen: Streik gegen Arbeitsgesetz vorbereitet	Seite 31
Lateinamerika: Wirtschaftliche Zusammenarbeit — Freihandel nutzt vor allem den Imperialisten	Seite 32
Imperialistische Konzerne verschärfen Druck auf bananenexportierende Länder	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
„Die tollkühne Hexe in ihrem fliegenden Bett“: Situationskomik, Anspielungen auf Bekanntes, technische Tricks — so wird der Krieg gemütlich	Seite 34
Kinderkrimi: phantastisch, nicht spießig	Seite 34
SF: Widerstand gegen „Teenager-Kult“	Seite 34
„Aber es waren schöne Zeiten“	Seite 35
Heimatvertriebene: „Es lebe unsere sudetendeutsche Heimat“ (Neubauer)	Seite 35
Prof. Peter Brückner: Kritik der Reaktion und der niedersächsischen Staatsphilosophie	Seite 36
DRUPA-Messe Düsseldorf: Neuheiten, die Rationalisierung in allen Bereichen ermöglichen	Seite 37
Unternehmensstatistik: Zusammensetzung des konstanten Kapitals	Seite 38

Die zionistische Aggression ist von den Imperialisten von langer Hand geplant und vorbereitet worden

„Beirut brennt“, meldete am vergangenen Freitag ein libanesischer Rundfunksender. Stundenlang hatten zuvor israelische Bomber den moslemischen Westteil der Stadt mit Phosphor- und Splitterbomben angegriffen, hatten israelische Raketen- und Artilleriestellungen und Schiffsgeschütze von See her die Westviertel Beiruts mit einem Hagel von Geschossen eingedeckt. Hunderte sollen allein bei diesem einem Angriff ums Leben gekommen sein, Hunderte liegen noch unter den Trümmern der zerschossenen und zerbombten Häuser begraben.

Wohl kaum ein israelischer Angriff, gründlich und lange von den Imperialisten vorbereitet und mit äußerster Brutalität durchgeführt wie noch jeder seit Bestehen des Kolonialstaates, ist von seinen imperialistischen Drahtziehern mit einer derart heuchlerischen „Bestürzung“ und „Ahnungslosigkeit“ kommentiert worden.

Bereits im Februar hatte die PLO gemeldet, daß die Zionisten Panzereinheiten und Truppen an die Nordgrenze verlegen. Seit März sind die ersten Einheiten der von den USA und verschiedenen EG-Staaten bestückten „Friedenstruppe“ im Sinai stationiert, konnten die Zionisten damit weitere Truppen von ihrer Südgrenze abziehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte US-Außenminister Haig nach PLO-Erklärungen Begin bereits die Unterstützung für eine Intervention im Libanon zugesagt, hatte der zionistische „Verteidigungs“-Minister Sharon mit dem Führer der christlichen Milizen im Libanon Gemayel, der sich jetzt für eine von NATO und EG beaufsichtigte „Staatspräsidenten“-Rolle bereithält, über den Überfall beraten. Ende Mai schlossen die USA und Israel Abkommen über eine Ausweitung der US-Militär- und Finanzhilfe, die USA begannen mit den Waffenlieferungen. Zeitgleich damit erneuerte die NATO-Außenministerkonferenz in Luxemburg den Anspruch der NATO auf Sicherung ihrer Interessen im Nahen Osten, inklusive der Verlegung von Truppen zu eben diesem Zweck. US-Außenminister Haig verkündete am 26. Mai: „Die Zeit ist gekommen für eine konzertierte Aktion zur Unterstützung der territorialen Integrität des Libanon innerhalb seiner international anerkannten Grenzen wie zur Bildung einer starken Zentralregierung ...“

Am 3. Juni, während Genscher in dem besetzten Teil Jerusalems mit der israelischen Regierung über die Aus-

weitung der Zusammenarbeit konferierte, folgten die – programmgemäßen – Schüsse auf den israelischen Botschafter in London. Ungeachtet sofortiger Erklärungen der PLO, in denen diese jede Beteiligung an dem Anschlag bestritt, ungeachtet selbst der Erklärung der britischen Regierung, daß auf der Liste der Täter als nächstes Opfer der PLO-Vertreter in London gestanden habe, stiegen israelische Bomber zu „Vergeltungsangriffen“ auf. In neun Wellen bombardierten sie Beirut und Lager der Palästinenser. Allein in Beirut kamen durch diese An-

ten Nordafrikas und denen im Nahen Osten. Sollte es ihnen gelingen, ihre Kontrolle auf den Libanon auszuweiten, so hätten sie nicht nur diese Trennung der arabischen Staaten in Nordafrika von denen im Nahen Osten vertieft. Unter Einschluß Zyperns und der Türkei würden sie die Mittelmeerküste der Staaten des Nahen Ostens, das östliche Mittelmeer selbst und den gesamten auf diesem Weg abgewickelten Handel kontrollieren. Von den Stützpunkten Israel, Libanon, Sinai und der Türkei aus könnten sie die arabischen Völker des Nahen Ostens in Schach



Die BRD-Imperialisten gehören zu den direkten Drahtziehern der Aggression, finanzieren sie und verweigern die Anerkennung der PLO. Auf der EG-Gipfelkonferenz gehörten sie zusammen mit den Niederlanden zu den entschiedensten Gegnern jeglicher Sanktionen gegen Israel, angeblich aus „prinzipiellen“ Gründen, tatsächlich nur wenige Tage nach den Sanktionen gegen Argentinien. In vielen Städten (Bild: Bonn) fanden inzwischen Demonstrationen gegen die zionistische Aggression und ihre Unterstützung und Finanzierung durch die Imperialisten statt.

griffe über 120 Menschen ums Leben. Als die PLO sich mit der Beschießung zionistischer Siedlungen zur Wehr setzte, statt tatenlos zuzusehen, wie Palästinenser gleich hundertfach abgeschlachtet werden, erklärten die Zionisten dies zum „Bruch des Waffenstillstandes“ und begannen ihren Überfall. „Sie alle wußten, daß es geschehen würde“, kommentierte das US-Nachrichtenmagazin „Time“ die angebliche Bestürzung von NATO- und EG-Kreisen über den Überfall. „Die einzige Frage war, wann.“

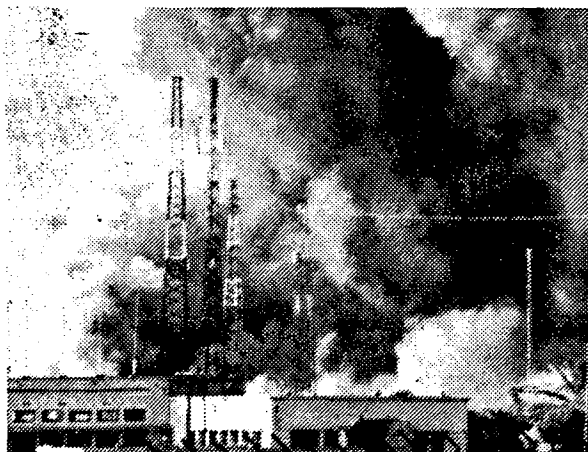
Tatsächlich verfolgen die Imperialisten seit langem genau bestimmte Ziele mit diesem Angriff. Seit seinem Bestehen ist der israelische Kolonialstaat eine Festung gegen die arabischen Völker der Region. Auf geraubtem palästinensischen Boden errichtet, kontrollieren die Imperialisten so die Landverbindung zwischen den arabischen Staa-

halten und Schritt für Schritt die einzelnen Staaten der Region ihrer „Friedensordnung“ unterwerfen.

Seit langem ist der zionistische Kolonialstaat den Imperialisten für diese Pläne ein brauchbarer Söldnerstaat. Mit 21 Mrd. \$ Schulden bei den Imperialisten ist er – pro Kopf seiner Bevölkerung – der mit Abstand höchstverschuldete Staat der Welt. Ohne die jährliche Zufuhr von 2 Mrd. \$ vor allem von Seiten der USA sind die Zionisten nicht kriegsfähig. Auch die BRD-Imperialisten haben sich den Zugriff auf diesen Kolonialstaat gesichert und finanzieren seine Kriege. Mit 700 Mio. DM Direktinvestitionen und 2,8 Mrd. DM Krediten ist Israel vermutlich ihr – erneut pro Kopf der Bevölkerung – Gebiet mit den höchsten Kapitalanlagen. Zudem hat die EG ein Handelsabkommen mit Israel geschlossen, wonach ab 1985 alle Exporte nach Israel

zollfrei sind. Jede Gebietserweiterung Israels verschafft den EG-Staaten damit einen größeren zollfreien Absatzmarkt.

Kein Wunder also, daß sich in die ersten Erklärungen der „Bestürzung“ über den israelischen Angriff bald unüberhörbar Töne der Zufriedenheit mischen. „Der Knoten ist zerschlagen. Beirut ist umzingelt“, jubelte schon am 16. Juni das französische Bourgeoisblatt „Le Figaro“. Zwei Tage später führte das US-Blatt „Wall Street Journal“ aus, worin der endlich zerschlagen geglaubte „Knoten“ bestanden hat: „Es wäre eine Schande, wenn der Präsident nicht anerkennen würde, daß der israelische Einfall in den Libanon, so teuer er an Menschenleben ist, zumindest den Schimmer der Hoffnung eröffnet hat, daß der in Camp David begonnene Friedensprozeß einen Schritt voran machen kann. Der Schlüssel dazu war die Vernichtung der Macht der Palästinensischen Befreiungsorganisation.“ Am gleichen Tag ließ der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Prof. Dr. Manfred Abelein, im „Deutschland-Union-Dienst“ seiner Partei verkünden, die wirkliche



Mehr als 14000 Tote und über 30000 Verwundete gehen nach Angaben des Libanesischen Roten Kreuzes bisher auf das Konto der zionistischen Aggressoren. Aber die PLO führt den Widerstand fort, die Verluste der Zionisten wachsen.

Unabhängigkeit des Libanon sei jetzt durch die endgültige Niederwerfung der PLO und die Kontrolle des Libanon durch NATO und EG zu verwirklichen: „Ziel der Bemühungen um politische Stabilität in Libanon sollte die Errichtung eines nach innen und außen unabhängigen Staates sein, der in der Lage ist, sich selbst zu regieren, und dessen Territorium nicht von Dritten zur militärischen Basis für Angriffe

auf Nachbarländer mißbraucht werden kann. Es läßt sich nicht übersehen, daß die Lage im Libanon eine dauernde Gefahr für Israel darstellte. Der Libanon muß in der Lage sein zu garantieren, daß von seinem Territorium Israel nicht mehr angegriffen wird. Angesichts der Zerrissenheit und inneren Schwäche des Libanon wird ein solcher Zustand nur durch eine internationale Garantie herstellbar sein.“

Initiativen der arabischen Völker und Staaten gegen die zionistische Aggression

Die *Bürgermeister der besetzten arabischen Gebiete* im Westjordanland und im Gasastreifen haben am 21. Juni bekräftigt: „Wir unterstützen die PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes.“ Die Bürgermeister kritisieren, daß die arabischen Staaten keine wirksamen Maßnahmen zur Unterstützung der PLO gegen die israelische Aggression eingeleitet haben. Die USA trügen die Verantwortung für diesen Versuch zur Vernichtung der palästinensischen Revolution. Am 20. Juni führten palästinensische Fedayin eine Aktion gegen die zionistische Siedlung „Ahascharon“ durch und töteten vier israelische Soldaten.

Libyen hat die Einberufung einer Sonder-Gipfelkonferenz der Arabischen Liga beantragt. Nach libyschen Angaben unterstützen Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien, Libanon, Syrien, die beiden Jemen, Qatar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate den Antrag. Die PLO hat gefordert, daß mindestens der Außenminister- oder der Verteidigungsrat der Liga umgehend zusammentritt. Eine erste Konferenz von Ministern der Arabischen Liga am vergangenen Wochenende verlief ohne Ergebnis.

Die *saudische* Regierung hat am 20. Juni erklärt: „Nach den fortgesetzten Drohungen der israelischen Verantwortlichen, die Hauptstadt des brüderlichen Libanon einzunehmen, warnt das Königreich Saudi-Arabien Israel vor diesem Schritt und erklärt, daß die Einnahme der Hauptstadt eines unabhängigen und souveränen Staates die arabische Nation vor die historische Verantwortung stellen würde, ihr legitimes Recht auf Verteidigung ihres Territoriums und ihrer Heiligtümer mit aller Kraft und unter Nutzung aller Möglichkeiten auszuüben.“ Daß ein Drittel des libanesischen Territoriums bereits besetzt ist, wird in der Erklärung nicht erwähnt.

Syrien hat den Durchmarsch iranischer Freiwilliger an die Front gestattet. Die ersten Einheiten sind im Libanon eingetroffen, der Großteil hält sich aber noch in Damaskus auf. Verschiedene arabische Staaten, so Kuwait, erleichtern palästinensischen Freiwilligen die Abreise in den Libanon.

Ägypten hat wiederholt den sofortigen und bedingungslosen Abzug der israelischen Aggressionstruppen gefordert, die diplomatischen Beziehungen zu Israel aber – entgegen den Forderungen der Opposition – nicht abge-

brochen. Präsident Mubarak hat der PLO angeboten, in Kairo eine provisorische Regierung zu bilden, die aber „eine rein politische Tätigkeit zur Verteidigung der Rechte der Palästinenser ohne jede militärische Aktivitäten entfalten“ soll. Die PLO lehnt dieses Ansinnen ab.

Der *tunesische* Außenminister Es-sebsi hat vor dem Parlament die USA und die westlichen Imperialisten der „moralischen Unterstützung Israels“ beschuldigt. Abgeordnete forderten den Abbruch der Beziehungen zu diesen Ländern. Die regierende Destur-Partei, der Gewerkschaftsbund und verschiedene Oppositionsgruppen haben ein gemeinsames „Solidaritätskomitee“ gebildet, das zu Demonstrationen aufgerufen hat. Hunderte Arbeiter und Studenten haben sich als Freiwillige für den Kampf im Libanon gemeldet.

In *Algerien* hat das Zentralkomitee der regierenden FLN die arabischen Regimes aufgerufen, ihre „marginalen Differenzen zu überwinden und sich auf der Höhe der Ereignisse zu zeigen“. Die arabischen Länder müßten „ihre wirtschaftlichen, menschlichen und geographischen Ressourcen mobilisieren, um der Aggression anders als bloß mit Erklärungen und Rechtfertigungen entgegenzutreten“.

Quellenhinweis: Asharq Al-Awsat 22.6.; Al-Arab 21.6.; Al-Ahram 22.6.; El Moudjahid 18. und 22.6.82.

Die von der israelischen Regierung geforderte Kapitulation und Entwaffnung der PLO reiht sich in diese Pläne nahtlos ein. Im gleichen Augenblick, in dem die Zionisten durch Annahme einer solchen Kapitulation zum ersten Mal die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen würden – von „Kriminellen“ verlangt man bekanntlich keine „Kapitulation“ – hätten sie diese auch bereits für vorgefreigt erklärt. Die Entwaffnung der PLO wäre so nur die Einleitung eines tausendfachen Abschlachtens von Palästinensern und der erneuten Vertreibung von Hunderttausenden – diesmal aus dem Libanon.

Kein Wunder also, daß die PLO diese „Friedensvorschläge“ entschieden zurückgewiesen hat. Trotz inzwischen drei Wochen Besetzung des Libanon leistet sie den Zionisten weiterhin erbitterten Widerstand. Immer noch halten mehrere palästinensische Lager, insbesondere südlich von Beirut, dem Beschuß der Israelis stand. Immer noch leisten bewaffnete PLO-Kämpfer den israelischen Truppen auch im Süden des Libanon Widerstand. Schon jetzt haben die Zionisten nach eigenen Angaben mehr als 1 500 Mann Verluste zu beklagen, nach Angaben der PLO sehr viel höhere. Ein „Sturm auf Beirut“ würde für die zionistischen Truppen gewaltige Verluste bedeuten – ein Blutzoll, der die in solchen Straßenkämpfen erfahrenen christlichen Milizen bisher von jedem solchen Versuch abgehalten hat. Jeder Tag, den der Krieg im Libanon andauert, kostet das zionistische Regime inzwischen 150 Mio. \$. Unter dem Eindruck dieser hohen Verluste und Kriegskosten wächst inzwischen in der Siedlerfestung selbst der Widerstand. 15 000 Israelis demonstrierten vergangenes Wochenende in Tel Aviv und forderten den Rückzug aus dem Libanon. Die wachsenden Schwierigkeiten der Invasionstruppen sind auch der Grund, weshalb sich die Bundesregierung inzwischen zu einer heuchlerischen „Verurteilung“ der Invasion aufraffte – um im gleichen Atemzug jegliche Sanktionen gegen Israel, also die Einstellung der Finanz- und Waffenhilfe, abzulehnen. Jeder Tag, den die PLO den Widerstand gegen die Invasoren fortführen kann, wird aber auch den Druck auf die Imperialisten erhöhen, ihren zionistischen Söldnerstaat notfalls durch eine eigene militärische Intervention aus der Klemme zu hauen. 52 US-Kriegsschiffe sind seit Tagen im östlichen Mittelmeer stationiert. Am 24. Juni begann die NATO ein Seemanöver im Mittelmeer.

Quellenhinweis: Deutschland-Union-Dienst der CDU, 18.6.; Wall Street Journal, 18.6.; Wireless Bulletin from Washington, 27.5.; Informationsstelle Palästina, Bonn, Palästina Bulletin, Ausgaben seit 26.2.82; FAZ seit 7.6.; „Time“, 21.6. und 28.6.; R. Regul (Hrsg.), Die Europäischen Gemeinschaften und die Mittelmeerländer, Baden-Baden 1977

Die „Grenzen“ Israels sind Waffenstillstandslinien

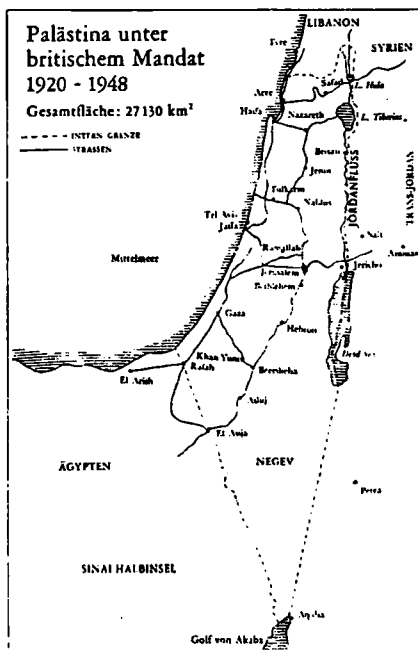
Als einziger Staat der Welt kennt Israel keine offiziellen Grenzen, und zwar nicht etwa deshalb, weil die arabischen Staaten (außer Ägypten) den Staat Israel nicht anerkennen. Die Zionisten selbst bestehen darauf, daß die Waffenstillstandslinien – und um nichts anderes handelt es sich – vorläufig sind. Sogar das Gebiet, das landläufig als das „Staatsgebiet Israels“ bezeichnet wird, kennt nur die Demarkationslinien des ersten israelisch-arabischen Krieges von 1948. Im Juni-Krieg 1967 erobert Israel Gebiete hinzu, die viermal so groß sind: den ägyptischen Sinai, den Gaza-Streifen, das Westjordanland und die syrischen Golanhöhen. Im August 1969 fliegt die israelische Luftwaffe erstmals Angriffe gegen libanesisches Gebiet, im Mai und September 1970 wieder Angriffe im Südlibanon. Im September 1972 fliegen 25 israelische Jagdbomber Napalmeinsätze auf libanesisches Armeestellungen und zerstören das palästinensische Flücht-

sichern sich die USA die Luftüberwachung im Sinai und drücken Ägypten eine „Pax America“ auf: gegen die Beendigung des Kriegszustandes teilweise Rückgabe des Sinai. Vollendet wird die Befriedung der ägyptisch-israelischen Front durch die Camp-David-Verhandlungen im September 1978 und den „Friedensvertrag“ im März 1979. Im März 1982 beendet Israel den Rückzug aus dem Sinai, die Luftstützpunkte werden in den Negev verlegt und wesentlich vergrößert, die gesamte Armee mit modernsten Waffen ausgestattet.

In den anderen, seit 1967 besetzten Gebieten werden „Tatsachen“ geschaffen: Enteignung von über 40% des Bodens im Westjordanland, Errichtung von 125 zionistischen Siedlungen, Zerstörung von mehr als 20 000 palästinensischen Häusern, Deportation von über 2000 Einwohnern; 1980 die Annexion von Jerusalem, im November 1981 die endgültige Einverleibung der Golanhöhen, eine Rückgabe sei ausgeschlossen.

Zur gleichen Zeit greift Israel in immer größerem Umfang den Libanon an. Während des Bürgerkrieges 75/76 unterstützt es offen die Faschisten, im August 1976 blockiert die israelische Marine die südlibanesischen Häfen, um den Nachschub für die Palästinenser zu verhindern; täglich werden die Flüchtlingslager bombardiert. Wiederholt fordert die UNO die Einstellung der Luftangriffe. Im März 1978 besetzt Israel mit 30 000 Mann den Südlibanon bis zum Litani, muß sich aber im April wieder zurückziehen. UNO-Truppen werden postiert, über den Faschisten-Major Haddad kontrolliert Israel jedoch weiterhin einen ca. 10 km breiten Streifen im Süden. Die Luftangriffe werden fast ununterbrochen fortgesetzt, die sich im Juli 1981 zu einem regelrechten Krieg mit den Palästinensern steigern. Der Angriff auf Wohnviertel in Westbeirut fordert 300 Tote. Ein Waffenstillstand wird geschlossen. Mit inzwischen ca. 160 000 Mann greift Israel im Juni 1982 erneut den Libanon an mit dem Ziel, nicht nur die PLO zu zerschlagen, sondern dem ganzen Libanon seine „Ordnung“ aufzuzwingen. Zum ersten Mal belagern israelische Truppen eine arabische Hauptstadt.

Auf der israelischen Fahne symbolisieren die beiden blauen Streifen über und unter dem David-Stern die Flüsse Euphrat (Irak) und Nil (Ägypten): Die Grenzen von „Erez Israel“.



Die PLO bezieht sich auf Palästina in den Grenzen des britischen Mandats.

lingslager Nabatije. Im Februar 1973 folgen Angriffe auf Flüchtlingslager im Nordlibanon, im April Anschläge auf PLO-Einrichtungen in Beirut.

Am Ende des Oktoberkrieges 1973 stehen israelische Truppen auf dem Westufer des Suezkanals und östlich der Golanhöhen noch tiefer in Syrien. Die Truppenentflechtungsabkommen zwischen Ägypten und Israel und Syrien/Israel 1974 installieren die UNO-Truppen. Im zweiten Sinai-Abkommen (September 1975)

Verfassungsurteil zur Staatsverschuldung?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Sie wirft der Bundesregierung vor, 1981 und 1982 die verfassungsmäßigen Grenzen der Staatsverschuldung überschritten zu haben. Sie beruft sich auf Artikel 115 des Grundgesetzes, der besagt, daß die jährliche Staatsverschuldung nicht größer sein darf als die Investitionsausgaben des Bundes. Der finanzpolitische Sprecher Häfele will der Regierung eine überhöhte Verschuldung von etwa 7 Mrd. DM nachweisen. Die CDU/CSU setzt die Regierung unter Druck mit dem Ziel, haushaltspolitische Grundsätze zu erwirken, die auch niedrige Tarifabschlüsse begründen sollen. Gleichzeitig wirft sie schwierige politische Fragen auf, die mit der Staatsverschuldung verbunden sind.

Ob das nicht zu weitgehend ist, fragt man sich im Lager der Kapitalisten. Wie könne die CDU/CSU dem BVerfG eine solche Entscheidung über „eines der schwierigsten Kapitel des Grundgesetzes“ zumuten? Die Bestimmungen des Artikels 115 sind absichtlich vage gehalten und 1969 durch eine Verfassungsänderung erweitert worden: „Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“ Die Kapitalisten haben eigentlich kein Interesse, daß das BVerfG z.B. maximale Grenzen der Staatsverschuldung festlegt. Damit wären die Mittel der Kriegsführung direkt berührt. Im Deutschen Reich ist 1913 und 1938, vor Kriegsausbruch, die Staatsverschuldung besonders gestiegen. Die Rüstungsausgaben werden heute in der BRD unter den

„Investitionsausgaben des Bundes“ „nicht erfaßt“, wie dem Finanzbericht '82 zu entnehmen ist, sondern sind „Konsumausgaben“. Vielleicht kommt jemand auf die Idee, der SPD vorzuschlagen, unter solchem Zugzwang den Verteidigungshaushalt zu kürzen. 7 Mrd. DM sind eine stattliche Summe. Haushaltstechnisch betrachtet, wäre zu überlegen, die Rüstungsausgaben für militärische Anlagen und Beschaffungen etc. als „Investitionen“ zu führen. Die Armee ist für den bürgerlichen Staat diejenige Einrichtung, mir der er letztlich die wirtschaftlichen Interessen gegen die Konkurrenz militärisch durchsetzt. So betrachtet, wären 1981 die Investitionsausgaben des Bundes um 17 Mrd. DM höher. Ob es die Absicht der CDU/CSU ist, solch einen Vorschlag durch das Bundesverfassungsgericht zu erwirken, um jeden Schleier zu entfernen?

Ball bei Fuß

Wer den Wettkampf- und Leistungssport wirklich liebt, wendet sich dieser Tage ab und trauert wegen der unsachlichen Entgleisungen, die bei Journalisten und Publikum wegen des Spielgeschehens in Gijon, bei Wettkampf der Mannschaften aus der BRD und Österreich, vorkamen.

Der Reiz des Fußballspiels ergibt sich aus der zielstrebigsten Überwindung des Unsicherheitsmomentes (Sepp Herberger: „Der Ball ist rund, und ein Spiel dauert 90 Minuten“) durch die Akteure. Die Fußballkunst gipfelt eben in der Herbeiführung gerade des gewünschten Ergebnisses.

Bereits in diesem äußerst allgemeinen Sinne erweist sich das Spiel zu Gijon als gereift. Ein im Voraus berechnetes und gewünschtes Ergebnis wurde erreicht, ohne die Spieldauer zu verkürzen, einen würfelförmigen Ball einzuführen oder sonst welche Regeln zu verletzen. Der Fußball ist damit jener fernen Grenze nahegekommen, die Sepp Herberger aufgezeigt hat.

Bundestag: weitere Asylverschärfung

Am 25.6.82 hat der Bundestag eine weitere Verschärfung des Asylverfahrens beschlossen. Das Gesetz tritt ab 1. August in Kraft. Die Vorlage des Vermittlungsausschusses enthält weitreichende Verschärfungen des ursprünglichen Gesetzentwurfes sowie zusätzliche Verschärfungsforderungen des Bundesrates. Dieser hatte gefordert: Die Stadtverwaltungen und Landratsämter sollen zukünftig frei entscheiden, was „offensichtlich unbegründete“ Anträge sind. Sie können dann direkt die Abschiebung anordnen. Dagegen gibt es nurmehr eine Klagemöglichkeit beim Verwaltungsgericht, dessen Entscheidung dann endgültig ist. Verwaltungsprozesse sollen von Einzelrichtern, nicht mehr von Kammern durchgeführt werden. Die Nichtzulassung der Berufung im Asylverfahren soll unanfechtbar sein. Grund: gerade Ausländer, die Asylfremde Zwecke verfolgen, würden auch immer den Klageweg beschreiten. Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben, sollen in der Regel in Sammellagern untergebracht werden. Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Späth rühmt sich, alle Maßnahmen schon erfolgreich durchgezogen zu

haben. Sammellager wurden in Baden-Württemberg eingerichtet. Die Landesregierung will die Sozialhilfesätze für Asylanten. Sammellager und Kürzung der Sozialhilfe sind dann die Voraussetzung für kasernierte Zwangsarbeit. Die Wirkung ist eingetreten. Die Überschuldbzahl von 15000 sei beseitigt, Baden-Württemberg werde bald ein „Unterschuldbland“ sein. Wie die Asylrichtlinien als Mittel der imperialistischen Politik der BRD genutzt werden, mußte im Bundestag Staatssekretär Corterier zugeben: Das Außenministerium erläßt Beurteilungsrichtlinien für die einzelnen Herkunftsländer, je nach den Interessen der BRD. Im Falle der Türkei gab er bekannt, man handle nach bestem Wissen und Gewissen, aber von Folter und Unterdrückung sei nichts bekannt.

Dienstleister eines Generalbundesanwalts

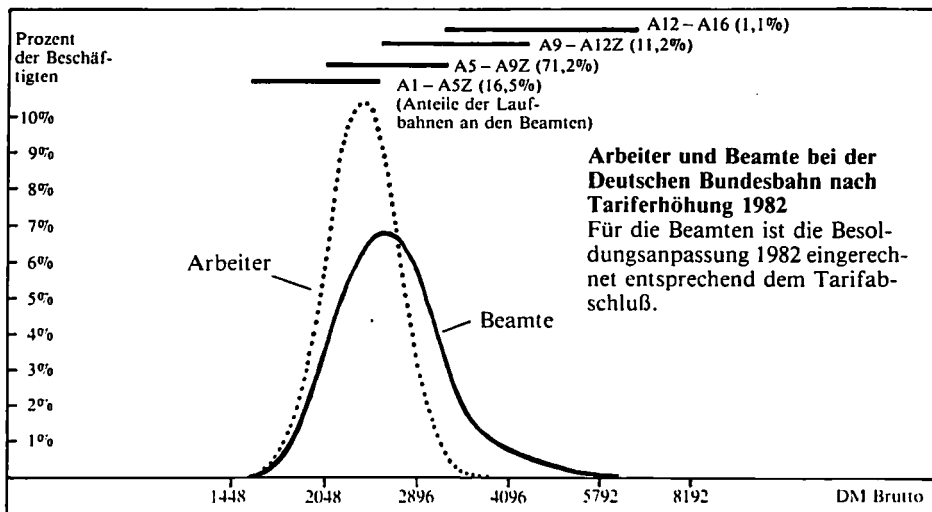
Generalbundesanwalt Rebmann ist ein eifriger Mann. Drei Änderungen seiner Kompetenzen hat er dem Rechtsausschuß des Bundestags jüngst vorgelegt. Erstens soll das Geschäft der Ermittlung wegen „Werbens“ für eine terroristische Vereinigung an phantasiereiche Staatsanwälte

bei Landgerichten abgegeben und so breiter einsetzbar werden. Zweitens will Rebmann künftig auch terroristische „Einzeltäter“ vor Gericht zerren dürfen. Bislang mußte er diesen eine „Vereinigung“ mit Zweiten und Dritten andichten, denn erst ab drei hat's eine terroristische Vereinigung und Rebmann darf ran. Künftig könnte er so Verfahren wie den Brokdorf-Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr gleich an sich ziehen. Drittens will er den § 129a StGB rechtsschöpferisch auf deutsche Staatsbürger im Ausland ausgedehnt haben. Die Bundesregierung fragt sich noch, „ob bei einer Ausdehnung dieser Strafbestimmung auf im Ausland bestehende terroristische Vereinigungen verhindert werden könnte, daß zahlreiche Sachverhalte strafrechtlich erfaßt werden, die deutsche Strafverfolgungsinteressen nicht berühren.“ Auf deutsch: Was hat Rebmann mit Dingen zu tun, die im Ausland geschehen und nur für bundesdeutsche Polizeihirne „strafbar“ sind? Solches ficht Rebmann nicht an. Hat nicht Genscher einen „europäischen Rechtsraum“ gefordert? Rebmann mit „europäischer“ Verfolgungs- und Einbunkerungskompetenz gegen deutsche Staatsbürger allüberall, das will der Mann.

Im Besonderen beweisen Anlage und Ablauf des Spielgeschehens, daß alle Akteure imstande sind, über die Grenzen dieses einen Spielfeldes hinauszublicken und über die Dauer von 90 Minuten hinauszudenken. Ziel der Gesamtveranstaltung ist doch die Feststellung einer Mannschaft als sog. Weltmeister, Methode ein Turnier. Optimierung des Kraftverbrauchs ist geradezu Voraussetzung des Erfolges. Auch wenn die unmittelbar Beteiligten nur bis drei zählen können mußten: Gerade wer sich durch Fußballmannschaften repräsentiert fühlt, soll froh sein, daß nun jeder wissen kann: Direkt doof sind diese nicht!

Manche wenden ein, die Mannschaft aus Algerien sei durch den planmäßigen Ablauf zu Gijon ums verdiente Weiterkommen gebracht worden. Diese Leute sudeln ans Heiligste des Wettkampf- und Leistungssportes: Sie vergehen sich an den Regeln! Punkt- und Torverhältnis beweisen den Irrtum völlig eindeutig. Wo käme das schöne Ballspiel hin, würden nicht auf dem Rasen welche nach Regeln hüpfen, die sie nicht gemacht haben und über deren Einhaltung oben andere, die im Grunde nichts zu sagen haben, mit Leidenschaft wachen, unten vertreten durch einen Schiedsrichter mit absolutem Geltungsanspruch.

Nur so läßt sich etwas wie ein Weltmeister im Ballspielen mit den Füßen feststellen. Anders nie!



Zahl der Arbeiter: 111 Tsd., der Beamten: 180 Tsd. In der Fläche sind beide Verteilungen mit jeweils 100% gleich. Ca. 9000 Angestellte der DB sind nicht enthalten. Quelle: Angaben der GdED v. 1980, Personalstruktur v. 1977

Beamtenbesoldung

Verschiebung der Anpassung: weitere Kürzungen schon in Beratung

Mit der Verschiebung der Anpassung der Beamtenbesoldung an die Tarifvereinbarung des öffentlichen Dienstes um drei Monate setzt die Bundesregierung Maßstäbe. Auch die Übertragung des zusätzlichen Urlaubstages vom Tarif auf das Beamtenrecht ist nicht sicher. Nachdem die Absicht der direkten Kürzung der Löhne und Gehälter in den öffentlichen Diensten insgesamt durch die Streikvorbereitung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu Fall gebracht worden ist, wäre die Durchsetzung des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs nach zahlreichen Einzelmaßnahmen wie Kürzung der Anwärterbezüge, Kürzungen bei den Pensionen usw. ein wichtiger Schlag nicht bloß gegen die Absichten der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, in der Lohnbewegung '83 wieder Boden gut zu machen im Kampf um den Reallohn.

Denn es ist ein gut gepflegtes aber haltloses Märchen der Bourgeoisie, daß etwa ein Beamter ist, wer doppelt so viel und mehr verdient als ein Arbeiter. Die Einkommensverhältnisse bei der Bundesbahn – s. nebenstehenden Vergleich zwischen Arbeitern und Beamten – zeigen, daß die Beamten in den einfachen, mittleren und teilweise auch den gehobenen Diensten nicht besser dastehen als die beschäftigten Arbeiter, und das sind immerhin deutlich über 80% der Beamten. Nicht anders verhält es sich auch bei der Bundespost und in den öffentlichen Verwaltungen. Somit wäre eine Durchsetzung des Plans der Besoldungskürzung im Vergleich zum Tarif auch gleichzeitig eine Einladung an die Kapitalisten zur Nachahmung in der nächsten Tarifaussinandersetzung.

Für die Kapitalisten geht es mit dieser dreimonatigen Verschiebung um die runde Summe von 700 Mio. DM, die damit den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden verbliebe und Zwecken zugetan werden könnte, die ihren Profiten dienen. Dabei sind die Einsparungen an Versorgungsbezügen durch Folgeregelung nicht mit eingerechnet. Je Beamten macht diese Verschiebung im Durchschnitt etwa 380 DM aus. Das ist ein spürbarer Betrag, der umso schwerer wiegt, als ja die Erhöhung bereits seit dem 1. März fällig ist. Auf den ganzen Zeitraum bezogen, hätte der öffentliche Dienstherr eine Besoldungskürzung von 600 DM gegenüber einer sofortigen Anpassung um 3,6% je Beamten durchgesetzt.

Weitere absehbare Folge wäre die Ermütigung verschiedener Parlamentsvorhaben gegen die Besoldung der Beamten, die im Frühjahr des Jahres auf den Weg gebracht worden sind. Ursprünglich auf eine Initiative des Landes NRW geht ein Plan zurück, der gegenwärtig nach Mitteilung der GdED im Innen- und Finanzausschuß des Bundesrats beraten wird. Danach sollen im gehobenen und höheren Dienst das Urlaubsgeld halbiert und das 13. Monatsgehalt gekürzt werden: für die Besoldungsgruppe A9 um 10%, für A9Z und A10 um 20%, für A11 um 25% und ab A12 um 33%. Sodann ist ebenfalls nach Mitteilung der GdED Gegenstand der Beratungen über den Haushalt 1983 die Neuaufgabe der pauschalen Stellenkürzung um 1% und die Beseitigung der steuerrechtlichen Vorsorgepauschale, die für die Beamten des einfachen und mittleren Dienstes 70 – 100 DM und für Beamte des gehobenen und höheren Dienstes 100 – 300

DM monatliche Einkommenskürzungen verursachen würde.

Der Kultusministerkonferenz liegt ein Vorschlag des nordrhein-westfälischen Kultusministers Girgensohn vor, der auch von Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg) begrüßt worden ist: um die Streichung von jährlich 4000 Lehrplanstellen in den nächsten 10 Jahren zu vermeiden und Neueinstellungen (nach Berechnungen der GEW ca. 22000 von knapp 80000 erwarteten arbeitslosen Lehrern) vornehmen zu können, sollen 1. die Lehrer 4 – 5% Gehaltskürzung schlucken, jährlich bis 1990 1% weniger Gehaltserhöhung erhalten, und die Verschiebung der jetzigen Anpassung soll zu Regel werden. Nach Berechnungen der GEW würde dieser Plan heißen: bei durchschnittlichen Lohnabschlüssen um 4,6% und einer Inflationsrate von 5,6% ein Reallohnabbau von etwa 30%. Ausdrücklich heißt es in der KMK-Vorlage: diese Maßnahmen „müssen ... daraufhin überprüft werden, inwieweit sie auf den gesamten öffentlichen Dienst ausgeweitet und darüber hinaus auf andere Beschäftigungsbereiche übertragen werden können.“

Die gegenwärtige Verschiebung der Besoldungsanpassung ist die Probe auf diese Rechnung. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben über den Protest hinaus ihre gemeinsame Haltung noch nicht bekanntgegeben. Einer Entscheidung der Gewerkschaften, das Koalitionsrecht für die Beamten nicht mehr nur zu beanspruchen, muß die volle Unterstützung aller DGB-Gewerkschaften sicher sein.

Quellenhinweis: Beamtenpolitischer Bericht der GdED: Forum der GEW Köln: Bundesratsdr. 236/82

Bundesanwaltschaft

Rebman schützt mit „Alleintäter“-Theorie Nazis

Generalbundesanwalt Rebmann teilte am 14. Juni der Presse mit, daß „in den nächsten Tagen auch das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf der Münchener Theresienwiese am 26. September 1980 eingestellt“ werden soll. Die Begründung: „Wie Rebmann sagte, nimmt seine Behörde aufgrund der bisherigen Ermittlungen eine Alleintätertheorie Köhlers an.“ (FAZ, 15.6.)

Diese „Alleintäter“-Verdunkelungstheorie wurde vier Tage nach dem Anschlag, durch den 13 Menschen getötet und über 300 verletzt wurden, von der bayerischen Staatsregierung in die Welt gesetzt. Der Zweck war damals zu verhindern, daß ein Ermittlungsverfahren gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann eingeleitet wird, deren Mitglied G. Köhler diesen Anschlag aus-

führte und dabei selber umgekommen war. Diese Vertuschung erfolgte durch die bayerische Staatsregierung auf Grundlage der ernstzunehmenden politischen Charakterisierung dieser Organisation durch den bayerischen Innenminister Tandler am 30.9.80: „Das ist ja alles Unsinn. Wir haben nur gesagt, daß die Wehrsportgruppe Hoffmann – und bei dieser Beurteilung bleibe ich auch – zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung für unsere rechtsstaatliche Ordnung bedeutet hat.“ (Welt, 30.9.80)

Seit dem Oktoberfestbombenanschlag gingen auf das Konto neofaschistischer Organisationen eine ganze Reihe von weiteren Bombenanschlägen und Brandanschlägen, u.a. auf Ausländerwohnheime und Wohnheime



Die Freunde des „Alleintäters“ G. Köhler

von Asylsuchenden in der BRD. In der Lüneburger Heide wurden 33 Waffendepots aufgefunden, die von den neofaschistischen „Deutschen Aktionsgruppen“ angelegt worden waren und auf weitere geplante Bombenanschläge hinweisen. Außer diesen Tatsachen wurde auch immer stärker bekannt, daß V-Leute des Verfassungsschutzes sich in diesen Organisationen herumtreiben und keinen unwesentlichen Anteil am Zustandekommen von derartigen Anschlägen hatten. Dadurch verdrängt sich die Annahme, daß die neofaschistischen Organisationen in der BRD planmäßig Terroranschläge vorbereiten und dabei auch zusammenwirken. Die Bundesanwaltschaft besteht jedoch weiter auf der „Alleintäter“-Theorie, um die Einleitung eines Verfahrens gegen alle neofaschistischen Organisationen und deren Verbot zu verhindern. Sie fürchtet dabei, daß die notwendige politische Auseinandersetzung mit den Zielsetzungen dieser Organisationen darauf aufmerksam macht, daß die westdeutschen Imperialisten und ihre staatstragenden Parteien in Abgrenzungsschwierigkeiten kommen.

AEG-„Sanierung“

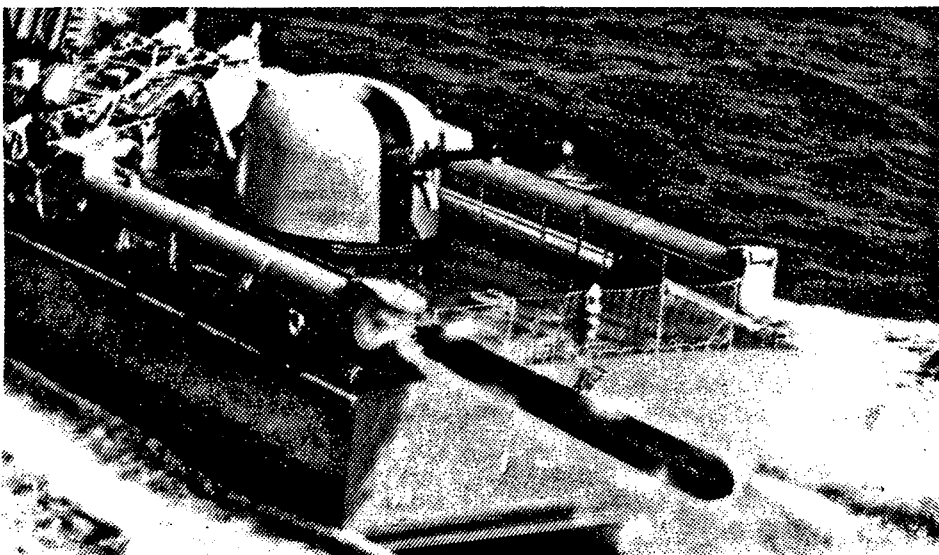
Das Konzept „AEG 83“ vor der Vollendung

Am 14.5. wurde der Jahresabschluß '81 vorgelegt: 600 Mio. DM Betriebsverluste wurden für 1981 festgestellt. Bei Zins- und Steuerzahlungen von 1146 Mio. DM und flüssigen Mitteln von 606 Mio. DM war damit klar, daß die 24 Gläubigerbanken der AEG die weitere Entwicklung der Firma, an der sie schon ohnehin mit über 50% beteiligt sind, diktieren konnten. So sah auch das Konzept „AEG 83“ aus, mit dem der Vorstandsvorsitzende Dürr am 4.6. an die Öffentlichkeit trat: Der Konzern soll in eine Holding mit ca. 25 Angestellten verwandelt werden, deren alleinige Aufgabe darin bestehen soll, die Aktienbeteiligungen zu verwalten. Die Bereiche Anlagen-, Kommunikations-, Serienprodukte und Bürotechnik sollen in eine „AEG-Technik AG“ umgruppiert werden. Hierbei sind auch die fast ausschließlichen Rüstungsbereiche wie Sondertechnik und Hochfrequenztechnik und der ebenfalls strategisch wichtige Bereich der Energietechnik. Für diesen fetten Teil (sein Umsatz stieg immerhin von 80 auf 81 um 9% nominal) wird eine Beteiligung von bis zu 40% vergeben zur Erhöhung des Grundkapitals. Als größter Interessent gilt die General Electric Company (GEC). Dieser britische Konzern, der es schaffte, von 1977 bis 1980 die Beschäftigtenzahl um 42000 abzubauen, verfügt mit 3,5 Mrd. DM über eine kräftige Eigenkapitaldecke. Da die GEC zu 70% über die gleiche Produktpalette verfügt wie die AEG, ermöglicht eine Beteiligung eine weitreichende Konzentration der Produktion.

Der Bereich Haushaltsgeräte soll in eine „AEG-Konsum AG“ aufgehen. Für diesen schlechteren Teil (sein Umsatz sank 1981 um nominal 3%) sollen das Risiko und die Verluste auf den Staat, der sich an der Kapitalaufstockung beteiligen soll, mit abgewälzt werden. Die Kapitalmehrheit bei der Telefunken GmbH soll gleich ganz verschert werden.

Für den Konsumbereich wurden einschneidende Rationalisierungen angekündigt. 1982 sollen 6000 Entlassungen stattfinden. Schon 1978 bis 1981 waren bei Gesamt-AEG 40000 Arbeitsplätze durch Rationalisierung, Stillelegungen und Verkauf beseitigt worden. Durch stärkere Anbindung an die operativen Einheiten bei der Umstrukturierung sollen die Verwaltungsangestellten unter verstärktem Druck gesetzt werden, zumal z.B. Dienstleistungseinheiten als selbständige GmbHs ausgegliedert werden sollen.

Außerdem verlangte Dürr in deutlicher Form Sonderopfer der Belegschaft. Zur nötigen Einstimmung kam ein Eigen-„Verzicht“, als er die Anpassung der AT-Gehälter (außertarifliche) in diesem Jahr an die Tarifierhöhungen um zwei Monate verschob. Die Belegschaft könne zinsgünstige Darlehen an die AEG unterschreiben. Betriebsinterne Einrichtungen wie zwei Ferienhäuser würden verkauft. Als direkte Eingriffe in tariflich abgesicherte Leistungen wurde die Kürzung der Weihnachtsgratifikation und die Einbringung des 624 DM-Gesetz-Vermögens in das Firmenvermögen angedeutet.



Von AEG entwickeltes Torpedowaffensystem beim Probeschuß

Als Begründung seines Sanierungskonzeptes machte Dürr dann am 21.6. im „heute-Magazin“ deutliche Worte: Vorgänge wie in der Stahl- und der Textilindustrie kämen jetzt auch auf die Elektrobranche zu. Man müsse in Zukunft noch mit vielen solchen Veränderungen rechnen. Das liege an der großen Konkurrenz im Ausland, die strategisch die Eroberung des enger werdenden Marktes planen würden im Einklang zwischen Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften. Aus einer beherzten Rettungsaktion des zweitgrößten Elektrokonzerns der BRD, wie so oft in der Presse dargestellt, bleibt nur noch ein wohlüberlegter und schon länger verfolgter Schachzug über. Da in Zukunft die schwierige Lage auf dem Elektromarkt nach Einschätzung des ZVEI (Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie) sich nicht bessern wird, sind also große Programme notwendig, um die Konkurrenz kapputzumachen.

Daß solche Programme teuer werden, zeigte sich, als Dürr 1982 Darlehen in Höhe von 1,75 Mrd. DM von den Banken forderte, die für fünf Jahre zinsfrei sein sollen.

Als am 14.6. das Bankenkonsortium tagte, herrschte Genugtuung über die geplanten Maßnahmen. Über die Bezahlung ließen die Banken sich zu einem verschwindend geringen Forderungsverzicht von 260 Mrd. DM hinreißen sowie zu vagen Zusagen von substantieller Zinsstützung. Die Zeche sollen andere zahlen. Zur Kreditsicherung sollen nach ihrer und Dürrs Meinung die Bundes- und verschiedene Länderregierungen mit Bürgschaften in Gesamthöhe von 1 Mrd. DM einspringen. Am 11.6. verkündete Lambsdorff, daß das AEG-Konzept noch nicht ganz schlüssig sei und erst noch geprüft werden müsse. Später hieß es, daß die Bürgschaften eventuell sicher seien, eine Beteiligung ausgeschlossen sei. Auf welchem Wege die Lohnabhängigen die Sanierung bezahlen, wird die Differenz gewesen sein, nicht ob.

Günstig ist, daß der Gesamtbetriebsrat das „AEG 83“-Konzept ablehnt. Allerdings ist diese Ablehnung des Rationalisierungsprogramms der Kapitalisten mit chauvinistischem Zeugs verbunden. So lehnt der Gesamtbetriebsrat die Beteiligung der GEC an der AEG strikt ab und fordert stattdessen eine staatliche Beteiligung an Gesamt-AEG, die nur kurzfristig sein soll. In diesem Fall ist er sogar bereit, „Notopfern“ zuzustimmen. Auch wenn die GEC-Kapitalisten für ihre Rationalisierungen berüchtigt sind: Die AEG-Kapitalisten sind keinen Deut besser. Und mit ihren Rationalisierungsabsichten und denen der hinter ihnen stehenden Banken muß die Belegschaft fertig werden.

Großbritannien Kater nach dem Falkland-Rausch

„Großbritannien erfährt eine Veränderung“, schrieb der bekannte Reaktionsnär Enoch Powell vor wenigen Wochen, „ich brauche dazu keine Meinungsumfragen, ich spüre das, wenn ich durchs Land komme.“ Hohe Hoffnungen setzte die britische Bourgeoisie auf den „Falklands-Faktor“. Aber inzwischen beginnt der Kater nach dem Siegesrausch.

Am Montag und Dienstag streikten die Eisenbahner und die Londoner U-Bahn-Fahrer. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen setzen ihre Streikaktionen ebenfalls fort, und die Bergarbeiter planen weitere Solidaritätsaktionen.

Die Reaktion versucht, möglichst viel zu ernten von dem Chauvinismus, der in den letzten Monaten mit dem Malwinen-Krieg systematisch angeheizt wurde und nach dem Erfolg der



Thatcher und Außenminister Pym

britischen Aggression auf den Inseln einen Höhepunkt sah. Aber es zeigt sich schon jetzt, daß die Hoffnungen etwas überhöht waren.

Entgegen allen Erwartungen stiegen die Rekrutierungszahlen für die Freiwilligenarmee nicht dramatisch. Lediglich die Marine berichtet von einem Anstieg der Anfragen um 10%, aber das Heer erlebte keine Steigerung. Versuche, die Kriegskosten einfach über eine Sondersteuer umzulegen, werden vorerst nicht weiter verfolgt, wohl auch, weil die Gewerkschaftsorganisationen sich dagegen ausgesprochen haben. Die weitreichenden Pläne zum Ausbau der Marine wurden im gerade veröffentlichten Verteidigungs-Weißbuch nicht behandelt, sondern auf Ende des Jahres verschoben.

Thatcher berief eine parlamentarische Untersuchungskommission ein, um die Ursachen des Krieges zu ergründen. Die Oppositionsparteien sind über sie hergefallen, weil vor zwei Wochen ein Brief Thatchers bekannt wurde, den sie zwei Monate vor Argentiniens Landung auf den Inseln schrieb und in dem sie die Anwesenheit von 75 Marine-Soldaten auf den Inseln als „ausreichende Abschreckung“ bezeichnete. Wegen dieser Fehleinschätzung seien jetzt 255 britische Soldaten gestorben, beschwerte sich Oppositionsführer Foot. In der parlamentarischen Untersuchungskommission will die Labour-Partei die Regierung nicht schonen. Denn inzwischen ist auch klar, daß die Wiedereinnahme von Port Stanley nicht den Krieg um die Malwinen beendet hat. Argentinien weigert sich, die Einstellung aller Feindseligkeiten zu erklären, weshalb die britische Regierung 500 bis 700 Gefangene als Geiseln behalten will.

Die Inseln selbst werden garnisonsmäßig ausgebaut. Britische Pioniere legen gerade eine Ergänzungsrollbahn zu der einzigen Betonpiste in Port Stanley, um die Inseln für schwere Transportflugzeuge zugänglich zu machen. Damit könnte die Garnison auf den Inseln auf einige Tausend Mann reduziert werden. Gouverneur Rex Hunt ist auf die Inseln zurückgekehrt, aber er hat seine alten Vollmachten nicht wieder, kommandiert wird die Insel vom General der Landungstruppen. Die „Freiheit der Falkländer“ besteht aus dem Kriege recht.

Griechenland USA und BRD verstärken Druck

Die Politik der seit Oktober in Griechenland regierenden Panhellenistischen Sozialistischen Partei (PASOK) ist insbesondere den Imperialisten der USA und der BRD ein Dorn im Auge. Die griechische Regierung hat die Rechte und Stationierungsbedingungen der NATO-Basen und US-Stützpunkte in Griechenland infrage gestellt. Gegenüber der EG fordert sie eine Änderung des griechischen Mitgliedsvertrages mit dem Ziel, eigenen Vorstellungen im Aufbau der griechischen Wirtschaft Geltung verschaffen zu können.

Die BRD-Imperialisten konnten das erste Jahr der Mitgliedschaft Griechenlands im Handel als vollen Erfolg buchen: Der BRD-Export nach Griechenland stieg 1981 um 23,3% auf 4,65 Mrd. DM an, also mit einer deutlich höheren Rate als der gesamte BRD-

Export (13%). Die griechischen Einfuhren in die BRD dagegen stiegen lediglich um 7% auf 2,95 Mrd. DM. Während somit die wirtschaftliche Abhängigkeit Griechenlands wächst und die BRD-Monopole dabei sind, ihre Marktanteile unter den durch die EG-Mitgliedschaft verbesserten Konkurrenzbedingungen kräftig auszuweiten, ist hingegen ihre Investitionstätigkeit ins Stocken geraten. Dieses sei eindeutig auf „politische Gründe“ zurückzuführen, erklärte Ministerialrat Müller-Thuns vom Wirtschaftsministerium auf der Generalversammlung der deutsch-griechischen Handelskammer im Mai in Athen. „Klagen aus Kreisen der deutschen Wirtschaft, vor allem dem Investitionsbereich, mögen sich durch entsprechende Verhaltensweise der griechischen Regierung bald erledigen“, erklärte er unmißverständlich.

Mitte Juni reiste sodann Lambsdorff nach Athen. Zu seinen Aufträgen gehörte u.a., der Regierung klarzumachen, daß ihre Streikgesetzgebung entschieden zu weit ginge: Die von der Regierung beabsichtigte Arbeitsgesetzgebung sieht den Streik nicht nur aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen vor, sondern u.a. auch aus Solidarität. Hinsichtlich der Investitionen verlangen die Monopole eine eindeutige Garantieerklärung gegen Verstaatli-

chungsabsichten sowie eine Beschränkung der Einflußnahme auf die Kapitalanlage. In der kurzen Erklärung gegenüber der Presse war von einem Scheitern der Mission Lambsdorffs nicht die Rede. Die vage Andeutung von „Verständnis“ für die griechischen Änderungswünsche zum EG-Vertrag verband Lambsdorff mit der Erklärung, auch für Griechenland folge aus dem Vertrag das Prinzip: „gleiche Rechte – gleiche Pflichten.“

Gleichzeitig verstärken die Imperialisten auch über die NATO den Druck auf die griechische Regierung. Im Mai erklärte Haig auf Inspektion der NATO-Südostflanke „uneingeschränkte Unterstützung“ für die Militärjunta in der Türkei und widerrief in Athen die Anerkennung der bis 1974 nicht bestrittenen Hoheitsrechte Griechenlands in der Ägäis. Seit Griechenland von 1974 bis 1980 aus der militärischen Organisation der NATO ausgeschieden war, beansprucht die Türkei mit Unterstützung der NATO die Luft-herrschaft über die Ägäis. Diese ständige Bedrohung der griechischen Souveränität versuchen die US-Imperialisten nun zu benutzen, um die griechische Regierung für die NATO-Kriegspolitik botmäßig zu machen.

Quellen: Europäische Wehrkunde 6/82; Blick durch die Wirtschaft; FAZ

faßt. Daß z.B. die krebserregenden Stoffe Benzol und Vinylchlorid in der ersten TA-Luft von 1974 in der Rubrik der „gefährlichen Stoffe“ auftauchten, in der neuen Vorlage hingegen gar nicht mehr auftauchen.

Vierte Behauptung: Der Schutz besonders empfindlicher Tiere und Pflanzen werde nicht nur auf Naturschutzgebiete beschränkt, sondern allgemein verankert. Dies ist unrichtig. In



der neuen TA-Luft wird unterschieden zwischen „Schutz im Interesse der Allgemeinheit“, hiermit sind Naturschutzgebiete gemeint, und „Schutz im Interesse der Nachbarschaft“.

Dieser Nachbarschaftsschutz tritt indes nur ein, wenn: a) ein Bebauungsplan überhaupt den Anbau bzw. die Haltung empfindlicher Tier- oder Pflanzenarten vorsieht, oder wenn: b) die Schädigung durch Luftverschmutzung noch nicht „ortsüblich“ ist, oder wenn: c) die Umstellung auf weniger empfindliche Pflanzen- und Tierarten „unzumutbar“ ist. Bietet dann allerdings der Kapitalist eine „angemessene Entschädigung“, so entfällt die „unzumutbare Belastung“ und damit der „Nachbarschaftsschutz“.

Fünfte Behauptung: In den bislang gering belasteten Gebieten in der BRD soll der Grenzwert für Schwefeldioxid auf 60 Millionstel Gramm pro Kubikmeter gesenkt werden, gegenüber den 140 Millionstel Gramm, die bislang gegolten haben und die jetzt „nur noch“ für die belasteten Gebiete gelten sollen.

Schwefeldioxid ist der Hauptverursacher für den sauren Regen, der zur Zeit zu den großen Waldsterben führt. Die „Allgemeine Forstzeitschrift“, Jahrgang 1973 gibt dazu folgendes an:

TA-Luft Weitreichende Zugeständnisse an die Kapitalisten

Im Herbst dieses Jahres soll dem Bundeskabinett der Neuentwurf der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (kurz: TA-Luft) vorgelegt werden. Innenminister Baum, in dessen Ministerium der Entwurf erarbeitet wurde, bezeichnete die Neufassung als ein „umfassendes Programm zur Luftreinhaltung für die kommenden Jahre“.

In der Presse wird der Gesetzentwurf als bedeutender Fortschritt im Umweltschutz verhandelt. Tatsächlich aber handelt es sich um ein Programm, mit dem die Kapitalisten auch in den kommenden Jahren die Verschmutzung und Verseuchung der Luft weitgehend ungezügelt fortsetzen können. Da bereits einige faustdicke Lügen über den Charakter des Gesetzentwurfes im Umlauf sind, ist es notwendig, einige dieser Behauptungen genauer zu beleuchten.

Erste Behauptung: Der Entwurf sehe eine Senkung der höchstzulässigen Werte für Luftbelastungen vor. Tatsächlich sieht der Entwurf nur eine ein-

zige Senkung vor – Stickstoffdioxid. Diese Senkung ist zudem lediglich einem anderen Meßverfahren geschuldet, der reale Wert bleibt derselbe. Im Übrigen steht diese Behauptung auch in Widerspruch zu der Ankündigung des Baum-Ministeriums, in einer erneuten Novellierung der TA-Luft im Jahre 1983 alle Werte verschärfen zu wollen.

Zweite Behauptung: Die neue TA-Luft sehe neue, verschärfte Grundsätze für die Genehmigung von Industrieanlagen vor. Davon kann keine Rede sein. Neu ist bei den Grundsätzen, daß durch die sogenannte „Vermutungsklausel“ in Zukunft eine Klage gegen eine Genehmigung einer Industrieanlage aussichtslos wird, wenn diese Anlage die Auflage der TA-Luft erfüllt.

Dritte Behauptung: Eine scharfe Emissionsbegrenzung (Emission = Schadstoffausstoß einer Anlage) für 15 krebserregende Stoffe sei geplant. Dazu ist zu sagen, daß die Liste der krebserregenden Stoffe, die emittiert werden, weitaus mehr als 15 Stoffe um-

Schäden bei Fichtenbeständen tauchen bereits bei einem Schwefeldioxidgehalt von 10 Millionstel Gramm auf. Zwischen 40 und 70 Millionstel Gramm findet ein Absterben der Fichtenbestände aller Altersklassen statt. Bei den von Minister Baum festgelegten 60 Millionstel Gramm pro Kubikmeter in den „gering belasteten Gebieten“ ist damit das Absterben ganzer Waldbestände einkalkuliert.

Sechste Behauptung: Erstmals sollen Werte für die Belastung mit giftigen Schwermetallen in der TA-Luft aufgenommen werden. Diese Aussage ist insofern Bauernfängerei, als zum einen die Grenzwerte der momentanen Belastungssituation entsprechen, zum anderen Höchstwerte für Kurzzeitbelastungen nicht festgelegt worden sind.

Mit diesem Gesetzeswerk hat die Bundesregierung weitreichende Zugeständnisse an die Kapitalisten gemacht, eine wirksame Einschränkung der Luftverschmutzung ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Den Kapitalisten sind aber diese Zugeständnisse noch nicht weitgehend genug. Bereits im Herbst letzten Jahres hat der bayerische Ministerpräsident Strauß in Bezug auf die Neufassung der TA-Luft erklärt, daß mit den „übertriebenen Belastungen der deutschen Wirtschaft Schluß sein muß“.

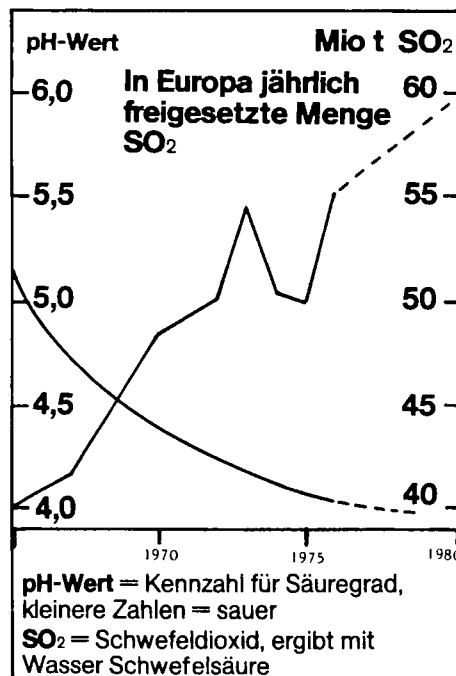
Die Vertreter der Kapitalistenverbände haben auf einer Konferenz, zu der von Minister Baum eingeladen worden war, ihre Interessen bezüglich der TA-Luft klar zu erkennen gegeben. Gegen die Absicht der Bundesregierung, Teile der TA-Luft-Bestimmungen in das Bundesimmissionsschutzgesetz zu übernehmen, wurde in aller Schärfe polemisiert, da die Kapitalisten eine Einschränkung ihrer rechtlichen Möglichkeiten befürchten mußten.

Jochen Seeliger vom Bundesverband der deutschen Steinkohlekapitalisten erklärte: „Die Probleme der Luftreinhaltung kann man nun um Himmels willen nicht durch die Bank mit Immissionswerten lösen wollen. Die Schadstoffe sind ja nicht prinzipiell, sondern nur in bestimmten Konzentrationen Schadstoffe. Wenn Sie das einmal zugrundelegen, und all das, was undicht ist, oder ein bißchen stinkt, oder an sich gar nicht aus der Anlage herauskommen soll, abstreichen ... dann bleibt nur noch sehr wenig.“

Herr Charbonnier von der Bayer AG brachte die Forderung der Kapitalisten auf den Punkt: „Wir haben immer gesagt, keine Herabsetzung dieser Werte, damit könnte die Industrie nicht mehr leben.“ Und damit der ablehnenden

Haltung der Kapitalisten gegenüber der Aufnahme von Schutzwerten in das Immissionsgesetz auch die rechte wissenschaftliche Weihe verliehen werde, formulierte der Vorsitzende des Arbeitskreises Umweltrecht Professor Soell: „Wir sind uns alle darüber im klaren, daß die Festlegung solcher Grenzwerte im Grunde naturwissenschaftlich nicht begründbar ist, sondern eine politisch normative Entscheidung darstellt. Dabei sind allerdings zwei Faktoren zu berücksichtigen, nämlich die Frage: Was ist der Wirtschaft noch zuzumuten, und die Frage: Was ist den Anwohnern noch zuzumuten.“

Kurz nachdem diese Konferenz stattfand, ließ die CDU/CSU die Novellierung des Immissionsschutzgesetzes im Bundesrat plätzen. Danach ließ die Bundesregierung den Versuch der Neuregelung dieses Gesetzes fallen und konzentrierte sich darauf, die Neufassung der TA-Luft als Ersatzlösung anzubieten. Von Seiten der CDU ist derzeit zu hören, daß die geplante TA-Luft ebenfalls den Bundesrat nicht passieren werde.



Die Kapitalisten sehen den Zeitpunkt für gekommen, offensiver gegen die Umweltpolitik vorzugehen. Die US-Kapitalisten, die es mit Hilfe der Reagan-Regierung erreicht haben, daß das amerikanische Luftreinhaltungsgesetz und das Wasserschutzgesetz faktisch außer Kraft gesetzt wurden, haben den westdeutschen Monopolen zusätzlichen Auftrieb gegeben.

Die Umweltpolitik der SPD/FDP-Regierung macht es den Kapitalisten

auch wirklich einfach. Statt ihnen wirksame Auflagen zu machen und eindeutige Schranken zu ziehen, hat es die sozialliberale Koalition immer als ihre Aufgabe gesehen, den Kapitalisten zusätzliches Kapital für den Umweltschutz zur Verfügung zu stellen, damit die Kapitalisten auch ja nicht in der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ beeinträchtigt sind; Kapital, das den Volksmassen abgepresst wurde.

Jetzt, wo die Ansprüche der Kapitalisten ins Uferlose wachsen, und die Regierungsmaschinerie kaum mehr nachkommt beim Einkassieren der Gelder zwecks Subventionierung der Kapitalisten, jetzt macht sich deutlich bemerkbar, wie wenig handfest die bisherigen Gesetzesmaßnahmen in Sachen Luftreinhaltung wirklich waren. Nicht umsonst muß Minister Baum dies indirekt zugeben, wenn er ankündigt, daß für 1983 eine „Verschärfung“ aller Grenzwerte geplant sei.

Die Auseinandersetzung um die TA-Luft beschäftigt die Bundesregierung schon seit Jahren. Die Kapitalistenverbände haben der Neufassung des Gesetzesentwurfes von Anfang an große Aufmerksamkeit geschenkt, kein Wunder, geht es doch letztlich um Kosten, die der Profitmacherei abträglich sind. Da die TA-Luft eine Verwaltungsvorschrift ist, auf deren Grundlage von den Kommunen und den Verwaltungsgerichten über die Genehmigung von Industrieanlagen entschieden werden muß, haben die Kapitalisten größtes Interesse an einer „wettbewerbsfähigen“, sprich billigen Regelung. Leider haben die verschiedenen politischen Kräfte, die sich so für den Umweltschutz engagieren, der Neufassung der TA-Luft nur wenig Interesse zukommen lassen.

Tarifrente Für hohen Verschleiß auch noch Lohnverzicht

Hauenschild und Döding, die Vorsitzenden der Gewerkschaften Chemie-Papier-Keramik und Nahrung-Genuß-Gaststätten, haben gemeinsam an den Bundeskanzler appelliert, für die Einführung einer „Tarifrente“ einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. In der zu Ende gehenden Tarifbewegung hatte sich die IG Chemie bereit erklärt, durch Abschlag von der Lohnerhöhung zur Finanzierung beizutragen. Jetzt besteht die Gefahr, daß dieses unglückselige Beispiel Schule macht.

Die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden gehen von Überlegungen zur

„Umverteilung der Arbeit“ aus. Wenn unter der Bedingung der Neubesetzung des Arbeitsplatzes ein Ausscheiden auf „Tarifrente“ mit 58 Jahren möglich werde, so seien „mindestens 515000 Arbeitsplätze“ an Arbeitslose oder jüngere Arbeiter zu vergeben. „Vor allem möchten wir auch jenen eine Chance geben, früher auszusteigen, die sich über die 40-Stunden-Woche quälen, weil sie verschlissen sind, aber dies nicht zugeben können.“



Automobilindustrie: angehende Vierziger brauchen sich nicht mehr bewerben

Seitens der Statistik der Rentenversicherung ist der brutale Verschleiß der Arbeitskraft mehr als deutlich bestätigt: zwischen 55 und 60 wird bereits jeder zweite Arbeiter und fast jeder dritte Angestellte erwerbsunfähig (s. PB Nr. 17/81, S. 16). Aber gerade deswegen ist nicht einzusehen, warum die in Beschäftigung verbleibenden Arbeiter und Angestellten nun auch noch bereit sein sollten, die vorzeitige Verrentung der verbrauchten Arbeitskraft durch Abschläge von ihrem Lohn zu finanzieren: „Da ein solcher Vorschlag natürlich auch Geld kostete, müßten beide Seiten bereit sein, einen Teil der Belastungen im Rahmen der Einkommensrunden zu tragen – nach den gewerkschaftlichen Berechnungen etwa ein Prozent der Lohn- und Gehaltssumme.“ (Pressedienst der IG CPK)

Tatsache ist, daß insbesondere die Konzerne mit großer industrieller Produktion Interesse an der Verjüngung ihrer Belegschaft haben und dafür auch gegenwärtig bereits zahlen. So haben z.B. VW, Audi oder Daimler, aber auch BASF, Bayer und Hoechst Betriebsvereinbarungen, die in der Regel langjährig Beschäftigten ein Ausscheiden mit 59 Jahren ermöglichen: diese ausscheidenden Belegschaftsmitglieder melden sich mehr oder weniger pro forma beim Arbeitsamt. Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht jedoch für ein Jahr, da sie in der Regel unkündbar sind. Während dieser Zeit zahlen die Kapitalisten den Lohn noch fort. Mit der Vollendung des 60. Le-

bensjahres haben diese Beschäftigten dann Anspruch auf das sog. Arbeitslosen-Altersruhegeld aus der Versicherungskasse. In der Zigarettenindustrie konnte die NGG 1978 eine Vereinbarung durchsetzen, nach der die Kapitalisten an ausscheidende 58jährige weibliche und 60jährige männliche Beschäftigte nach 10jähriger Betriebszugehörigkeit 75% des Bruttolohns fortzahlen bis zum Erreichen der Altersgrenze für das flexible Altersruhegeld.

Für die Kapitalisten stellen die verschlissenen Arbeitskräfte ein Hindernis zu weiterer Steigerung der Intensität in der großen industriellen Produktion dar. Die Taktzeiten, Vorgaben und Akkordrichtsätze bedeuten hohe Anspannung über die gesamte Arbeitszeit und führen zu vorzeitigem Verschleiß. Ihre weitere Steigerung erfordert daher auch eine Steigerung der Zufuhr an unverbrauchter Arbeitskraft. Insofern läuft der Vorschlag der „Tarifrente“ durch Lohnverzicht auf die Zumutung für die Beschäftigten hinaus, auch noch die Möglichkeit zur weiteren Steigerung der Intensität ihrer Arbeit selber zu finanzieren. Nicht zufällig kommentierte das Handelsblatt gerade zur Klausurtagung des IGM-Vorstandes über den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung: „Unter gewissen Bedingungen sollte daher die Tarifrente auch das Wohlwollen der Arbeitgeber finden. Diese Bedingungen sind: Weitere Festschreibung der 40-Stunden-Woche, Anrechenbarkeit bei den Lohnprozenten, Reversibilität bei geänderter demographischer oder arbeitsmarktpolitischer Lage.“

Quellenhinweis: Pressedienst der IG CPK v. 3.6.82; Informationen der Abteilung Tarifpolitik der IG CPK; Handelsblatt vom 18.6.82.

Türken und Kurden Untersuchungskommission wird gebildet

Am 18.6.82 wurde am 25. Tag der Hungerstreik von Türken und Kurden (siehe Politische Berichte 13/82) abgebrochen, weil „eine weitere Fortsetzung in der BRD im Vergleich zu den zu erwartenden weiteren politischen Resultaten keine Berechtigung“ habe (Presseerklärung der Hungerstreik-Komitees). Trotz deutlicher Zurückhaltung der bürgerlichen Presse konnte vor allem regional eine breite Information der Öffentlichkeit erreicht werden. In Esslingen bei Stuttgart z.B. besuchten 7000 Personen die Hungerstreikenden. Auf Ortsebene und bis zu Landesvorständen gibt es zahlreiche Erklärungen auch von Gewerkschaften. Bislang hat nur der GEW-Bundesvorstand seine Unterstützung bekanntgegeben. Der baden-württember-

gische DGB-Landesvorsitzende Zimmermann hat in Esslingen eine Solidaritätserklärung abgegeben und sich bereit erklärt, auf der nächsten DGB-Bundesvorstandssitzung im August die Forderungen vorzutragen. Eine frühere Behandlung vor allem zur Entscheidung über die Teilnahme an der Untersuchungskommission, die im Herbst in die Türkei reisen wird, wäre dringend erforderlich.



Die Bundesregierung nahm offiziell während des Hungerstreiks keine Stellung. Am 9.6. erklärte Matussek vom Bundeskanzleramt als persönliche Meinung, „daß die türkische Militärregierung durchaus nicht ohne Verständnis für die Bedeutung der Menschenrechtsfrage“ sei. Der SPD-Bundesvorstand, gedrängt von SPD-Parlamentariern, v.a. von der Esslinger Landtagsabgeordneten Elisabeth Nill, ließ am 17.6. durch Wischnewski bekanntgeben, die SPD gehe davon aus, daß die „türkischen Generäle ihr gegebenes Wort einlösen werden.“ Solches anzweifeln erreichten 46 Bundestagsabgeordnete am 24.6. eine offene Fragestunde im Bundestag. Dort deutete Corterier vom Auswärtigen Amt vorsichtig eine denkbare Unterstützung der unabhängigen Kommission an. Die Behandlung der Gefangenen verteidigte er mit einer angeblichen Tradition für Folterungen in der Türkei.

Im Gegensatz dazu drückte Minister Volker Hauff (SPD) an den türkischen Botschafter sein Entsetzen über die Behandlung in türkischen Gefängnissen aus. Er hatte in seinem Wahlkreis Esslingen die Hungerstreikenden besucht. Danach appellierte er auch an Willy Brandt, wie die französischen Sozialdemokraten zu handeln und die Forderungen nach einer Untersuchungskommission zu übernehmen. Für eine direkte Unterstützung durch die Bundesregierung meint er zwei Hindernisse zu sehen, einmal die NATO, zwecks Absprache, zum anderen Informationsmangel!

Die Krise in der Nahrungsmittelversorgung beruht auf der falschen Politik der PVAP gegenüber den Bauern

Hartnäckig verbreitet die westdeutsche Bourgeoisie die Meinung, die fehlgeschlagene „Zwangs“kollektivierung auf dem Lande in der VR Polen beweise die Untauglichkeit des Sozialismus für die landwirtschaftliche Produktion. Hauptsünde in der Politik gegenüber den Bauern sei die mangelnde Förderung ihres „Leistungswillens“. Der schlechte gegenwärtige Augenschein scheint diese Auffassungen zu bestätigen. Allein 1980 sank die landwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Vorjahr um 9,6%. Die Produzenten in der Landwirtschaft trugen nur knapp ein Zehntel zum Nationaleinkommen bei, obwohl dort mehr als ein Viertel aller Erwerbstätigen arbeiten. Der Grad der Selbstversorgung der Bauern sinkt, wichtige Lebensmittel sind rationiert, und der Schwarzmarkt blüht. Angeschmiegt an das Interesse der westdeutschen Bourgeoisie, auf

polnischen Regierung, die Arbeitsanstrengungen der Arbeiter und Bauern einzusetzen für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft, die auf dem kapitalistischen Weltmarkt mithalten kann. Tatsächlich vollzog sich unter der Losung dieses „nationalen Wirtschaftsaufbaus“ eine Politik, die die Interessen der produzierenden Klassen, der Arbeiterklasse wie der Bauern, unterdrückte und alten wie neuen Ausbeutern die Möglichkeit gab, sich zu bereichern.

An der Vertreibung der deutschen Faschisten und ihrer Niederlage im Krieg hatte das ganze polnische Volk ein Interesse. Wollten die polnischen Kommunisten erreichen, daß nicht nur erneut ein polnischer Nationalstaat errichtet und die nationale Unabhängigkeit erreicht wurde, sondern Bedingungen geschaffen wurden für die Machtergreifung der Arbeiterklasse und den

war schon im August 1944 begonnen worden, u.a. aus dem Grund, die Bauern zu bewegen, Lebensmittel, Heu und Stroh unentgeltlich für die Versorgung der Bevölkerung und der Armee abzugeben. Im Dekret über die Durchführung der Agrarreform, das vom Polnischen Komitee für die Nationale Befreiung erlassen wurde, finden wir die Grundlagen der Agrarreform. Wir finden zugleich die öffentliche Lüge, zumindest was die Kommunisten angeht, daß die Reform zu keinerlei Kollektivierung führen sollte. Der Ministerrat beauftragte das Landwirtschaftsministerium, „den durch feindliche Elemente verbreiteten und den Grundsätzen der Agrarreform und den Beschlüssen der Provisorischen Regierung widersprechenden Gerüchten über die Kollektivierung entgegenzuwirken, das Recht des einzelnen Bauern auf freie Verfügung über seinen Boden, Inventar und Bodenerträge zu respektieren und alle Mißbrauchversuche dieser Rechte sofort zu beseitigen“. Verboten und verfolgt wurde die von ehemaligen Landarbeitern vor allem in der Gegend von Poznań auf den Gütern der ehemaligen deutschen Großgrundbesitzer begonnene Bewirtschaftung auf der Grundlage von Kollektiveigentum. Viele von ihnen, die kein ererbtes Land besaßen, geben daraufhin die Eigentumsakte für das bei der Verteilung erhaltene Land an die Kreisbehörden zurück.

Bis 1949 wurden über 6 Mio. Hektar Boden verteilt, davon mehr als die Hälfte in den vorher von Deutschland okkupierten Gebieten. Nach der Reform befanden sich 87% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Hand der Bauern. Über eine Million vorher landlose Personen besaßen zum ersten Mal Land. Kleinbauern hatten eine Aufstockung ihres Besitzes bis zu fünf Hektar erhalten. Erreicht war, daß der traditionelle Landhunger der polnischen Bauern zunächst befriedigt war und daß sie einen Nutzen in einer kommunistischen Regierung sahen. Sie erhielten Darlehen, Zuteilungen von Dünger und Steuerermäßigungen. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage verstärkte sich ihre Hoffnung, auf Dauer private Produzenten bleiben zu können. Unterdrückt war der Versuch der ärmsten Schichten der Landbevölkerung, kollektiv zu arbeiten, während doch abzusehen war, daß bei Fortbestehen des Erbrechts, nämlich der Hofteilung, erneut so kleine Wirtschaften entstehen würden, die einen rationellen



Bekanntmachung des Dekrets über die Landreform in den vom deutschen Faschismus befreiten polnischen Gebieten

Rohstoffe, Volk und Land in Polen im Rahmen der abendländischen Werte zugreifen zu können, erwärmen sich liberale Intellektuelle und Institutionen von Walter Jens bis zur Redaktion der Zeitschrift „Moderne Zeiten“ für einen erneuten nationalen Befreiungskampf, wenn auch die ausgebliebene Intervention der UdSSR ihr Mütchen schon gekühlt hat. Auf jeden Fall bleibt ihnen das Verharren mit angeknickten Knien vor der katholischen Kirche als der Macht mit der stärksten nationalen Tradition.

Dagegen lohnt sich der Versuch zu zeigen, daß die Krise in der Lebensmittelversorgung auf der falschen Behandlung der Klassenverhältnisse auf dem Land beruht und auf einer Politik der

Aufbau des Sozialismus, so mußten sie die Masse der Bauern und landlosen Bauern und Landarbeiter gewinnen. Sie legten sich auf eine Landreform fest, durch die Land an die Bauern verteilt werden sollte. Enteignet werden sollte aller Grundbesitz von Deutschen sowie aller Grundbesitz über 50 Hektar, in den Westgebieten über 100 Hektar, dazu die Güter der Toten Hand, also der katholischen Kirche.

Die ab 1944 in den befreiten Gebieten und nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durchgeführte Landreform war wesentlicher Bestandteil des ersten von der polnischen Regierung beschlossenen Wirtschaftsplans, des „Wiederaufbauplans“ von 1946 bis 1949. Mit der Parzellierung

1918 – 1939: Deutsche Blockade und Wirtschaftskrieg gegen polnischen Aufbau

1918 erlangte Polen nach 125jähriger Aufteilung unter Preußen, Rußland und Österreich-Ungarn die staatliche Unabhängigkeit. Polnische Freiwilligenverbände unter Führung des späteren Staatschefs Pilsudski hatten im 1. Weltkrieg mit dem Ziel der nationalen Unabhängigkeit gekämpft – vor allem auf Seiten der Mittelmächte, von denen sie sich größere Zugeständnisse erwarteten. Die militärischen Niederlagen und der Zusammenbruch der Regimes der Kolonialmächte Polens stärkten den Unabhängigkeitskampf. Der erfolgreiche Aufstand von Poznań 1918 beendete die deutsche Kolonialherrschaft über dieses westpolnische Gebiet, das sog. „Westpreußen“.

Mit den Friedensverträgen nach dem 1. Weltkrieg war zwar Polens Unabhängigkeit international anerkannt, aber die West- bzw. die Ostgrenze war nicht fixiert. Die deutsche Reichsbourgeoisie setzte alles daran, das ausgedehnte Industriegebiet in Südwestpolen – von den deutschen Kolonisatoren „Oberschlesien“ genannt – in den Klauen zu behalten. Erst nach erbitterten Kämpfen mußte die Reichsbourgeoisie 1922 einen Teil des Gebietes an Polen zurückgeben. Aber ihre Ansprüche auf polnisches Territorium gab sie nicht auf. Im Locarno-Pakt 1925 garantierte sie die Grenzen in Westeuropa, während der deutsche Außenminister Stresemann

eine Anerkennung der polnischen Westgrenze verweigerte und eine entsprechende Garantie Frankreichs und Großbritanniens verhinderte. Die Revisionspropaganda über die „ungeheilte Wunde in der Ostflanke“ und die „verlorenen, aber einst wiederzugewinnenden deutschen Gebiete im



Gegen die berechtigten polnischen Ansprüche mobilisierte die Reichsbourgeoisie eine nationalistische Allparteien-Koalition

Osten“ (Reichsminister Treviranus 1930) beherrschte die Öffentlichkeit in Deutschland.

Im Westen ständig bedroht vom deutschen Imperialismus, versuchten die herrschenden Klassen Polens die

Expansion im Osten – gegen die gerade entstandene Sowjetmacht. Nach dem von allen Klassen getragenen Unabhängigkeitskampf hatten Großgrundbesitzer und Großbourgeois zusammen mit den Militärs die Macht an sich gerissen, zunächst noch hinter parlamentarischer Fassade, dann als offene Diktatur. Aufgestachelt von den Imperialisten drangen ihre Truppen 1920 tief in die SU vor, um zusammen mit russischen Konterrevolutionären die Sowjetmacht zu vernichten. Die Rote Armee konnte die Invasion zerschlagen, die SU mußte sich aber einem Friedensschluß beugen, der weite Teile Bjelorußlands und der Ukraine zu polnischem Territorium machte. Später beteiligte sich die polnische Reaktion an der Wirtschaftsblockade gegen die SU; trotz günstiger Absatzbedingungen entwickelte sie keinen nennenswerten Außenhandel mit der SU.

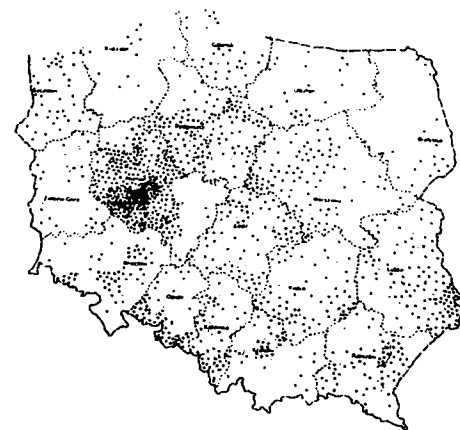
Für die junge polnische Republik war die wirtschaftliche Bürde aus der bisherigen kolonialen Teilung des Landes gewaltig: Gemessen am österreichischen Kolonialgebiet Galizien (= 100) betrug vor dem 1. Weltkrieg das Pro-Kopf-Nationaleinkommen im russischen „Königreich Polen“ 166 und im deutschen Kolonialgebiet 293 Indexpunkte. Das Gebiet um Poznań lieferte damals, geschützt durch Zölle und hohe Agrarpreise, Agrarprodukte für das Deutsche Reich, die Montanindustrie um Katowice hatte dort ihren Markt. In den anderen Gebieten war die Landwirtschaft weitgehend Naturalwirtschaft, und die wenige Industrie dort, z.B. die Textilfabriken von Lodz, versorgte den russischen Markt.

Einsatz von Maschinen nicht erlauben und nichts zur Hebung der Produktivkraft in der Landwirtschaft beitragen. Verschärft wurden diese Bedingungen durch die schlechte Qualität der Böden, die zu 75% nur zum Anbau von Roggen, Hafer und Kartoffeln geeignet sind.

1948 vollzog die frisch gegründete PVAP einen Umschwung auf Grund der Beschlüsse des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien in Moskau. Zur Begründung ihres Programms der beschleunigten Kollektivierung auf dem Lande erklärte sie: „Eine dauerhafte Sicherung des Wohlstands der arbeitenden Bauern und eine wesentliche Erhöhung der Agrarproduktion sowie die Ausnutzung der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik durch die Landwirtschaft ist nur bei Bestehen der kollektiven Landwirtschaft in der Form der Produktionsgenossenschaften möglich ... Der Volksstaat und die Arbeiterklasse werden den Bauern alle

mögliche Hilfe bei der Umgestaltung der Agrarwirtschaft liefern.“ War hier bereits die falsche Theorie vom Volksstaat aufgestellt, die die Diktatur der Arbeiterklasse ausschließt, so war die Erklärung der Vereinigten Volkspartei, der Bauernpartei also, vollends bürgerlich. Sie malte idyllischen Folgen der „Produktionsgemeinschaft“ für alle aus, obwohl doch die krassen Unterschiede zwischen den Bauern nicht beseitigt waren: „Wir sehen in den Produktionsgenossenschaften die Verwirklichung der Ideen aller Schöpfer und Kämpfer der radikalen Volksbewegung ... Das genossenschaftliche Dorf ist mit der Weg zu einem wohlhabenden sorgenfreien Leben, in dem jeder dank der Menschenkräfte sparenden Maschine Möglichkeit und Zeit genug für Lesen, kulturelle Unterhaltung und einträchtiges Eheleben findet ... Wir werden das Ideal der Produktionsgemeinschaft stufenweise realisieren, in dem Maße, wie das Bewußtsein der Bauernmassen sich steigern wird. Es

wird von uns auf Grund des freiwilligen Entschlusses mit der brüderlichen Hilfe der Arbeiterklasse und unseres gemeinsamen Bauern- und Arbeiterstaates eingeführt.“ Die Absicht, die



Verteilung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den 60er Jahren. 60% konzentrieren sich in vier Wojewodschaften.

Die Landwirtschaft v.a. in Zentral- und Ostpolen stagnierte. 82,1 Menschen lebten auf 100 ha gegenüber 48 in Deutschland und 45,2 in Frankreich. Die koloniale Aufteilung Polens hatte die industrielle Entwicklung unterbunden. Die ländliche Überbevölkerung fand keine Arbeit in Industrien, die Naturalwirtschaft auf Elendsniveau produzierte keine Überschüsse und bot keinen Markt für Industrieprodukte. Die Besitzverhältnisse verschärften noch Landarmut und Stagnation: Nach der polnischen Unabhängigkeit besaßen 0,6% der Betriebe, oft Eigentum deutscher Junker oder russischer Adeliger, 43% der Nutzfläche; die Masse der Betriebe lag dagegen unter 5 ha, und 12% der in der Landwirtschaft Tätigen waren Landarbeiter. Die dennoch erheblichen Agrexporte waren „Hungerexporte“; Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung auch noch in der Zwischenkriegszeit waren Roggen und Kartoffeln, deren Pro-Kopf-Verbrauch doppelt so hoch wie in Westeuropa lag. Polen war also alles andere als ein „reiches Agrarland“, wie die westdeutsche Propagandalüge heute lautet.

Die von den polnischen Ausbeuter- klassen angestrebte kapitalistische Entwicklung zum Industrieland konnte diese Widersprüche nicht lösen und scheiterte schließlich. Von 1913 bis 1939 verringerte sich Polens Anteil an der Weltindustrieproduktion um die Hälfte, während die Bevölkerung um 35% wuchs. Die westpolnische Groß- agrarier-Landwirtschaft brauchte nach 1918 neue Absatzmärkte, und der

Staat förderte den Getreideexport. Aber der ruinöse Preisverfall für Getreide von 1928 = 100 auf 1935 = 44 verstopfte diese Akkumulationsquelle. Eine durchgreifende Änderung der Besitz- und Produktionsverhältnisse auf



Marschall Piłsudski, der sich 1926 – gestützt auf die Armee – an die Macht putschte

dem Land durch Bodenreform, Entwicklung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses und Garantie hoher Erzeugerpreise und niedriger Staatsabgaben fand nicht statt. Nur dadurch hätte die Agrarproduktion gesteigert und ein innerer Markt für die Industrie geschaffen werden können. Nur 10% der Nutzfläche wurden 1927 an Kleinbauern gegen Kredit verteilt; deren Schulden hatten sich sieben Jahre später verdreifacht.

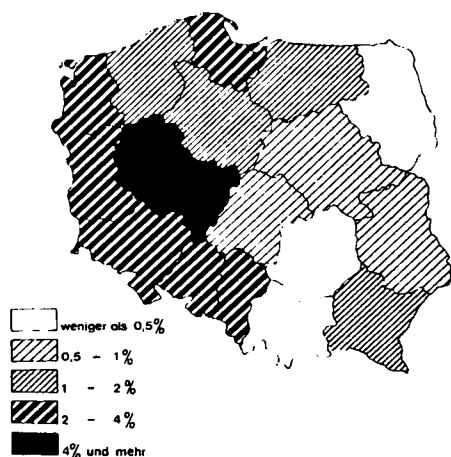
Unter diesen Bedingungen mußte auch die industrielle Entwicklung stagnieren. Die Kapitalakkumulation

war gering, Kredite dagegen waren teuer. Kurzfristig hereinströmendes ausländisches Kapital setzte auf hohe Profite bei geringen Investitionen, also auf spekulative Anlage. Bis zum faschistischen Überfall 1939 gelang es dem polnischen Staat zudem nicht, die früher auf das Deutsche Reich ausgerichtete Montanindustrie um Katowice in das Wirtschaftsgefüge Polens zu integrieren. Das meist mit ausländischen Krediten finanzierte Industrialisierungsprogramm von 1935 konnte nicht mehr abgeschlossen werden.

Aber Polen konnte die Wirtschaftsblokade durch die deutschen Imperialisten zerschlagen: Um die völlige Abhängigkeit der Montanindustrie von den Absatzmärkten in Deutschland zu beseitigen und die faktische deutsche Kontrolle über den polnischen Außenhandel, der v.a. über Danzig und Stettin abgewickelt wurde, zu brechen, baute Polen bis Mitte der 20er Jahre den Seehafen Gdynia und die „Kohlenmagistrale“, die den Hafen mit Katowice verband. 1925 sperrten die deutschen Imperialisten, die bis dato Produkte der polnischen Montanindustrie laut Friedensvertrag zollfrei ins Land lassen mußten, die Grenze. Polen solle am Kohlenüberfluß „ersticken“, erklärte die Reichsregierung Luther. Aber die „Wetten, ... wie lange der Staat Polen noch bestehen würde“ (Stresemann), gingen zunächst nicht auf – bis der faschistische Überfall den polnischen Staat vernichtete.

Quellenhinweis: Tadeusz Lychowski, Allgemeine Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik, Warschau 1955; Kurt König, Wandlungen der inneren Wirtschaftsstruktur in Polen seit 1945, Würzburg 1963

beiden produzierenden Hauptklassen zu Hilfsklassen für die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft zu degradieren, die auf dem kapitalistischen Weltmarkt mithalten konnte, zeichnete sich



Anteil der Landwirtschaftlichen Zirkel und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an der Nutzfläche (Juni 1968)

ab. Die Behauptung, daß der „Volksstaat“ zum Nutzen des Ganzen wirke, konnte anknüpfen an der Erfahrung des Volkes, daß in Personalunion und im Gefolge der deutschen Großgrundbesitzer die alten Ausbeuter zum großen Teil außer Landes geflüchtet waren

Die PVAP tat nichts zur Aufklärung der Tatsache, daß das Problem der Beseitigung der Ausbeuterklasse nicht identisch mit der nationalen Frage ist. Zwar war der Beschluß der PVAP nicht einheitlich gefaßt worden. Abgesetzt und wegen „rechter nationalistischer Abweichungen“ angeklagt wurden Gomulka und andere Mitglieder der Parteiführung. Aber der Weg war frei für den ersten Sechsjahresplan von 1950 bis 1956, mit dem ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm in Gang gesetzt werden sollte.

90% aller Investitionen sollten in der Industrie getätigt werden und nur 10% in der Landwirtschaft. Der Plan verfolgte den Zweck, Produkt aus der

Landwirtschaft abzuschöpfen für den Export, um dagegen Waren für die Industrie einzuführen. Zur Beschaffung der nötigen Mittel benutzte der Staat verschiedene Quellen. Bereits Ende 1946 waren alle Industriebetriebe mit einer Belegschaft von über 50 Arbeitern verstaatlicht worden. 1950 wurde ein Geldumtausch durchgeführt. Jeder bekam drei neue Zloty für 100 alte. Ausgenommen waren jedoch Personen, die als Bürger eingestuft wurden sowie alle Mittelbauern, die unter den neu geschaffenen Begriff „Kulaken“ fielen. Sie bekamen, ähnlich wie Sträflinge, nur einen Zloty für ihre hundert. Die UdSSR sprang mit Hilfslieferungen und Krediten ein, nachdem Verhandlungen mit den USA sowie mit der Weltbank wegen unannehmbarer politischer Bedingungen gescheitert waren.

Der Sechsjahresplan sah den ausdrücklichen Vorrang der Entwicklung der Produktionsmittel vor der Entwicklung der Verbrauchsgüter vor.

Unter diesem Gesichtspunkt waren vier Haupttrichtungen festgelegt: 1. Maschinen- und Geräteindustrie, 2. große Hüttenindustrie, 3. Entwicklung der inländischen Rohstoffbasis für die Industrie, 4. chemische Großindustrie. Gleichzeitig sollte eine bessere geographische Verteilung erreicht werden. Erzielt wurde bereits in den ersten vier Jahren eine Übererfüllung der Planziele für die Industrie, nämlich 136,1% gegenüber dem Stand von 1949. Geplant gewesen waren nur 90,2%. Die Nahrungsmittelproduktion stieg jedoch zu langsam. Bis 1953 erhöhte sie sich nur um knapp 10%, die Pflanzenproduktion sogar nur um 2%. Die Regierung griff gegenüber den landwirtschaftlichen Produzenten zum Mittel der Pflichtabgaben in Naturalien, zunächst von Getreide, 1951 von Fleisch, dann von 80 Liter Milch pro Hektar und Jahr. Der Staat zahlte dafür Preise, die unter den Produktionskosten lagen und durchschnittlich ein knappes Drittel der auf dem Markt erzielbaren Preise betrug. War so glücklich der Zehnte wieder eingeführt, so mußte die Produktion absinken und die Theorie, daß die Ausbeuter für immer außer Landes seien, erschüttert werden.

Die erste Folge für die Bauern, die die Abgaben nicht aufbringen konnten oder wollten, war die Unterlassung von



Pferde werden immer noch von der Mehrzahl der Bauern bei den Feldarbeiten und beim Transport verwendet

notwendigen Meliorationen. Standen Strafgeelder oder Gefängnisstrafe in Aussicht, so griffen viele Bauern zum letzten Mittel, ihren Besitz über die Runden zu bringen und bei einer neuerlichen Änderung der politischen Lage wiederzuerlangen. Sie traten in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein. Dies erklärt sowohl den starken Anstieg der Gründung von Genossenschaften ab 1953 wie auch die schlagartige Auflösung

von über 80% der bis dahin bestehenden weit über 10000 Produktionsgenossenschaften binnen eines halben Jahres ab Oktober 1956, als die Regierung gestürzt wurde und Gomulka erneut an die Macht kam. Am widerstandsfähigsten gegen die Auflösung erwiesen sich die Produktionsgenossenschaften der Typen I und Ib, die den niedrigsten Grad der Vergesellschaftung aufwiesen und in die nur das Ackerland bzw. das Ackerland und

Kirche weiß gesellschaftlichen Rat

In Polen plant der Klerus mittlerweile offen die Errichtung einer Staatskirche. Der Primas Glemp hat um sich einen „Gesellschaftlichen Rat beim Primas“ geschart, dem der frühere Sejm-Abgeordnete Stomma vorsitzt. Vielleicht wäre es übertrieben, diesen Rat als Schattenregierung zu bezeichnen, jedenfalls aber sitzen dort keine Spinner, sondern geübte Drahtzieher, die jüngst mit einem Thesenpapier an die Öffentlichkeit getreten sind, das, in bescheiden kirchlichem Ton freilich, die Suspendierung der Verfassung, den Ausbau des Staatsapparates und die Entmündigung der Arbeiterbewegung zur Bedingung einer „Verständigung zwischen Gesellschaft und Staat“ macht.

„Gegenstand einer nationalen Verständigung oder detaillierter Vereinbarungen, die diese Verständigung ausmachen werden, müssen die Bedingungen, die Methode und der Termin für die Reaktivierung der suspendierten Gewerkschaften und anderen Organisationen sein; die Bedingungen, die Methode und der Termin für die Aufhebung der Restriktionen des Kriegszustandes und für die Wiederherstellung der Bürgerrechte, manche wichtige Gesetzgebungsvorschläge sowie ein allgemeines Programm für die Reform und Erneuerung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.“

Die politische und rechtliche Bedeutung sowie die Form solcher Vereinbarungen wären von besonderer Art, sie wären *atypische und außergewöhnliche Akte*, und je nach Bedarf könnten sie einen breiteren oder engeren Bereich umfassen.“

Die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der polnischen Bevölkerung ist hier als Ziel verschwunden. An Stelle dessen soll neben, praktisch gesehen über die Verfassung, eine Reihe von Übergangsvereinbarungen gestellt werden. Diese wären selbstverständlich in „Anwesenheit der Kirche“ auszuhandeln. Damit wäre die Kirchenorganisation als politische Vertretung religionsausübender Leute im Geschäft, sie wäre politische und rechtliche Stütze der „Verständigung zwischen Staatsmacht und Gesellschaft“, sie wäre Staatskirche, könnte ihren Segen geben und nehmen, und das hätte irdisch rechtliche Bedeutung. Dies, so stellt die Kirche kühl fest, wäre unumgänglich, um einen Prozeß der Erneuerung zu garantieren, der „in den Menschen Hoffnung wecken“ könne und müsse. Das Wecken von Hoffnung bei Leuten, die nichts als Übles zu erwarten haben, als Zweck gesetzt, birgt die Möglichkeit zu einem Bündnis von Kirche und Staatsapparat in sich:

„Andererseits sollte die Verständigung die Position der Staatsmacht festigen und ihr einen wirksamen Kampf gegen die Krise ermöglichen, wobei zu bedenken ist, daß

der Kriegszustand ja gerade durch die Schwächen und die Bedrohung der Strukturen des Staates und des Systems bewirkt wurde, obwohl er nicht die einzige Methode war, sie zu retten, und obwohl er viel Böses brachte.“

Die Position der Kirchenorganisation soll gestärkt werden, die Position der Staatsmacht soll gestärkt werden. Was bleibt für die Arbeiter? Die Enzyklika „*Laborem exercens*“, das sollte reichen!

„Andererseits ist es nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, „Politik zu machen“ im heute üblichen Sinn des Ausdrucks. Die Gewerkschaften haben *nicht* den Charakter *politischer Parteien*, die um die Macht kämpfen ...“ (Dies wird eine deutliche Begrenzung der Tätigkeit von „Solidarność“ einerseits und die Sicherung der Autonomie der Gewerkschaft gegenüber den politischen Behörden andererseits erforderlich machen.“

Im ersten Teil des Zitates zitieren die Primas-Leute die Enzyklika, der zweite ist ihr eigener Senf. Das Angebot ist klar. Eine politisch eingezäunte Spielwiese für die Arbeiter, die Staatsmacht, verstärkt durch kirchliche Bataillone, Wächter am Zaun. Wann je hätte sich ein Hirte an der Schur seiner Schäflein gestört? Interessant ist ihm nicht diese, sondern die Verteilung der Wolle – und da soll ja was geändert werden.

das Grünland eingebracht werden mußte. Erhalten blieben vor allem auch diejenigen, die von ehemaligen Landarbeitern und landlosen Bauern gegründet worden waren und die ihre Fläche vor allem durch Zuerwerb aus dem staatlichen Bodenfonds vergrößert hatten. In den folgenden Jahren stieg ihre Zahl nur langsam, jedoch vergrößerten sie weiter ihren Umfang. Bei Getreide erreichten sie bessere Hektarerträge als die privaten Bauern. Dagegen können die höheren Ablieferungen der Bauern an Vieh und ihre besseren Aufzuchtergebnisse nicht aufgerechnet werden, denn man muß berücksichtigen, daß bis heute die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften ein Stück Land bis zu 0,5 Hektar privat nutzen dürfen. Eine Art Arbeitsteilung findet statt in dem Sinne, daß die kollektive Wirtschaft sich oft auf die Getreideproduktion beschränkt und die Viehzucht privat erledigt wird.

Im Gegensatz zu den Produktionsgenossenschaften sind die Landwirtschaftlichen Zirkel Vereinigungen von privaten Bauern. Sie nehmen die Bereitstellung von Maschinen, Reparaturarbeiten, Beschaffung von Dünger und teilweise den Verkauf der Produkte wahr. Bei Eintritt ist eine Gebühr zu zahlen, der Privatbesitz wird nicht angetastet. Daneben besteht die Möglichkeit, Anteile zu zeichnen, ohne Mitglied zu werden. Prinzipiell können alle Mitglieder dort Geräte leihen, sogar auch die nichtorganisierten Bauern. Über die Reihenfolge entscheiden jedoch die Aktionäre, so daß die reichsten Bauern, die die Maschinen des Zirkels oft nur bei Spitzenbelastungen zusätzlich zu ihren eigenen einsetzen und so in der Lage sind, rationell zu wirtschaften, es sich leisten können, in Wirklichkeit über die Verwendung zu bestimmen. Die erhöhten Leihgebühren verkraften sie leicht, und die kleinen Bauern, die sich keine Anteile kaufen können, haben das Nachsehen, wenn sie die Maschinen nicht rechtzeitig zur Verfügung haben.

Durch ihre Politik hat die PVAP die Widersprüche auf dem Land verschärft. Die vertiefte Spaltung unter den Bauern spiegelte sich zuletzt in der Organisierung der „Landsolidarität“ durch private Bauern. Ihre Mitgliedschaft stammte sowohl aus den Schichten der ärmsten Bauern, denen die Zirkel nichts nützen, wie auch aus den reichsten Bauern, die mit Durchsetzung etwa ihrer Forderung nach Erhöhung der Obergrenze der Betriebsgröße die Aussicht haben, wieder Großbauern unter Anwendung fremder Arbeitskraft zu werden.

Quellenhinweis: Georg Barczyk, Die Organisation der landwirtschaftlichen Betriebe in Polen und den deutschen Ostgebieten, Gießen 1962. Stanislaw Hegenbarth, Landwirtschaftliche Zirkel und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Polen, Berlin 1976.

Zunehmende Unterschiede der Lebensverhältnisse der Bauern

Eine der Hauptforderungen, die der Zusammenschluß polnischer Bauern, die „Landsolidarität“, aufgestellt hat, war die Anhebung der Hofgrößenbeschränkung in Zentralpolen von bisher 50 auf 100 ha. Diese Forderung läßt den Schluß zu, daß die Agrarpolitik der Regierung in den vergangenen Jahren die Herausbildung einer, wenn auch schmalen, Schicht gut betuchter Bauern zumindest nicht verhindert hat. Wie groß diese Schicht ist, läßt sich nicht einfach feststellen, die Statistik weist nur Hofgrößen bis 15 ha spezifiziert nach.

Verteilung der privaten Bauernhöfe nach Größenklassen, in Mio. und %

in ha..	1954 abs.	1960 abs.	1980 abs.	%
0,5–2	0,67	1,17	0,8	30,0
2–5	1,38	1,09	0,85	29,5
5–10	0,75	0,90	0,74	25,8
10–15	0,23	0,28	0,28	9,7
15 u.m.	0,12	0,10	0,14	5,0
Gesamt	2,90	3,58	2,89	100,0

Die kleinen und Kleinstbetriebe werden überwiegend von Nebenerwerbsbauern geführt. Ca. 1 Mio. der Bauern arbeitet sowohl in den Staatsgütern oder in Fabriken wie auf dem eigenen Hof. Diese Überarbeit ist notwendig, um dem Haushalt ein nur halbwegs ausreichendes Einkommen

zu sichern. Die Konsumausgaben der Bauern mit den kleinsten Betrieben sind mit 5176 Zloty trotzdem noch niedriger als der Durchschnittslohn der Industriearbeiter, der im selben Jahr 5772 Zloty betrug. Dennoch verfügen diese Bauern über ein höheres Einkommen als die Vollerwerbsbauern mit nur etwas größeren Höfen, deren Betriebsgröße mehr als die halbe Arbeitskraft beansprucht. Die Bauern, die über mehr als 15 ha Land verfügen, können mit 8066 Zloty im Monat beträchtlich mehr für ihre Reproduktion ausgeben, ohne daß sie dafür etwa die Akkumulation einschränken müßten. Sie gehen z.T. dazu über, während der Erntesaison Landarbeiter zu Niedrigstlöhnen (ca. 1800 Zloty im Monat) aus der armen Landbevölkerung zu rekrutieren.

Diese Bauern halten fast die gesamte Fleischproduktion für die Städte in der Hand. Nach Schätzungen polnischer Agrarwissenschaftler produzieren Höfe unter 8 ha im wesentlichen für den Eigenbedarf. Die größeren Bauern verfügen mit dem Vieh über eine beträchtliche Einnahmequelle. Für Schlachtfleisch konnten bis zur Preisreform im Frühjahr auf dem freien Markt Preise erzielt werden, die bis zu fünfmal so hoch wie die staatlichen Aufkaufpreise waren.

Quellenhinweis (auch für Tabellen): Rocznik Statystyczny 1981

Jahreseinnahmen und -ausgaben privater Bauern 1980 (in 1000 Zloty) nach Hofgrößen

	0,1–3	3–7	7–10	10–15	15 u.m.
Einnahmen	123,7	201,3	296,2	422,0	593,7
Ausgaben	119,0	197,2	293,7	417,5	586,0
dav. Konsum abs.	68,6	52,7	62,9	78,3	96,8
in % der Ausgaben	57,6	26,7	21,4	18,8	16,5
nicht verausgabter Rest, absolut	4,7	4,1	2,5	4,5	7,7
in % der Einnahmen	3,8	1,0	0,8	1,0	1,3



Keine weitere IDEE in Hannover

Am 23. Juni hat der Aufsichtsrat der Messe AG entschieden, daß in Hannover keine Wiederholung der Kriegswaffenschau IDEE stattfinden wird. Begründet hat er dies mit *mangelnder Wirtschaftlichkeit*: statt mehr als 200 nur 142 Aussteller, statt über 8000 nur 4027 Besucher. — An den Protesten gegen die IDEE hatten sich mehr als 40000 Menschen beteiligt. Die Kosten für das veranstaltete Polizei-Heerlager werden auf über 2 Mio. Mark geschätzt. — Während die CDU-Ratsfraktion diese Entscheidung bedauert, haben die SPD-, FDP- und DKP-/GABL-Ratsfraktionen sie begrüßt.

Gnadengesuche für Rechtsanwalt Härdle

Heidelberg. Bereits am 30.4.82 haben SPD und FDP im Stuttgarter Landtag einen Gnadenantrag für Gerhard Härdle gestellt. Seit 11.11.81 muß er in Ulm eine 22-monatige Haftstrafe „wegen Landfriedensbruch u.a.“ absitzen. Die „Europäische Menschenrechtskommission“ hat eine Beschwerde abgelehnt. SPD/FDP hegen „Zweifel, ob das

Hannover. Über 250 organisierte Angestellte im Einzelhandel protestierten am 18.6. auf einer Kundgebung. Die Forderungen der HBV: Ein Tarifvertrag mindestens in Höhe der anderen Bundesländer, also 4,35%! Streichung der Gehaltsgruppe 8! Keine Abkoppelung der Auszubildenden! Für den Erhalt des Tarifvertrages! Seit dem 30.4. sind die Tarife im Einzelhandel Niedersachsen/Bremen gekündigt. Drei Verhandlungen waren bisher ohne Ergebnis. Die Kapitalisten bieten 3,6–4%. Der nächste Verhandlungstermin ist der 2. Juli.

in allen Strafverfahren gesetzte oberste Ziel, dem Angeklagten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auch tatsächlich erreicht wurde“ (Gnadengesuch). Auch 61 Richter und Staatsanwälte, zumeist in der ÖTV, haben ein solches Gesuch an Ministerpräsident Späth (CDU) gerichtet. Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.“ (Pfarer Albertz, Prof. Gollwitzer u.a.) hat um einen Termin bei Justizminister Eyrich nachgesucht. Dieser ließ inoffiziell seine „generell ablehnende Haltung“ durchblicken.



Einen dreitägigen Warnstreik vom 19. Juli bis zum 22. Juli beschlossen die britischen Gewerkschaften im Gesundheitswesen letzte Woche. Nach mehreren eintägigen Streiks hat die Regierung Thatcher zwar ihr Angebot von 6% auf 7,5% für Krankenschwestern und von 4,5% auf 6% für andere Beschäftigte erhöht; aber nach Berechnungen der Gewerkschaften machen diese Verbesserungen gerade 39 Pence (1,64 DM) wöchentlich für eine Hilfsschwester aus. „Das neue Angebot ist keine Basis für weitere Verhandlungen“, sagte Peter Jacques, Sekretär des Gesundheitskomitees der Gewerkschaften im TUC. „Auch das neue Angebot liegt weiter unter Abschlüssen für Polizei, Wasserwerke, Feuerwehr und Arbeiterin in staatlichen Energiebetrieben.“ — Die Eisenbahnergewerkschaft NUR beendete am Dienstagabend einen zweitägigen Streik, der von der Mehrheit des Vorstandes ausgerufen war, von dem am Montag stattfindendem Gewerkschaftstag aber nicht gebilligt worden war. Die NUR fordert Lohnerhöhungen von 12%, die Regierung will nur 5% zahlen. Jetzt hat die NUR der Schlichtung zugestimmt.



Sofortige Entlassung Stützles!

München. Rund 100 Beschäftigte der Stadt München haben sich in einer Unterschriftensammlung gegen die rassistischen Äußerungen des Sozialreferenten Stütze („Überfremdung“ u.ä.) gewandt. Stütze ließ antworten: „Sehr geehrte ... Ohne Sie in Ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung berühren zu wollen, muß ich feststellen, daß Form, Zeitpunkt und Rahmenbedingungen dieser Unterschriftensammlung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit ... nicht dienlich waren ...“ Trotz dieser Drohbriefe an Beschäftigte des Sozialreferats München, trotz Anweisung des Schulreferats, alle Veranstaltungen zu verbieten, die sich gegen Stütze richten könnten, wurde es dem Sozialreferenten unmöglich gemacht, auf einer Podiumsdiskussion zum „Tag des Ausländers“ seine rassistischen Theorien zu verteidigen: Ohne einen Satz gesagt zu haben, mußte er unter Polizeischutz den Saal verlassen.

Bundschuh-Versammlung gegen Teststrecke

Auf der Bundschuh-Generalversammlung am 19.6. in Boxberg gab Rechtsanwalt de Witt einen Überblick über die rechtliche Lage: Wenn der Verwaltungsgerichtshof der Normenkontrollklage gegen den Bauplanungsplan „Teststrecke“ formal stattgebe, z.B. bezüglich der eingeschränkten Öffentlichkeit bei der Beschlussfassung, könne der Gemeinderat neu beschließen. Bei Anerkennung der inhaltlichen Gründe, z.B. des existenzbe-

drohenden Pachtlandverlustes für die Bauern, sei die Teststrecke „ein für allemal erledigt“. Verliere der Bundschuh die Klage, werde man vor das Bundesverfassungsgericht gehen. „Wenn alles nichts hilft“, so ein Bundschuh-Vertreter, „dann liegen die Bauern auf ihren Feldern vor den Baggern.“ MdL Kretschmann (Grüne) warf der Landesregierung und Daimler-Benz vor, für alles und jedes die internationale Konkurrenz und die Arbeitsplätze ins Feld zu führen, und forderte, sich darauf nicht einzulassen. — Die Bundschuh-Genossenschaft hat jetzt 1720 Mitglieder, bei sinkender Zuwachsrate. Konkrete Festlegungen, z.B. hinsichtlich der Mobilisierung weiterer Unterstützung, wurden nicht getroffen.

Gegen Schwiers Stellenstreichungsplan

Teils im Juli, teils im September oder Oktober will NRW-Wissenschaftsminister Schwier über seinen Plan entscheiden, die Zahl der Studienanfänger drastisch zu kürzen und 1800 Planstellen an den Hochschulen zu streichen bzw. zu verlagern. Fast alle Universitätsseenate fordern die Rücknahme des Plans. In Wuppertal und Bielefeld demonstrierten Beschäftigte und Studenten gegen den Plan. Am 25.5. protestierten 11000 Beschäftigte, Schüler und Studenten aus ganz NRW in Düsseldorf. Die Studenten der Fachhochschule Hagen sammelten mit Unterstützung der Gewerkschaften und des Personalrats über 31000 Unterschriften und übergaben sie am 21.6. Schwier.

Finanzierung nicht mehr gewährleistet / 600 Beschäftigte „zuviel“

Mannheim. Auf einer außerordentlichen Personalversammlung am Klinikum Mannheim Mitte Juni erfuhren die ca. 500 Teilnehmer, daß die Krankenkassen gegen das Regierungspräsidium Karlsruhe klagen. Die vom Regierungspräsidium verfügte Pflegesatzsteigerung um ca. 11% auf 309,80 DM seit 1.1.82 sei für die Kassen nicht zahlbar – das Klinikum hingegen hätte 14,2% mehr benötigt. Die Vorhaben der Krankenkassen, dieses Problem zu „lösen“, sind von einer Schärfe, die andeutet, daß eine neue Gangart eingeschlagen werden soll: von den ca. 3000 Stellen im Klinikum Mannheim sollen 600, davon ca. 130 Stellen im Pflegebereich gestrichen werden. Der Verwaltungsdirektor hat eigene Vorschläge: Ärzte sollen weniger verordnen; jeder solle überprüfen, ob er nicht mehr in seiner Arbeitszeit leisten könne; jede freie Stelle solle für drei Monate unbe-

gung durch die Krankenhäuser sichern“, so das KHG.

Im Mannheimer Klinikum entwickelte sich seit 1974 die Unterdeckung durch den Pflegesatz rasant. Nach einem Jahr KHG betrug 1975 die Unterdeckung 1,55 DM, 1981 sind es bereits 7,42 DM pro Pflegetag zu wenig. Diese Unterdeckung geht den Krankenhäusern an die Substanz: In Mannheim ist die Unterdeckung z.B. stets größer als die Pauschale für Instandhaltung und Instandsetzung. Als „Ausweg“ aus der Finanzmisere gilt die gesetzlich geforderte Wirtschaftlichkeit – z.B. über die Verkürzung der Liegezeit der Patienten. Die Verweildauer in Mannheim sank von 1975 bis 81 von 15,8 auf 12,2 Tage pro Patient. Dadurch haben die Berechnungstage, die die Häufigkeit der Pflegesatzeinnahmen ausmachen, um 4,4% abgenommen, obwohl die Zahl der „stationär behandelten Patienten“ um 15,1% zugenommen hat (1975 = 38271, 1981 = 44039). Während immer mehr Menschen immer schneller behandelt werden, gehen gleichzeitig die Einnahmetage zurück. Das hat Arbeitssintensivierung zur Folge. Zwar ist die Behauptung der Direktion, es gäbe mehr Personal und ein besseres Personal/Patientenzahl-Verhältnis, z.T. richtig. Vergleicht man die Vollkräfte des Pflegepersonals (ohne Auszubildende und Funktionsdienst wie z.B. in Ambulanzen, OPs) von 1975 = 785,5 Vollkräfte bis 1981 = 939,5 Vollkräfte mit den stationär behandelten Patienten, dann pflegte 1975 eine Pflegekraft durchschnittlich 48,72 Patienten und 1981 „nur“ noch 46,87 Patienten im Jahr. Unberücksichtigt bleiben dabei aber Belastungen durch neue pflegerische, organisatorische oder assistierende Tätigkeiten.

Deutlicher wird die Intensivierung über den Pflegezeitaufwand (1). Der gesamte Pflegezeitaufwand während des Krankenhausaufenthaltes nimmt zwar pro Patient in den sechs untersuchten Jahren um 9,8% ab. Jedoch steigt der tägliche Pflegezeitaufwand in diesem Zeitraum durch die Liegezeitverkürzung um ca. 17% – womit die Intensivierung der Arbeit im Pflegebereich nachgewiesen wäre. Würde dies berücksichtigt, müßte die Anhaltszahl der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 1974, berechnet aufs Klinikum, von 1:2,9 (eine Pflegekraft auf 2,9 Patienten) korrigiert werden auf 1:2,4. Das heißt, daß bei einer 18-Bet-

tenstation statt jetzt ca. sechs dann sieben bis 7,5 Planstellen zu besetzen wären (1).

Das Gegenteil soll erreicht werden. Bereits 1976/77 war eine REFA-Kommission im Klinikum Mannheim. Neben dem Ergebnis, daß mit 54 „überflüssigen“ Beschäftigten 1,8 Mio DM jährlich einzusparen seien, wurden Vorschläge unterbreitet wie z.B.: flexible Arbeitszeit und Anwesenheitskontrolle in Labors; zentraler Schreibdienst mit Leistungslohn; Genehmigungspflicht teurer Untersuchungen. Der damalige REFA-Bericht wurde allerdings von der Direktion abgelehnt, weil er zu offensichtliche Fehler enthielt.

Durch die Zentralisierung – das Klinikum ist ein Krankenhaus der Maximalversorgung – erweitert sich sein Einzugsbereich immer mehr. 1975 betrug die Zahl der Patienten aus Mannheim noch 62,9%, 1981 nur noch 53,1%, während die Zahl der Patienten aus Hessen und Rheinland-Pfalz im selben Zeitraum von 25 auf 30% anstieg. Zur kurzfristigen Lösung der finanziellen Situation wäre eine Art Ausgleichsabgabe dieser Bundesländer zu überlegen, ebenso wie die Möglichkeit der Abrechnung nicht nach belegten Betten, sondern nach behandelten Patienten. Solange aber durch das KHG die laufenden Krankenhauskosten auf die Kassen und damit auf die Versicherten abgewälzt bleiben, wird es schwierig sein, konkrete Schritte zu unternehmen, die die finanzielle Situation der Krankenhäuser verbessern, ohne gegen die Beschäftigten oder die Patienten gerichtet zu sein.

Quellenhinweis: G. Golombek, Ermittlung des Personalbedarfs im Pflegedienst unter Anwendung der DKG-Empfehlungen. Referat im Katholischen Fortbildungsinstitut für Krankenpflege e.V. Regensburg, 11/80; Verwaltungsberichte des Klinikum Mannheim.

HAW Betriebsrat gegen Entlassungspläne

Hamburg. Im März kündigte die Geschäftsführung der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) die Entlassung von 58 Arbeitern und Angestellten an. Das sind rund 7% der Belegschaft. Die wirtschaftliche Lage habe sich inzwischen für die drei beteiligten Konzerne VAW (BRD), Reynolds (USA) und Ranshofen (Österreich) rapide verschlechtert. Entlassungen seien jetzt unumgänglich. Zuvor wurde noch von Personalabbau durch „natürliche Fluktuation“ geredet. An einer vom Betriebsrat sofort einberufenen zusätzlichen Betriebsversammlung beteiligten sich mehr Kollegen als zuvor, obwohl die Geschäftsführung die Versammlung für „nicht zweckmäßig“ erklärte



setzt bleiben. Die Absichten der Kassen wie der Direktion wurden vom Personalrat zurückgewiesen. Nicht die Kassen, sondern die Krankenhausgesetzgebung sei Verursacher der katastrophalen Finanzlage von Krankenhäusern und Krankenkassen.

Seit 1974 gilt nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) für die Krankenhäuser ein vollpauschalisierter Pflegesatz. „Sie (die Pflegesätze) müssen auf der Grundlage der Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden, leistungsorientierten Krankenhauses und einer Kosten- und Leistungsabrechnung eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen und die medizinisch und wirtschaftlich rationelle Versor-

und ankündigte, die anfallende Zeit nicht zu bezahlen.

Eine Resolution des Betriebsrates, wonach sofort alle Überstunden gestoppt werden sollen, wurde einhellig begrüßt, obwohl viele Kollegen auf die zusätzlichen Überstundengelder angewiesen sind. Für 1981 registrierte der Betriebsrat 75000 Überstunden. Weiter wies der Betriebsrat nach, daß HAW selbst bei sinkenden Marktpreisen noch kräftige Profite produziert. So wurde im letzten Jahr mit weniger Personal, Energie und Rohstoffen mehr und besser produziert. Nicht zuletzt verschaffte der niedrige Strompreis von 2,3 Pfg/kWh, durch die Haushalte der Lohnabhängigen subventioniert, den beteiligten Konzernen eine hohe Rendite.

Eine Spaltung der Belegschaft in „weiße und schwarze Schafe“ (HAW-Geschäftsführer zu gesunden und kranken Kollegen) gelang bisher nicht. Auch Behauptungen, daß die Konkur-

renz aus China und dem Ostblock billiges Aluminium auf den Markt werfen würde, ließ kein Verständnis für das Vorhaben der Geschäftsführung aufkommen. Infolge der Geschlossenheit der Belegschaft und der Maßnahmen des Betriebsrates konnten bislang keine betrieblichen Kündigungen durchgesetzt werden.

Auf einer vom Betriebsrat erzwungenen Einigungsstelle reduzierte die Geschäftsführung ihre Entlassungspläne auf maximal 28 Arbeiter. Die Verhandlungen scheiterten aber, da die Geschäftsführung als mögliche Abfindung nur einen $\frac{3}{4}$ Monatslohn je Beschäftigtenjahr zu zahlen bereit war.

Die HAW-Kapitalisten beabsichtigen mit den Entlassungen eine Intensivierung der Arbeit durchzusetzen, den Kampf gegen ruiniöse Arbeitsbedingungen zu brechen und „Personalkosten“ zu senken. Leider kommt der Chemietarifabschluß mit 4,2% diesen Absichten entgegen.

auf 4,5% (1981) gesenkt werden, während sie einzig bei den männlichen Angestellten von 2,8% auf 3% anstieg (alle Zahlen für die bayerische Druckindustrie).

„Der Krankenstand ist eine erhebliche Kostenbelastung, er ist beeinflussbar, wenn man ihn kennt“, schrieben die Druckkapitalisten Bayerns 1980 in ihrem Geschäftsbericht. Um den Krankenstand zu beeinflussen, wie es ihnen für 1981 ansatzweise schon gelungen ist, haben sie sich verschiedenen Mittel ausgedacht:

In Würzburg haben zwei der größten Betriebe jeweils Drohbriefe an solche Beschäftigte losgelassen, die ihrer Ansicht nach zu oft krank waren. Bei der Stürtz AG (ca. 700 Beschäftigte) tat die Geschäftsleitung dies schon Mitte letzten Jahres, bei der Mainpost (größter Zeitungsverlag und Druckerei im Raum mit 1300 Beschäftigten) in diesem Jahr. Damit man sich einen Eindruck von den Drohungen machen kann, seien hier Ausschnitte aus dem Brief der Mainpost zitiert:

„... alljährlich werden die Fehlzeiten der Mitarbeiter durchgesehen und nach ihrer Häufigkeit überprüft ... Hohe Fehlzeiten einzelner Mitarbeiter sind eine Quelle ständiger Unruhe ... Durch die gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entstanden und entstehen für den Betrieb erhebliche Kosten. Die sich durch einen höher als normalen Krankenstand ergebenden Mehrkosten sind gleichbedeutend mit einer verringerten Konkurrenzfähigkeit des Betriebes ... Durch diesen Brief soll natürlich nicht der Eindruck erweckt werden, daß der Betrieb grundsätzlich die Erkrankungen eines Mitarbeiters negativ vermerkt ... Wir bitten aber um Ihr Verständnis, daß wir hier Abhilfe von der Kostenseite

Druckindustrie Bayern

Mit Drohungen und anderen Mitteln wird der Krankenstand gesenkt

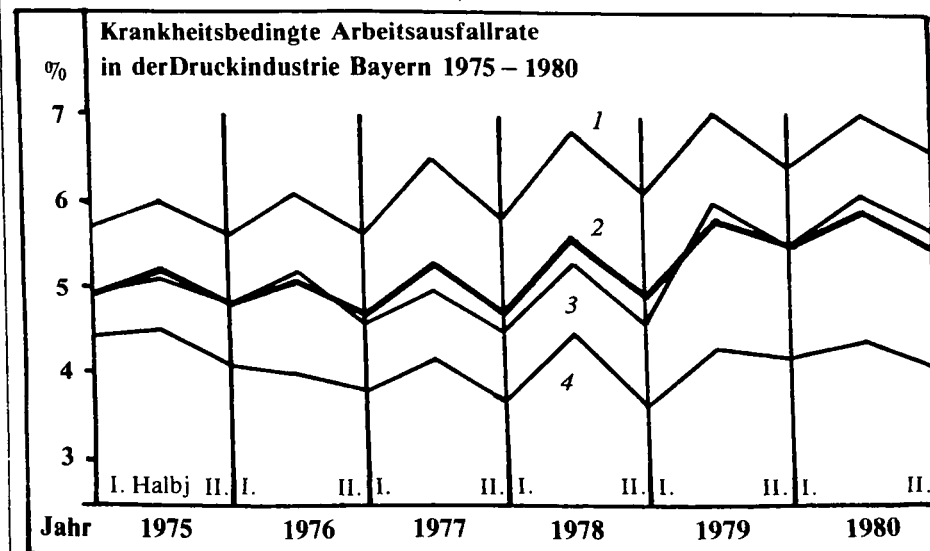
Würzburg. Verstärkt seit dem letzten Jahr versuchen die Kapitalisten in der Druckindustrie Bayerns mit verschiedenen Maßnahmen die krankheitsbedingte Arbeitsausfallrate der Beschäftigten zu senken. In ihrem gerade herausgekommenen Geschäftsbericht für 1981 stellen sie zufrieden fest, daß sie erstmals wieder seit 1976 die krankheitsbedingte Arbeitsausfallrate in Bayern gesenkt haben von 5,7% (im Jahr 1980) auf 5,4% (1981). 1976 lag die Rate bei 4,8% (siehe dicker Strich im Schaubild).

Dabei geben sie offiziell zu, daß diese Senkung des Krankenstandes 1981 nicht zur Ursache hat, daß die Erkrankungen tatsächlich abgenommen hätten, sondern daß die Beschäftigten sich trotz Krankheit weniger krank gemeldet haben. Denn ihre Analyse ist: „Konjunktur drückt auf den Krankenstand.“

1980 konstatierten die Druckkapitalisten in ihrem Geschäftsbericht, daß „der stärkste Anstieg der Krankmeldungen ... in den letzten Jahren bei den Lohnempfängern und hier insbesondere bei den Frauen zu verzeichnen (war). Die krankheitsbedingte Ausfallrate blieb dagegen bei den Angestellten, Männern wie Frauen, seit Jahren konstant.“ Dies ist ein Ausdruck der enorm erhöhten Vernutzung der Arbeitskraft in den letzten Jahren vor allem der Arbeiterinnen in der Druckindustrie, von denen ja der Hauptanteil

in der Weiterverarbeitung beschäftigt ist.

1981 ist es den Kapitalisten in der Druckindustrie gelungen, am meisten in diesem Bereich eine Senkung der Krankmeldungstage zu erzwingen. So sank die krankheitsbedingte Arbeitsausfallrate der Arbeiterinnen von 8,2% (1980) um 0,4% auf 7,8% (1981), während sie bei den Arbeitern von 6% (1980) auf 5,8% (1981) sank. Bei den weiblichen Angestellten konnte sie auch um 0,3% von 4,8% (1980)



Schaubilderklärung: Zahlen, die die Kurven kennzeichnen: 1 = München, 2 = Bayern gesamt (dicker Strich), 3 = Augsburg, Nürnberg, Würzburg, 4 = sonstige Orte. Deutlich wird, daß in den Druckzentren die Arbeitsintensität und damit die Vernutzung der Arbeitskraft am höchsten ist.

her schaffen müssen. Deshalb bitten wir Sie zu prüfen, ob Sie sich Ihren gegenwärtigen Aufgaben in unserem Hause gesundheitlich gewachsen fühlen ... Dabei möchten wir nicht verhehlen, daß wir uns von Mitarbeitern, die eine normale Arbeitsleistung – gleich aus welchen Gründen – nicht erbringen, unter Umständen trennen müssen ...“

Im Vogel-Verlag, dem dritten großen Betrieb in Würzburg (über 900 Beschäftigte) wurde seit April 1982 eine Betriebsvereinbarung verschlechtert, nach der man sich jetzt nur noch viermal drei Tage im Jahr ohne Attest krank melden kann, während man vorher die drei Tage ohne Begrenzung in Anspruch nehmen konnte. Begründet wurde dies mit „Mißbrauch“, der nicht einmal nachgewiesen war.

Universität Würzburg Kampf um betriebliche Kindertagesstätte

Würzburg. Vergangenen Herbst führte der Personalrat der Universität Würzburg nach Anträgen der ÖTV-Betriebsgruppe Unikliniken erstmals eine größere Umfrageaktion unter den Beschäftigten über den Bedarf an Kindertagesstättenplätzen durch. Das Ergebnis: Für 267 Kinder bis zu sechs Jahren wird dringend ein Tagesstättenplatz gesucht, 164 Kinder davon sind unter drei Jahre alt. Fast 200 weitere Beschäftigte melden „Kinderwunsch“. Die Forderung nach einer betrieblichen Kindertagesstätte wird bereits seit Jahren erhoben.

Die Universität ist in Würzburg mit über 6000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber, allein an der Uni-Klinik arbeiten mehr als 2000 Menschen. Besonders für die im Schichtdienst Beschäftigten stellt sich das Problem: Wohin mit den Kindern während der Arbeitszeit?

Die Stadt Würzburg bietet hier keine Lösung, vielmehr hält sie sich an die Leitsätze der CSU-Familienpolitik, die Frau gehöre, zumindest solange die Kinder klein sind, ins Heim und an den Herd. So gibt es z.B. in ganz Würzburg weniger als achtzig Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, Tagesmütter mit eingerechnet. Erst im vergangenen Jahr haben Eltern, die ihre Kinder in einer privaten Kindertagesstätte untergebracht haben, deren Schließung verhindert, die die Stadt nach Verrentung des leitenden Ehepaares durchführen wollte, u.a. mit der Begründung, daß aus solchen Kindern nur Kriminelle würden. Aber auch Ganztagesplätze in städtischen oder kirchlichen Kindergärten

sind genauso rar und auf Jahre hin ausgebucht.

Aber selbst eine solche Möglichkeit kann z.B. von einer Krankenschwester nicht genutzt werden, da die Öffnungszeiten nirgendwo dem Schichtdienst angepaßt sind. An diesem Problem ist auch der vor ca. zehn Jahren gestartete Versuch des Personalrats gescheitert, einen Kindergarten in Kliniknähe zu verpflichten, vorrangig Kinder vom Krankenhauspersonal aufzunehmen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Uniklinik hat die Forderung nach einer betrieblichen Kindertagesstätte Anfang letzten Jahres erneut zusammengefaßt und in Aktionen am 1. Mai mit Wandzeitungen, Forderungen an Personalräte und Uni-Leitung sowie Gesprächen mit Landtagsabgeordneten und Leserbriefen in die Öffentlichkeit gebracht. Gleichzeitig war damit die Forderung nach Besetzung aller Planstellen verbunden, denn wie in fast allen Kliniken herrscht in Würzburg bei einer jährlichen Fluktuation von 25% im Pflegebereich ein großer Schwesternmangel. Durch die fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten ihrer Kinder sind viele Schwestern gezwungen, nach der Geburt ihres Kindes aus dem Beruf auszuscheiden, auch wenn sie sich das finanziell nicht leisten könnten.

Der Kanzler der Universität Würzburg, R. Günther, hat jetzt in einem Schreiben an den Personalrat die Initiative für eine Kindertagesstätte „grundsätzlich begrüßt“. Mit der Abfassung dieses Briefes hat er allerdings erst den Ausgang der Personalratswahlen abgewartet, in der die ÖTV-Personalräte, die die Forderung in ihrem Wahlprogramm erhoben haben, eine Mehrheit erreicht haben.

Atommüll Schacht Konrad jetzt als Endlager?

Salzgitter. Am 15. Juni gab die „Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung“ (GSF) vor dem Umweltausschuß des Rates der Stadt Salzgitter bekannt, daß ihre Untersuchungen ergeben hätten, daß die ehemalige Erzgrube Konrad „für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen aus Kernkraftwerken geeignet ist“. Diese Bekanntgabe wurde begleitet von Protesten, die von der „Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen“ organisiert wurde. Eine Stunde lang wurde die Hauptverkehrskreuzung in Salzgitter blockiert, und auf der Sitzung des Umweltausschusses erhoben 60 bis 70 Menschen die Forderungen der Initiativen. Sie kritisierten,



daß es sich in Wirklichkeit um die Einlagerung hochaktiven Atommülls handelt, deren sicherer Verschuß in der Grube nicht gewährleistet sei. Ferner fordern sie die Veröffentlichung aller Daten zur Erstellung eines unabhängigen Gutachtens sowie die Verschiebung des Planfeststellungsverfahrens. Es soll im Juli/August dieses Jahres eröffnet werden.

Tatsächlich gab der Sprecher der Kernforschungsanlage Karlsruhe auf Befragen zu, daß die Abrißkomponenten von Kernkraftwerken auch hochaktiven Müll enthalten. Auch ist nicht geklärt, wohin das in die Lagerkammern eindringende Wasser innerhalb des Gebirges fließt und wie hoch die radioaktive Belastung der Luft durch die notwendige Grubenbelüftung ist und anderes mehr.

Die Initiativen kritisieren das GSF-Gutachten als unglaubwürdig, da, während offiziell noch die Eignung geprüft werden soll, in verschiedenen Teilerichtungsgenehmigungen für die Kernkraftwerke Grafenrheinfeld, Grohnde und Brokdorf der Schacht Konrad schon als Endlager für den dort entstehenden Atommüll angegeben ist. Diese Kernkraftwerke hätten nach dem geltenden Recht nicht weitergebaut werden können, wenn nicht nachgewiesen ist, wo der Atommüll bleibt. Ferner wird schon Mitte dieses Jahres das Kernkraftwerk Niederaichbach (eine technische und finanzielle Bruchlandung der AEG) abgerissen, dessen Teile im Schacht Konrad eingelagert werden sollen. Diesem Abriß werden in den nächsten Jahren noch mehrere folgen. Diese Abwrackaktion soll einige 100 Mio. DM kosten, die vom Volk per Steuer oder Strompreis kassiert werden sollen.

Es ist richtig, keine Einlagerung im Schacht Konrad zuzulassen, damit nicht unter der Behauptung der sicheren Endlagerung das Spekulationsgeschäft Kernenergie weiterbetrieben werden kann.

Quellenhinweis: Atomexpres 5 - 6/82

Unwürdige Behandlung ausländischer Arbeiter – Sammellager, Arbeitsverbot

Hamburg. Vor zwei Wochen wurde die neueste Massenunterkunft für 75 Flüchtlinge im Stadtteil Wandsbek bezogen: Sieben ganz neue Einfamilienhäuser, vor den Fenstern billigste Einheitsgardinen, zwei Häuser mit Polen und Rumänen, die restlichen mit Afrikanern belegt. In jedem Haus müssen 15 Erwachsene leben, sich eine Dusche und 8 Kochplatten teilen sowie einen spartanisch eingerichteten Aufenthaltsraum mit zwei Eckbänken, ein paar Stühlen und zwei Tischen, kein Telefon, kein Radio, kein Fernseher. Die „Wohnräume“ sind menschenunwürdig.

Auf 20 qm sind fünf Erwachsene zusammengedrängt: Zwei Etagenbetten für Kinder (im unteren Bett kann kein Erwachsener aufrecht sitzen), das fünfte Bett unter einer Dachschräge, fünf Schränke versperren zum Teil noch die Betten, fünf Stühle und ein kleiner Tisch. Das Zimmer ist auch ohne Menschen noch viel zu voll. Die Vierbettzimmer sind 15 qm, die Zweibettzimmer 8 qm klein. Hier ist kein Raum für den Besuch einer Freundin, kein Platz für persönliche Aktivitäten. Hier kann man nur „essen, schlafen, essen, schlafen.“

Mit dem Essen wird es ab dem 20. des Monats auch sehr knapp, denn ganze 6,28 DM täglich sollen zur Ernährung eines Erwachsenen ausreichen. Da ist selbst die billigste Form der Versorgung aus Großküchen noch teurer, stellt der Senat fest und führt sie deshalb nicht ein. Aber die Sorge

um die tägliche Ernährung ist nach Aussage des Hamburger Senats auch Beschäftigungstherapie: „In der gegenwärtigen Situation nimmt die Sorge um die tägliche Ernährung einen wichtigen Teil des Tagesablaufs in Anspruch.“

Die CDU fordert dagegen für alle Flüchtlinge Gemeinschaftsverpflegung ohne Rücksicht auf die Eßgewohnheiten, statt Sozialhilfe Zuweisung des gekürzten Taschengeldes von z.Z. 67 DM monatlich, „um keine besondere Attraktivität Hamburgs gegenüber anderen Bundesländern herzustellen.“ Der Sozialhilfesatz wurde ab 1.4.82 um 10% von 344 auf 310 DM bzw. für Personen in Hotels und Gemeinschaftsunterkünften auf 274 DM gekürzt.

In dem monatlichen Betrag ist vorgesehen, daß die Flüchtlinge u.a. davon kleinere Anschaffungen (z.B. Unterwäsche, Socken, Schals), Reparaturen, Körperpflegemittel und Reinigung der Kleidung bezahlen. So ist pro Monat auch nur eine Fahrt in die Stadt vorgesehen. Damit ist sowohl von der geldlichen Seite als auch von der Unterbringung her die Isolierung fast vollständig.

Aber der Senat plant mehr. Alle neuen Asylbewerber sollen künftig in Lager (ebenfalls „Gemeinschaftsunterkünfte“ getauft) gesteckt werden. In dem bereits 1979 eingerichteten Lager Wetterstraße in Hamburg-Harburg mußten sich zeitweilig 30 bis 40 Personen eine Dusche teilen, 6 bis 7 eine Kochplatte und bis zu 600 zwei Wasch-

maschinen. Bis zu 15 verschiedene Nationalitäten sind dort untergebracht. Es fehlt nur noch der Zaun drumherum, wie schon in Berlin und Zirndorf eingeführt, und das Ghetto ist perfekt.

In diesem Jahr sieht der Senat in dem sogenannten „1400-Programm“ die Einrichtung von sechs Großlagern mit zwischen 100 und 250 Plätzen vor; die ehemaligen Jugend- und Studentenheime sind bestens geeignet für gefängnisartige Unterbringung. Die Lagerhaltung soll Kosten sparen für Hotelunterbringung oder Anmietung von Wohnungen. Die Herrichtungskosten für den Bau der Jugendheime u.ä. sind allerdings beträchtlich. Im Haushaltsplan wurden dafür 12,5 Mio. DM. vorläufig veranschlagt.

Mit Änderung des Bundessozialhilfegesetzes seit Beginn des Jahres wurden weiter Angriffe zwecks Sonderbehandlung der Flüchtlinge gestartet: Krankenversichert sind die Asylbewerber über das Sozialamt. Wurde bisher auch die aufwendigste Zahnbehandlung übernommen bzw. für die Kleinkinder jede Vorsorgeuntersuchung befürwortet, so erhalten die Behandlungsscheine jetzt den Zusatz „Asylbewerber“.

Zahnärzte müssen damit rechnen, daß sie den Zahnersatz nicht mehr vergütet bekommen. Die zahnärztliche Untersuchung soll erst nach Abschluß des Asylverfahrens stattfinden, also nur bei den 10%, deren Anträge positiv beschieden werden. Schon jetzt begonnene Behandlungen werden gar nicht zu Ende ausgeführt. Ist noch kein Behandlungsschein ausgestellt, der Bewerber aber krankhausreif (z.B. aufgrund von Folterungen), muß er damit rechnen, daß Freunde die Behandlungskosten aufbringen, andernfalls kann er abgeschoben werden.

Ebenfalls vorgesehen ist die Erweiterung der Zwangsarbeit, „gemeinnützige Tätigkeit“, für alle Sozialhilfebezieher, also auch für die Asylbewerber. Es fehlt nur noch an ausreichenden Plätzen, aber „hätte den Vorteil, daß die Asylbewerber nicht zur Untätigkeit verurteilt sind, auch Schwarzarbeit wäre leichter zu verhindern.“

Ohnehin erhalten auch nur etwas über 50% der ca. 14100 Asylbewerber in Hamburg überhaupt staatliche Unterstützung (das sind ca. 0,4% der Hamburger Wohnbevölkerung). Die anderen werden von Freunden und Verwandten versorgt bzw. sind im Besitz einer Arbeitserlaubnis.

Die Aufhebung des zweijährigen Arbeitsverbotes zieht die Bourgeoisie allerdings nicht in Betracht. Das würde dem demütigenden Bettlerdasein vieler Asylbewerber ein rasches Ende setzen, ihren Zusammenschluß mit der Bevölkerung verbessern und ihnen Raum schaffen zur Vertretung ihrer politischen Ziele und Fluchtgründe.



Schlaf- und Aufenthaltsraum für Asylbewerber in West-Berlin.

Verschärfte Abschiebungspraxis

Hamburg. Am 4.1.82 wurde beim Einwohnerzentralamt Hamburg eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingerichtet. Sie tritt unmittelbar nach der Antragstellung durch den Asylbewerber bei der Ausländerbehörde in das Prüfungsverfahren über das Asylverfahren ein und entscheidet darüber unverzüglich. Bearbeitet werden ausschließlich Anträge aus den Ländern Türkei, Ghana, Gambia, Indien, Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan. Fünf Entscheidungsbeamte haben die Entscheidungen über die Asylanträge vor Ort zu treffen. So konnte der verwaltungsmäßige Teil des Asylverfahrens von bisher 12 auf 2 Monate verkürzt werden.

Bis zum 15.5. wurden bereits 702 Asylanträge von der Ausländerbehörde an die Außenstelle weitergeleitet und 650 Entscheidungen sind getroffen worden. In allen 630 negativ entschiedenen Fällen sind die Ausreisepflichtbefehle mit Abschiebungsandrohung von der Ausländerbehörde verfügt und zugestellt worden (Ausreisefrist: ein Monat, entsprechend dem 2. Asylbeschleunigungsgesetz). Hat der Asylbewerber die unanfechtbare Ablehnung des Asylantrages erhalten, so wird unverzüglich – durch seit dem 8.2.82 eingesetzte Vollzugsbeamte – geprüft, ob der Ausländer seiner Ausreisepflicht nachgekommen ist oder sich noch in Hamburg aufhält. Wird er angetroffen und kann nicht nachweisen, daß er konkrete Vorbereitungen zu seiner alsbaldigen Ausreise getroffen hat, so erfolgen Festnahme, Beantragung von Abschiebungshaft, Anordnung der Abschiebung und deren Vollzug.

Ist der Aufenthalt des Ausländers nicht festzustellen (Verdacht des illegalen Aufenthalts), so erfolgt eine zeitlich begrenzte Eingabe in das polizeiliche Informationssystem (POLAS) zur Aufenthaltsermittlung. Wurden 1981 bereits 680 Personen aus Hamburg abgeschoben (ca. 10% davon Asylbewerber), so sollen es 1982 zwischen 900 und 1000 Personen werden. Im Februar und März erfolgte bereits die Abschiebung von 87 Asylbewerbern. Mitte April beschloß der Senat die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Rückführung von Ausländern um 275000 DM auf insgesamt 1,1 Mio. DM.

Vermögensbildung CDU: Nicht konsumieren – kapitalisieren

Hannover. Am 2. Juli bringt die niedersächsische Landesregierung den „Entwurf eines Vermögensbildungsgesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen“ im Bundesrat ein. Durch diesen Gesetzentwurf soll folgendem Problem der Kapitalisten zuleibe gerückt werden: Einerseits liegt die Eigenkapitalquote der Unternehmen in der BRD unter 20%; andererseits werden von den jährlich ca. 10 Mrd. DM vermögenswirksamen Leistungen nur etwa 2% in Form von Beteiligungen an Produktivvermögen in Unternehmen angelegt, während 50% nach dem Sparprämienengesetz, 28% nach dem Wohnungsbauprämienengesetz und 20% in Lebensversicherungen angelegt werden.

Damit stehen den Unternehmen 98% der vermögenswirksamen Leistungen „nur“ als Fremdkapital zur Verfügung. Schlimmer noch, nach Ablauf der Sperrfrist (meist sieben Jahre) enden diese vermögenswirksamen Leistungen im Konsum der Arbeiterbevölkerung, werden sie genutzt für den Ersatz des alten Autos, den Ersatz der alten Kücheneinrichtung o.ä..

Um die vermögenswirksamen Leistungen aus dem Konsum der Arbeiterbevölkerung zu streichen und dem Zweck der besseren Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zuzuführen, verlangt der Gesetzentwurf, allgemeine Spar- und Sparratenverträge sowie ähnliche festverzinsliche Anlageformen nicht mehr nach dem Vermögensbildungsgesetz zu fördern. Stattdessen sollen in die Förderung durch das VermBG neu aufgenommen werden: Geschäftsanteile an GmbHs und Genossenschaften, Kommanditanteile, typische stille Beteiligungen, Genußscheine und Anteilscheine an Beteiligungssondervermögen, kurzum: Der Arbeiter soll seine vermögenswirksamen Leistungen „seinem“ Kapitalisten zur Verfügung stellen und erhält dafür die Illusion, ein Teil der Maschinen, an denen nach wie vor er und nicht der Kapitalist ausgebeutet wird, gehöre nun ihm. Im Gegensatz zum Sparratenvertrag sind seine vermögenswirksamen Leistungen jetzt nicht festverzinslich, sondern dem Gang der kapitalistischen Mißwirtschaft unterworfen, und er kann ihrer leicht verlustig gehen. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es ausdrücklich: „Eine Absicherung zu 100% des Erwerbswertes, wie sie gegenwärtig noch für nach dem 3. VermBG angelegte

Mitarbeiterdarlehen erforderlich ist, erscheint unter Abwägung der verschiedenen Interessen nicht angebracht“. Bei Zahlungsunfähigkeit des Kapitalisten schreibt der Gesetzentwurf eine Absicherung der Beteiligungswerte zu 50% vor.

Diese Art von „Vermögensbildung“ soll die materielle Grundlage für das Schmieden der Betriebsgemeinschaft zwischen Kapitalist und Arbeitern sein, die in der allgemeinen Begründung des Gesetzentwurfs wie folgt beschrieben wird: „Durch die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen eröffnet sich auch die Chance, den Verteilungskampf zu entschärfen ... Dies könnte im Rahmen zweiphasiger Tarifverhandlungen geschehen ... In der ersten Phase könnten die Tarifpartner den Barlohn angemessen erhöhen. In der zweiten Phase lassen sich zusätzliche vermögenswirksame Leistungen vereinbaren, wenn sich aufgrund der Produktivitätsentwicklung die vereinbarte Lohnerhöhung als zu gering erweist. Ein Mitarbeiter, der am Produktivvermögen und damit am Unternehmensergebnis beteiligt ist, denkt überdies über Sinn und Zweck von Investitionen, über rationellere Produktionsverfahren und Gewinne anders als jemand, der ausschließlich Lohn bezieht“.

Wegen dieser Wirkung der „Vermögensbildung“ auf betrieblicher Ebene ist die Stellung des DGB auch eindeutig dagegen, und der DGB hat sich auch im Rahmen der Anhörung der Verbände gegen diesen neuen Gesetzentwurf gewandt. Die Position der IGM ist: Ausnutzung des 3. VermBG durch den Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, aber keine Illusion darüber, daß dadurch Vermögen umverteilt werden könne!

NRW

Privatuniversität in Herdecke geplant

Düsseldorf. Zur gleichen Zeit, in der das Wissenschaftsministerium in NRW beabsichtigt, die Studienplatzkapazitäten von sieben Studiengängen an den Hochschulen um 30% zu kürzen, mehrere von Lehrerstudiengängen ganz zu schließen, drängt Wissenschaftsminister Schwier (SPD) auf die Genehmigung der ersten Privatuniversität der BRD in Herdecke durch die Landesregierung. Noch vor der Sommerpause soll die Genehmigung erfolgen.

Schon seit Monaten beschäftigt sich der Düsseldorfer Landtag mit dem Genehmigungsverfahren für die erste private Universität, die von dem „Universitätsverein Witten-Herdecke e.V.“

beantragt ist. Die Gründer, der Neurologe Dr. Schily und „Linke, Liberale und Konservative, die mit dem staatlichen Universitätsbetrieb unzufrieden sind“ (Spiegel), drohen der Landesregierung schon mit Klage, um das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Die SPD-Landtagsfraktion war bisher zerstritten, Wissenschaftsminister Schwier immer für die Genehmigung; inzwischen hat sich auch der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion dafür ausgesprochen. In einem Rechtsgutachten wurde der Landesregierung bereits bescheinigt, daß sie sich dauerhaft nicht gegen private Hochschulen sperren könne. Nach dem Hochschulgesetz von 1979 können Hochschulen, die nicht in der Trägerschaft des Landes stehen, „als wissenschaftliche Hochschulen staatlich anerkannt werden“.

Die Finanzierung der Universität in Herdecke mit fünf Studiengängen, mit maximal 320 Studienplätzen nach fünf Jahren, 3000 Studienplätzen in der Endphase, ist durch Spenden gesichert. Mehr als 15 Mill. DM sind schon zusammen – von Privatpersonen und „aus der Industrie“. Im Sinne des Anthroposophen-Vorbilds Rudolf Steiner formuliert Schily das Ziel der zu gründenden Universität: „Herdecke soll in Konkurrenz zu anderen eine intellektuelle, lebenspraktische und künstlerische Elite hervorbringen.“ Mit diesen Zielen kann die CDU vollständig einverstanden sein. Sie klatscht im Hintergrund Beifall und reibt sich die Hände: Die Genehmigung dieser privaten Universität würde generell die Möglichkeit verbessern, die Ausbildung zu „Elitestudenten“ an gesonderten Universitäten zu betreiben.

Der DGB-Landesbezirk NRW hat am 15.4. die Gründung der Privatuniversität in Herdecke abgelehnt. Der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Haas: „Wer finanziert, hat Eigeninteressen. Wir wollen verhindern, daß mit Herdecke der Einstieg in konzern-eigene Privatuniversitäten vorprogrammiert wird.“

Quellenhinweis: Spiegel 24/82, Welt 27.5.82, Tagesspiegel 2.6.82

Westberlin Die Friedhofsruhe fand nicht statt

Zum Reagan-Besuch hatte Innensenator Lummer Friedhofsruhe für Westberlin verordnet. 752 Polizeieinsätze in der Zeit vom 24. Mai bis zum 8. Juni zur Unterdrückung und Beseitigung der durch Losungen und Transparente ausgedrückten Meinungen, Beschlagnahmen von Flugblättern, Kassetten und Aufklebern, Identitätsfeststel-

lungen und Durchsuchungen in ungenannter Zahl, das ist die Bilanz, die Senator Lummer am 10.6. in einer Fragestunde des Abgeordnetenhauses ziehen konnte. Bei massiven Einsätzen von 10000 Polizisten, sog. Sicherheitsleuten in Zivil und erstmals auch der Polizeireserve, wurden am 11.6., dem Besuchstag Reagans, 240 Personen verhaftet, 80 Personen wurden in Vorbeugehaft genommen. Der Nollendorfplatz, Ausgangspunkt einer verbotenen Anti-Reagan-Demonstration, wurde mit Stacheldraht und Blockade durch Polizeifahrzeuge in ein riesiges Gefangenenerlager verwandelt, aus dem



es für die ca. 1500 Eingeschlossenen nur durch massive Gewaltanwendung ein Entrinnen gab. Auch an anderen Orten in der Stadt bildeten sich Demonstrationzüge, wurden Kundgebungen abgehalten, stiegen Luftballons mit Transparenten auf. Kurz nach 11 Uhr rief die Feuerwehr den Ausnahmezustand aus.

In der Nachbetrachtung der Vorfälle vor und während des Reagan-Besuchs strebt die CDU verstärkt und mit großer publizistischer Unterstützung zwei Punkte an: 1. Weitere kriegsmäßige Ausrüstung der Westberliner Polizei durch CN-Gasbeimischungen für Wasserwerfer, Einführung des Reizgases CS (Chemische Keule), sowie Ausrüstung der Polizei mit Hartgummigeschossen. Um derart bewaffneten Einsatz zu legalisieren, soll der Tatbestand der „gefährlichen Zusammenrottung“ in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. 2. Lösung des Problems der z.Zt. noch 130 besetzten Häuser, deren Bewohner kurzerhand zu „Terroristen“ und „Reststrategen der RAF“ und die Häuser zu „Fluchtburgen für Kriminelle“ erklärt wurden. Noch am Abend des 11. Juni wurde die verstärkte polizeiliche Überprüfung von Bewohnern besetzter Häuser fortgesetzt. Nach Beendigung der Überprüfung war der Großteil eines besetzten Hauses in der Potsdamer Str. nicht mehr bewohnbar.

Nazi-Schulleiter Gericht bestätigt Treue zur Verfassung

Göttingen. Drei Monate, nachdem das Verwaltungsgericht Braunschweig entschieden hatte, daß der Nazi und Schulleiter des Gymnasiums in Hannover-Münden, Kausch, nicht gegen seine Beamtenpflicht zur Verfassungstreue verstoßen hat, liegt jetzt die Urteilsbegründung vor.

In der Urteilsbegründung zu Kausch setzt sich das Gericht überhaupt nur mit den literarischen Ergüssen Kauschs auseinander. Verbreitung von Rassismus, Verherrlichung Hitlers und Propaganda für ein Großdeutschland im Unterricht durch mehrere Lehrer des Gymnasiums, dessen Leiter Kausch war, finden pauschale Würdigung wie „übertragene Funktionen beanstandungsfrei ausgeübt ... große Einsatzbereitschaft“. Seine Mitwirkung an Büchern, in denen u.a. die Vernichtung der Juden geleugnet, „unglaubliche Leistungen“ der SS-Divisionen „dem Leser eingeprägt“ werden sollen, beurteilen Kauschs Richter als schuldhafte Verletzung des Mäßigungs- und Zurückhaltegebots bei politischer Betätigung, sehen darin aber keine Aussagen, denen entnommen werden könne, daß sich Kausch nicht zur Verfassung bekennt.

Man solle, so die Antwort des Kultusministers Remmers auf eine dringliche Anfrage der SPD im Landtag, die Angelegenheit nicht überbewerten. Von den 1978 suspendierten drei Lehrern sind jetzt zwei wieder in Amt und Würden, einer hat es zudem zum CDU-Stadtrat gebracht, gegen den dritten dauert das Disziplinarverfahren bald vier Jahre. Gegen die anhaltenden Proteste erhält Kausch von staatlicher Seite volle Rückendeckung. So ist es Lehrern von Seiten des Kultusministeriums untersagt worden, sich im ZDF gegen Kausch zu äußern. Das Schulamt hat dem Kreisschülerrat zum dritten Mal verboten, gegen Kausch ein Flugblatt zu machen. Im Lehrerkollegium erklärte Kausch, er habe nichts zurückzunehmen und fühle sich rehabilitiert. Der Personalrat des Gymnasiums hat gegen die Wiedereinsetzung Kauschs protestiert.

Während der Kreisverband Göttingen der Grünen Unterschriften gegen die Wiedereinsetzung Kauschs gesammelt hat, ist der Grüne-Stadtrat in Münden für Kausch eingetreten, ohne daß die Grünen daraus Konsequenzen gezogen hätten. Das niedersächsische Kultusministerium hat jetzt zu entscheiden, ob er gegen dieses Urteil, wie von DGB, SPD, FDP und Grünen gefordert, Berufung einlegen will.

Göttinger Thekenversammlung

„Hier wird Politik mit der Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz gemacht“

Schon wieder zwei Arbeitsgerichtsverfahren hat der Pächter des Afro-Asien-Clubs verloren. In beiden Fällen hatte er willkürlich die Arbeitszeiten von teilzeitbeschäftigten Kellnern geändert. Er verfügte, daß sie an anderen, in der Regel umsatzschwächeren Tagen als bisher Bier zapfen sollten. Anlaß für diese Strafaktion: Alle drei sind Mitglieder und Vertrauensleute der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG) und Mitinitiatoren der „Göttinger Thekenversammlung“. Als sie sich weigerten, die Versetzung auf neue Arbeitstage zu akzeptieren und auf den alten Schichten beharrten, wurden sie wegen „Arbeitsverweigerung“ fristlos gekündigt. Nun muß er sie zu den alten Arbeitszeiten wieder einstellen.

Die Idee zur „Thekenversammlung“ rührt her von den lohn- und arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen im Afro-Asien-Club. (Dieser Laden trägt diesen Namen, da er im Keller eines gleichnamigen Studentenheims un-

denen auf ihren Arbeitsplatz und das Geld angewiesen sind.

Die Beschäftigten verlangten konkrete Zahlen und eine Unterredung und ließen sich von Argumenten wie „Der Laden muß doch etwas abwerfen, an meine Bausparverträge gehe ich nicht ran!“ nicht umwerfen. Ein Papier mit einigen Zahlen wurde am 23.10. ausgehändigt. Darin wurden acht ausgesuchte Mitarbeiter zu einem Gespräch über die Lohnkürzung gebeten. Alle Beschäftigten trafen sich aber schon vorher und verlangten eine Unterredung mit allen. Der Pächter nannte es eine „konspirative Versammlung“ und kündigte in kurzer Folge fünf Beschäftigten fristlos. Doch auch diese Rechnung ging nicht auf. Die Gekündigten wandten sich an die Gewerkschaft NGG und traten ihr bei. Dort erfuhren sie so verschiedenes: Ein Arbeitsvertrag existiert, wenn man arbeitet und dafür Lohn erhält, ob mündlich oder schriftlich, ist egal. Nur

allen Fällen wurden Abfindungen um die 900 DM erstritten.

Die Beschäftigten der Afro-Asien-Clubs wählten Vertrauensleute und bereiteten Betriebsratswahlen vor. Zusammen mit dem Gewerkschaftssekretär der NGG wurde eine Versammlung für die in Göttinger Kneipen Beschäftigten vorbereitet, die „Thekenversammlung“. Daß das Geschäftsgebahren der anderen Kneipenpächter nicht selten genauso ist, bestätigten die 80 Teilnehmer der Versammlung.

In einer Stadt wie Göttingen sind die Bedingungen für solche Methoden geradezu ideal. Da ist die hohe Arbeitslosigkeit, das große Potential arbeitswilliger Studenten, die bei sinkendem Bafög auf das Geld angewiesen sind und denen die Arbeitszeit am Abend willkommen ist. Aber auch alleinstehende Mütter hat die Arbeit in Kneipen angezogen. Kein Wunder, daß viele Kneipenpächter meinen, sich in ein paar Jahren gesundstoßen zu können.

In vielen Kneipen wird nur ein geringer Grundlohn gezahlt. So z.B. im „Nörgelbuff“, wo der Grundlohn 15 DM pro Abend beträgt. Dazu kommt eine Umsatzbeteiligung. Wird wenig getrunken und gefuttert, so ist man den Abend für fast umsonst dagewesen. In „Onkel Toms Hütte“ gibt es gar keinen Grundlohn. Und der Herr Wehner, dem gleich fünf Kneipen für den gehobenen Bedarf gehören, zahlt einen Grundlohn von 5 DM pro Stunde. Bei einem Umsatz von 1000 DM bekommt jeder der Beschäftigten nochmal 3,5%, das macht dann für 8,5 Stunden Arbeit einen Verdienst von 77,50 DM.

Urlaub und Urlaubsgeld gibt es in den wenigsten Betrieben, obwohl der Manteltarifvertrag auch dort gilt, wo der Pächter nicht im Hotel- und Gaststättenverband ist. Das gleiche gilt für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Im „Unicum“ wird den Beschäftigten erzählt, sie bekämen 12 DM brutto und 7 DM netto. Der Rest wäre Lohnsteuer, die sie ja mit dem Lohnsteuerjahresausgleich wiederbekämen. Das Erwachen kommt nach einem Jahr, ein Lohnsteueranteil in dieser Höhe wird bei den dortigen Verdiensten niemals erreicht. Der Herr Wehner zieht denen, die ohne Lohnsteuerkarte arbeiten, 10% Lohnsteuer und 6% Kirchensteuer ab, die er kassiert. Wer in die Gewerkschaft eintritt, wird von ihm unter Nennung von „Gründen“ entlassen.



tergebracht ist.) Dort überraschte der sich kumpelhaft gebende Pächter Bürger seine rund 25 Beschäftigten – überwiegend in Teilzeit arbeitende Studenten – nach einer Preiserhöhung mit der Ankündigung, wegen einer angeblich verschlechterten Kostensituation die Umsatzbeteiligung zu kürzen. Die Änderung hätte Lohneinbußen von durchschnittlich 20% bedeutet. Wem das nicht paßt, der könne ja gehen, tönte der Pächter selbstsicher. Er baute darauf, daß die meisten der Stu-

mit einem schriftlichen ist die Beweislage besser. Auch ob mit oder ohne Lohnsteuerkarte ist dabei unwesentlich. Nach vier Wochen Arbeit, wobei z.B. einmal pro Woche fünf Stunden ausreicht, ist man keine Aushilfe mehr, sondern Teilzeitbeschäftigter. Er hat dann alle Rechte eines normalen Arbeitnehmers. Das hat Konsequenzen: Kündigungsfristen gelten, je nach Betriebszugehörigkeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gilt. Die Gekündigten klagten gegen die Entlassungen. In

Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe: Hauptproblem Arbeitszeit

Das Hauptproblem bei den Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe ist neben der geringen Lohnhöhe vor allem die Arbeitszeit. In einem 12-Punkte-Programm hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) 1981 die wichtigsten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zusammengefaßt.

Die Arbeitszeit beträgt oftmals mehr als 50 Stunden in der Woche, obwohl die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich entweder bereits festgelegt oder ihre schrittweise Einführung vereinbart ist. Die Arbeitszeit ist damit nicht nur länger als in den meisten anderen Branchen, sie liegt darüber hinaus hauptsächlich am Abend und an den Wochenenden, so daß den Beschäftigten im Gastgewerbe eine kulturelle und politische Betätigung, aber auch z.B. Kinderversorgung nahezu unmöglich ist.

Zwar sind in manchen Tarifgebieten zusätzlich zu dem klassischen „freien Tag“ pro Woche im Gastgewerbe bis zu vier weitere freie Tage im Monat vereinbart, so daß sich rechnerisch eine 5-Tage-Woche ergibt. Es ist aber z.B. weder gesichert, daß jeder Beschäftigte tatsächlich zwei freie Tage pro Woche hat, noch, daß jeder auch nur ein zusammenhängendes freies Wochenende im Monat hat – wobei Sonntagsarbeit vielfach ohne Zuschläge entlohnt wird. Die NGG fordert: „*Einführung der 5-Tage-Woche und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Mindestens ein zusammenhängendes Wochenende im Monat muß frei sein.*“

Eine große Anzahl von Beschäftigten arbeitet im sogenannten Teil-



Beschäftigte demonstrieren vor dem Münchner Verhandlungslokal gegen die Verzögerungstaktik bei den bayerischen Manteltarifverhandlungen. Durchgesetzt wurde: Einführung der 40-Stunden-Woche, Einstieg in die tariflichen Regelungen für Altersfreiheit und eine Jahressonderzahlung.

dienst, vor allem in der Küche und im Service. Als Beispiel: im Manteltarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Niedersachsen ist festgelegt, daß die tägliche Arbeitszeit zehn Stunden (ausschließlich eine Stunde Essenspause) nicht überschreiten darf. Darüberhinaus kann die Arbeitszeit um bis zu drei Stunden täglich unterbrochen werden, so daß sich z.B. folgende nicht einmal ungewöhnliche Arbeitszeit ergeben kann: mittags von 11 bis 14 Uhr, 14 bis 17 Uhr Pause, 17 bis 01 Uhr wieder Arbeit, incl. 1 Stunde Essenspause. Dabei würde nicht einmal ein Teil der Arbeit tariflich als Nacharbeit gelten. Die NGG dazu: „Solche freien Stunden (am Nachmittag) können aber nicht als Freizeit genutzt werden; sie verlängern nur den Arbeitstag. *Der Teildienst ist abzuschaffen. Überall da, wo die Abschaffung aus betriebsbedingten Gründen nicht möglich ist, muß die Unterbrechungsfreizeit auf die Arbeitszeit angerechnet werden.*“

Zum Abbau von ungünstigen Arbeitszeiten am Abend und an Wochenenden fordert die NGG: „*Für je eine nach 23.00 Uhr gearbeitete Stunde (23.00 Uhr Gaststättenschluß) sind zwei Stunden Freizeit zu gewähren, wenn es sich nicht um regelmäßige Nacharbeit handelt (Nachportier usw.). Für regelmäßige Nacharbeit oder ständige Wechselschichtarbeit soll bezahlte Schichtfreizeit gewährt werden. Um den beabsichtigten Erholungseffekt zu gewährleisten, sollen die Ausgleichsfreizeiten unmittelbar und in zusammenhängenden Freizeitblöcken gewährt werden.*“

Zum Problem des Urlaubs: „Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist die Dauer des Urlaubs in der Regel von der Betriebszugehörigkeit abhängig. Dies hat zwar viel mit Betriebsbindung zu tun, aber wenig mit humanen Arbeitsbedingungen ... Daher: *6 Wochen Urlaub und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes!*“ Gegen eine Entkoppelung des Urlaubsanspruchs von der Betriebszugehörigkeit wehren sich die Gastwirte: Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, so die NGG, wechselt jede zweite Fachkraft in der Branche jährlich ihren Arbeitsplatz und kann dann in jedem Betrieb neu am unteren Ende der Urlaubsskala beginnen.

Quellenhinweis: „einigkeit“ Nr. 5/ 1982 und NGG-Broschüre „Kürzere Arbeitszeit, bessere Entlohnung, menschengerechte Arbeitsplätze“.

Infolge der „Thekenversammlung“ sind einige Beschäftigte in die NGG eingetreten. In einigen Betrieben wurden Betriebsräte gewählt. So auch im Afro-Asiaten-Club. Die drei Vertrauensleute der NGG luden am 3.3. zu einer Betriebsversammlung ein, um einen Wahlvorstand zu bestimmen. Am 6.3. wurden sie gekündigt, nachdem sie sich geweigert hatten, eine willkürliche Veränderung ihrer Arbeitszeiten hinzunehmen, wie wir schon am Anfang berichteten. Vor Gericht berief sich der Pächter Bürger auf sein „Direktionsrecht“. Bei den drei nahezu gleichen Fällen zeigte das Gericht leichte Anzeichen von Schwäche. Die Verfahren



wurden getrennt und vertagt. Zwei Fälle sind jetzt entschieden. Jahrelang hatte Norbert Hüter jeweils Samstags hinter der Theke gestanden, nun sollte er plötzlich donnerstags zapfen. Günther Albrecht drei Jahre lang montags, nun dienstags. Lohneinbußen von 30% bei einem Monatsverdienst von 300 DM wären dabei entstanden. Das Gericht befand, nach so langer Zeit sind die Arbeitstage Bestandteil des Arbeitsvertrages; Änderungen sind dann nur noch in gegenseitigem Einvernehmen möglich. Auch der Hilfsantrag des Pächters, die Kündigung nach Zahlung einer Abfindung aufrecht erhalten zu können, wurde abgelehnt.

Um die erzielten Fortschritte weiter auszubauen, hat die NGG ein „Thekenradio“ gestartet. Unter diesem Namen werden auf Tonband-Kassetten in Form von Magazin-Sendungen Informationen über Tarif- und Arbeitsrecht verbreitet, Mißstände in der Gastronomie und konkrete Möglichkeiten von Gegenmaßnahmen dargestellt. Die Kassetten sollen in regelmäßigen Abständen unter den Beschäftigten kursieren. Die erste Kassette ist vor kurzem auf Tour gegangen.

Quellenhinweis: Göttinger Stadtzeitung März-Mai 82, „einigkeit“, Zentralorgan der NGG, Ausg. Mai 1982.

Zum Gaststättengewerbe gehören vor allem Speise- und Schankwirtschaften, außerdem Imbißstuben, Bars, Cafés usw. Die Abgrenzung zwischen den Betriebsarten und zu Betrieben des Einzelhandels (Kioske z.B.) ist nicht immer eindeutig. Zusammen mit dem Beherbergungsgewerbe (Hotels, Pensionen usw.) und den Kantinen bilden sie das Gastgewerbe. Wie die folgenden Tabellen ausweisen, zeichnet sich der Wirtschaftszweig besonders durch geringe durchschnittliche Betriebsgröße und hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten aus.

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit .. bis .. Besch.	Anzahl Unternehmen	Anzahl Beschäftigte	Umsatz je Beschäft.
1 - 2	101012	161873	44000 DM
3 - 5	56639	207769	46000 DM
6 - 9	18027	127648	48000 DM
10 - 19	9486	122476	49000 DM
20 - 49	2876	80743	54000 DM
50 - 99	501	33780	54000 DM
100 - 199	145	20184	57000 DM
200 - 499	66	19291	68000 DM
500 - 999	8	5200	61000 DM
1000 und mehr	3	8139	37000 DM
Gastgewerbe	188763	787103	48000 DM

Unternehmen und Beschäftigte im Gaststättengewerbe 1979

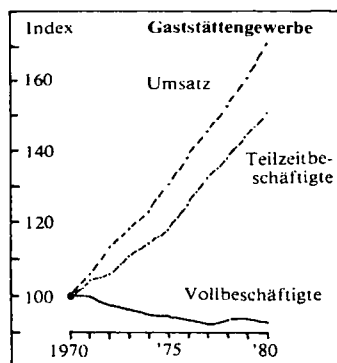
Betriebsart	Anzahl Betriebe	Anzahl Beschäftigte	Anteil Teilzeitbesch.
Speisewirtschaften	51462	255265	30,4%
Imbißhallen	8957	29907	39,0%
Schankwirtschaften	64238	153375	31,1%
Bars, Tanzlokale	5935	38136	40,4%
Cafés	4035	24396	28,5%
Eisdielen	3611	13773	13,2%
Trinkhallen	3066	6406	28,3%
Gaststättengewerbe	141304	521258	31,3%

Es ergibt sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 4,2 Beschäftigten. Mehr als die Hälfte aller Unternehmen dieser Branche beschäftigen weniger als drei Personen, fast $\frac{2}{3}$ aller Beschäftigten finden sich in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten. Im Vergleich zu 1968 (1968 und 1979 hat das Statistische Bundesamt „Handels- und Gaststättenzählun-

gen“ durchgeführt) ergibt sich ein langsamer Konzentrationsprozeß. Zwar ist der Anteil von Beschäftigten in diesen Betrieben mit mehr als zehn von 33 auf 37 Prozent gestiegen, die Anzahl von Unternehmen mit ein oder zwei Beschäftigten hat sich aber andererseits nicht nur absolut, sondern auch relativ vermehrt.

Zu dieser starken Zersplitterung der Lohnabhängigen im Gastgewerbe tritt die hohe Fluktuation hinzu. Eine deutliche Abwanderungstendenz ist erkennbar. Knapp 50% der Beschäftigten sind unter 30 Jahre alt. Trotz positiver Mitgliederentwicklung erreicht die Gewerkschaft NGG mit ca. 250000 Mitgliedern nur einen Organisationsgrad von etwa 17%, der im Bereich des Gastgewerbes noch niedriger liegt.

Quellenhinweis: Statistisches Jahrbuch der BRD, versch. Jahrgänge. „Kürzere Arbeitszeit, bessere Entlohnung, menschengerechte Arbeitsplätze“ hrsg. von der NGG 1981.



Festlegung von Arbeitsbedingungen im MTV

Die Gewerkschaft NGG hat es mit ihrer „betriebsnahen Tarifpolitik“ auf insgesamt ca. 1000 Tarifverträge sowie 1500 Sondervereinbarungen, Zusatztarifverträge u.ä. gebracht, von denen jährlich bis zu 600 neu vereinbart werden. Auch im Gastgewerbe ist die Zahl der Mantel- und Lohntarifverträge relativ hoch. Die folgenden Bestimmungen sind dem Manteltarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Niedersachsen entnommen (gültig seit 1.10.79, erstmals kündbar zum 30.11.83):

Arbeits- und Ruhezeit (§ 4). Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt einschließlich der Vor- und Nacharbeiten (z.B. Tische säubern u.ä.), jedoch ausschließlich der Pausen- und Essenszeiten bis zum 31.12.1980 182 Stunden monatlich / 42 Stunden wöchentlich, ab 1.1.1981 178 Std. monatlich, und seit dem 1.1.1982 173 Stunden monatlich / 40 Stunden wöchentlich. Die Arbeitszeit kann „eilvernehmlich“ mit dem Betriebsrat, bzw. der Belegschaft auf 208 Std. monatlich / 48 Std. wöchentlich ausgedehnt werden; die maximale tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden.

Die Arbeitszeit kann täglich um bis zu drei Stunden unterbrochen werden, die Essenspause von 1 Stunde darf mit dieser Pause nicht zusammengelegt werden. Pro Woche ist

ein freier Tag vereinbart. Zusätzlich sind für 1981 zwei, für 1983 drei und für 1983 vier weitere freie Tage pro Monat vereinbart.

Mehrarbeit / Nacharbeit (§5). Als Mehrarbeit gilt nur die über die tarifliche Arbeitszeit lt. § 4 (173 bzw. 40 Std) hinausgehende Arbeitszeit; sie wird mit einem Zuschlag von 33½% entlohnt.

Als Nacharbeit gilt nur die dritte achtstündige Schicht von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr, der Nachtarbeitszuschlag beträgt 10%.

Lohnzahlung (§ 7). Werden Beschäftigte nach Bedienungsgeldsystem entlohnt, so beträgt das Bedienungsgeld mindestens 11% des Waren- bzw. Zimmerpreises.

Feiertagsarbeit (§ 8). Der Feiertagszuschlag beträgt 100%. Sonntage und auf Sonntage fallende Feiertage gelten nicht als Feiertage.

Urlaub (§ 12). Gestaffelt nach Lebensalter beträgt der Urlaub: bis 24 Jahre 20 Werktagen, ab 25 Jahre 22 Tage, ab 30 Jahre 24 Tage, ab 35 Jahre 27 Tage und ab 40 Jahre 30 Tage. Damit wird eine an die Betriebszugehörigkeit gebundene Urlaubsregelung abgelöst. Der Urlaubsanspruch beginnt nach vierwöchentlicher Tätigkeit. Als zusätzliches Urlaubsgeld wird gezahlt in 1980 10 DM pro Tag, in 1981 11 DM und 1982 12 DM pro Tag; für Auszubildende 9 DM pro Tag.

Lohnniveau im Gastgewerbe

Zum 1.7.1982 sind für das Gastgewerbe Niedersachsen zwischen der NGG und dem Niedersächsischen Hotel- und Gaststättenverband folgende neue Löhne vereinbart worden:

Leitende Führungskräfte: Vergütungsgruppe I: mindestens DM 2257 (Abteilungsleiter, Küchenchef u.ä.).

Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung und/oder besonderen Funktionen: VG II: DM 1976 (Chefportier, Oberkellner u.ä.). VG III: DM 1862 (Bäcker, Buchhalter, Einkäufer u.ä.). VG IV: DM 1747 (Kellner, Koch, Tagesportier).

Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung und Angelernte: VG V: 1524 (Büropersonal, Telefonistin u.ä.). VG VI: DM 1357 (Nachtpor-

tier, Zimmermädchen, Zapfer u.ä.).

Hilfskräfte VG VII: DM 1230 (Garderobenpersonal, Küchenhilfe u.ä.) Ausbildungsvergütungen: im 1. bis 3. Jahr: 475, 500 und 535 DM.

Die Lohnerhöhung betrug nach 6-monatigem tariflosen Zustand 4%, in der VG VII 5,1%, bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Std./Woche. Das niedrige Lohnniveau wird in manchen Berufen vertuscht durch das Bedienungsgeldsystem bzw. durch Trinkgelder, die bis zu einem Drittel des Einkommens ausmachen können. Oft genug ist das Bedienungsgeldsystem jedoch nichts als ein Disziplinierungsinstrument, macht es doch die Lohnhöhe abhängig von der Zuteilung bestimmter Schichten oder bestimmter Zonen (z.B. Fensterzonen) in Restaurants.

Kampuchea: Koalitionsregierung gebildet

Am 22.6. unterzeichneten Norodom Sihanouk, früherer Staatsoberhaupt von Kampuchea, Khieu Samphan, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea und Führer der 400000 Mann starken Roten Khmer, und Son Sann, Führer der kleinen KPNLF-Befreiungsfront, ein Dokument über die Bildung einer Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea. Ihre Hauptaufgabe ist die Mobilisierung aller Kräfte für die Befreiung Kampucheas von der vietnamesischen Aggression. Wichtige Regierungsentscheidungen bedürfen des Konsenses der drei Parteien. Jede Partei behält ihre organisatorische Selbständigkeit, die Freiheit der Aktion und hat das Recht, ihr gewährte Hilfe zu empfangen und zu verteilen. Das soll sichern, dass jede Organisation weiterkämpfen kann, wenn die Koalitionsregierung handlungsunfähig ist. In diesem Fall wird die bisherige Regierung unter Khieu Samphan wieder die einzig legitime Regierung Kampucheas. Die Koalition ist ein Erfolg der KP Kampuchea, die seit der vietnamesischen Invasion 78/79 darauf hinge-

Marokko: Gefängnis für CDT-Funktionär

Der marokkanische Gewerkschaftsbund meldet, daß Dr. Bouzoubaa, Mitglied des Exekutivkomitees der CDT, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist. Der Herzspezialist wurde verhaftet, als er im Auftrag der CDT eine illegale internationale Pressekonferenz in Rabat durchführte, um die Vorgänge am 1. Mai bekanntzumachen. Als die Polizei die Konferenz auflösen wollte, weigerte sich Bouzoubaa, den Anweisungen der Polizei zu folgen, und setzte seinen Bericht darüber fort, wie es der CDT gelungen war, trotz Verbot an den Maidemonstrationen teilzunehmen und in einigen Orten selbst Demonstrationen zu organisieren. — Nach wie vor sind über 30 Funktionäre der CDT ohne ordentliche Anklage und Verur-



teilen teilzunehmen und in einigen Orten selbst Demonstrationen zu organisieren. — Nach wie vor sind über 30 Funktionäre der CDT ohne ordentliche Anklage und Verur-

teilung inhaftiert, die im Juni vergangenen Jahres festgenommen wurden. Insgesamt wird ihnen vorgeworfen, daß sie zum Generalstreik gegen die drastischen Preiserhöhungen, die die Regierung vorgenommen hatte, aufgerufen hätten. Die marokkanische Regierung setzte Truppen gegen die Streikenden ein und verhängte nach den Auseinandersetzungen ein Betätigungsverbot für den CDT und die USdFP (sozialistische Partei). Das Verbot gegen die USdFP ist mittlerweile aufgehoben, das Betätigungsverbot für die CDT besteht nach wie vor. Die USdFP griff das Urteil an und fordert die Wiederherstellung des Koalitionsrechts.

arbeitet hatte. Sie wird v.a. die internationale Position des Demokratischen Kampuchea stärken und im Inneren dem Befreiungskampf noch mehr Rückhalt schaffen.

USA: Streik bei General Electric

Am 22.6. streikten bei General Electric in vier Fabriken 11000 Arbeiter. Sie protestierten dagegen, daß die Kapitalisten bisher keinen Vorschlag in den

Tarifverhandlungen, die am 4. Mai begannen, gemacht haben. Am 27.6. läuft der Tarifvertrag für die 101000 Gewerkschaftsmitglieder aus. Zugleich führt die Gewerkschaft Verhandlungen über mehr als 100 örtliche Tarifverträge. Die Verträge bei GE bestimmen die Bedingungen in dem übrigen Teil dieser Industrie. Die Gewerkschaft fordert u.a. eine höhere Inflationsanpassung und deutliche prozentuale Lohnerhöhungen.

Streikbewegung in Griechenland

Seit dem 27. Mai streiken die griechischen Bankangestellten, die Beschäftigten im öffentlichen Busverkehr führen Schwerpunkstreiks durch, die Bordingenieure der staatlichen Fluggesellschaft ebenfalls. Die jeweiligen Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen zwischen 35 und 50%. Sie begründen ihre Forderung damit, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten erheblich höher sei als die offiziell angegebene Inflationsrate von 22%. Die Regierung, die an der von den Oribsten eingeführten staatlichen Zwangsschlichtung festhält und bisher jedes Nachgeben ablehnt, gerät zunehmend unter Druck. Durch den Streik der Bankangestellten können in zahlreichen Betrieben die Löhne nicht ausbezahlt werden, der Gewerkschaftsbund CGCL hat alle Branchen zur Unterstützung aufgerufen. Am 26.6 trat der Finanzminister, der der Schlichtungskommission vorsitzt, zurück.

Italien: Generalstreik! 500000 demonstrieren

Wenn die italienischen Kapitalisten gemeint hatten, sie könnten die Gewerkschaften mit der Kündigung des Tarifs über die Inflationszuschläge zu Paaren treiben, dann haben sie sich gründlich getäuscht. Die Lohnabhängigen haben am 25. Juni mit einem Generalstreik, dem ersten ganztägigen seit 1969, geantwortet. Die Beteiligung am Streik, zu dem die

drei Gewerkschaftsbünde gemeinsam aufgerufen hatten, lag zwischen 80 und 100% und damit erheblich höher als bei den Streiks der letzten Monate. Eine halbe Million demonstrierte in Rom.

Mit der Kündigung der Inflationszuschläge will der Industriellenverband die Gewerkschaften zu einer „Globalvereinbarung“ über Lohnsen-

kung pressen und den anstehenden Tarifverhandlungen ausweichen. Rücknahme der Kündigung und sofortige Verhandlungen über die Tarifforderungen der Einzelgewerkschaften waren die Hauptforderungen des Generalstreiks. Und Änderung der Wirtschaftspolitik der Regierung, die den Boden für den Frontalangriff der Kapitalisten bereitet hat. Mit einem „Sparprogramm“ will die Regierung — vor allem die Christdemokraten — den Kapitalisten weitere Schützenhilfe leisten: Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne Ausgleich der zusätzlichen Teuerung bei den Löhnen; Rücknahme der gerade erst zugestandenen Lohnsteuerreform, die die Progressionsschraube freilich nur ein kleines Stück zurückgedreht hätte. Der Arbeitgeberverband der Staatsbetriebe droht, die Inflationszuschläge ebenfalls zu kündigen. Das bürgerliche Lager rottet sich um das private Monopolkapital zusammen. Die Gewerkschaftsbewegung hat mit dem Generalstreik zur einheitlichen Aktion zurückgefunden.



Portugal: Regierung beschließt Lohnstopp

Die Regierung Balsemao hat am 20. Juni einen sechsmonatigen Lohn- und Preisstopp verhängt. Mit dem Lohnstopp will sie die zahlreichen Streiks der Arbeiter für eine Anpassung der Löhne an die Inflation unterbinden. Der Preisstopp dient der Regierung lediglich als Vorwand für die Durchsetzung der Lohnsenkung: Am 22.6. beschloß sie drastische Preiserhöhungen für Benzin und Diesel.

Frankreich

Nach Abwertung Lohn- und Preisstopp Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik?

Als die französische Regierung am 18. April dieses Jahres eine 10%ige Reduzierung der Gewerbesteuer und das vorläufige Einfrieren der Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten beschloß, geschah dies mit dem Ziel, „den Aufschwung mittels Konsum durch den Aufschwung mittels Investitionen abzulösen.“ (s.a. Pol. Ber. 10, S. 8) Wir hatten das damals als Ausdruck einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Kapitalisten bewertet. Daß diese sich mit den gewährten Erleichterungen begnügen würden, stand nicht zu erwarten. Bald qualifizierte dann auch der Vorsitzende des Kapitalistenverbandes, Gattaz, die „Steuererleichterungen als durchaus ungenügend“ und erklärte scheinheilig: „Wir können nur investieren, wenn die Bedingungen (auch die psychologischen) gegeben sind.“ Dann kam er zur Sache: Weitere Reduzierung der Belastungen der Unternehmen sei nötig, v.a. sollten die in der Beratung befindlichen Gesetze über die Ausweitung der Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte im Betrieb zurückgezogen werden.

Am 13.6. wurde der Franc im Rahmen des EWS um 10% gegenüber der Mark abgewertet, und Gattaz gab sichtlich zufrieden zu Protokoll, daß „kein Land sich gegenwärtig der in der Welt angewandten Antiinflationpolitik entgegenstellen kann.“ Ginge die Regierung auf die bekannten Forderungen ein, könnten die Unternehmer vielleicht wieder ihrer patriotischen Pflicht nachkommen und investieren.

Mit der Abwertung kam die Regierung auf dem Währungssektor einer Entwicklung nach, die sich faktisch schon in den Monaten zuvor über Verluste von Weltmarktanteilen, stark negative Handelsbilanz und Kapitalabfluß durchgesetzt hatte: der Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit französischen Kapitals. Wirtschaftsminister Delors griff in der Parlamentsdebatte vom 24.6. als Hauptschuldigen den US-Imperialismus an, „den die Sorgen ihrer Verbündeten kalt lassen und der sich über seine Verpflichtungen hinwegsetzt.“ Den französischen Kapitalisten kommt der Druck der imperialistischen Konkurrenz sicherlich nicht ungelogen, nützt er ihnen doch bei ihrer Obstruktionspolitik gegen die Linksregierung, die als einzige in den imperialistischen Staaten versucht hatte, über die Erhöhung der Massenkaufkraft das Wirtschaftswachstum zu entfalten. Und nützt er ihnen somit

auch bei der Verfolgung des Ziels, die unzweifelhaften Kampferfolge der Lohnabhängigen zunichte zu machen und über die erneute Steigerung der Ausbeutung Profite und Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen.

Anlaß zu Hoffnung kann ihnen dabei *bedingt* der Beschluß des Ministerrats vom 22.6. geben, der u.a. die Be-



Nach den Erfolgen bei Renault und Citroen stehen die Talbot-Arbeiter seit vier Wochen im Streik für 400 FF und die Durchsetzung der Gewerkschaftsfreiheit.

grenzung des Haushaltsdefizits 83 auf 3% = 120Mrd. FF und einen gesetzlichen Stopp von Löhnen und Gehältern für vier Monate bis zum 31.10. beinhaltet. (Der Mindestlohn SMIC soll wie vorgesehen erhöht werden.) Gleichzeitig sieht dieser Plan jedoch auch die Blockierung der Preise (außer landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Öl), der Mieten sowie eine Dividendenbeschränkung vor. Ausdrücklich bestätigte Ministerpräsident Mauroy die schnellstmögliche Umsetzung der Gesetzesvorlage über Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte.

Entsprechend der Zwiespältigkeit dieses Beschlusses trägt das französische Finanzkapital nach *außen* völlige Ablehnung zur Schau. Oppositionsführer Chirac (RPR) verdammt den Preisstopp als „absurd und gefährlich“ und startete zusammen mit Giscard's Partei UDF einen Mißtrauensantrag, in dessen Begründung er sich dann noch zum Verteidiger der „Kaufkraft der Franzosen“ und der Tarifvertragsfreiheit aufschwang. *Intern* wird der Kurs dahingehend abgesteckt, den Lohnstopp zu loben, die Erpressungstaktik mit Investitionszurückhaltung u.a. beizubehalten und auf erheblich längerfristige Lohnsenkung zu drängen.

Der Mißtrauensantrag wurde am 28. 6. abgelehnt. Lohn- und Preisstopp sind damit beschlossen, obwohl sich die PCF und *alle* Gewerkschaften gegen das Maßnahmenpaket in der vorliegenden Form ausgesprochen und besonders scharf die Aufhebung der Tarifverträge für vier Monate kritisiert hatten. Der neue CGT-Generalsekretär Krasucki sprach von einem „wirtschaftlichen Irrtum und politischen Fehler“, die CFDT beharrte darauf, alle Lohnabhängigen bis 6000 FF vom Lohnstopp auszunehmen. Gewerkschaftsführer wie PCF suchten jedoch angesichts der massiven Attacken der Kapitalisten die offene Konfrontation mit

der Regierung zu vermeiden. Gleichzeitig haben sie aber ihre Entschlossenheit bekundet, für die *Erhaltung* der Kaufkraft, bzw. ihre *Erhöhung* bei den Niedriglöhnern zu kämpfen. Gibt die Regierung nach dem 31.10. den Kapitalistenforderungen nach, wird der Zusammenprall unvermeidlich.

Quellenhinweis: L'Humanité, le Monde, Liberation, Syndicalisme, verschiedene Ausgaben.

Niederlande

Erneute Lohnsenkungen durch die Regierung

Nur wenige Wochen ist es her, daß die niederländischen Lohnabhängigen mit hartnäckigen Streiks und Protestdemonstrationen den Versuch von Kapitalisten und Regierung zum Scheitern brachten, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, vor zehn Jahren mühsam gegen die Kapitalisten errungen, wieder zu beseitigen.

Die Antwort der Kapitalisten ließ nicht lange auf sich warten. Seit dem 12. Mai sind die Sozialisten, die den erfolglosen Regierungsangriff auf die Lohnfortzahlung mitgetragen hatten,

aus der Regierung hinausgeworfen. Stattdessen amtiert jetzt bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 8. September eine Regierung aus Christdemokraten und der „linksliberalen“ VVD mit Unterstützung kleinerer rechter Parteien im Parlament.

Gleich als erste Maßnahme beschloß das Parlament Anfang Juni eine weitere Kürzung der Beamtengehälter um 1%. Zusammen mit schon vorher in Kraft getretenen Gehaltskürzungen bedeutet das für die Beamten in diesem Jahr eine Reallohnsenkung um 3%.

Vorletzte Woche beschloß das Parlament weitere Maßnahmen „zur Eindämmung des Staatsdefizits“ und zur „Senkung der Lohnkosten der Betriebe“. Ab 1.7. werden die Lohn- und Einkommenssteuer um 1% erhöht. Faktisch steigt damit die Steuerbelastung in den unteren Lohngruppen überproportional. Zusätzlich beschloß das Parlament, die halbjährliche „Preiskompensation“ der Löhne, d.h. die nominale Anhebung der Tariflöhne um die Inflationsrate, auf 2,46% ab 1. Juli zu begrenzen. Bei einer Inflation von 6,8% bedeuten diese Maßnahmen zusammen mit den schon zum Jahresanfang in Kraft getretenen Kürzungen des Urlaubsgeldes und der damaligen „Preiskompensation“ eine Lohnsenkung für die unteren Lohngruppen von – regierungsamtlich – 2,3%, in den oberen Lohngruppen von 5%.

Damit hofft die Regierung, den Druck auf die Lohnabhängigen so verstärken zu können, daß ihr nach den Parlamentswahlen der große Schlag gelingt: Die ersatzlose Aufhebung jeder Inflationsanpassung der Löhne, wodurch die schon in den letzten Jahren erreichte Senkung des Lohnstandards der niederländischen Lohnabhängigen in einen – „beschäftigungsfördernden“, wie die Kapitalisten behaupten – freien Fall übergehen würde.

Quellenhinweis: De Volkskrant, 23.6.; Handelsblatt 9.6., 14.6., 23.6. und 24.6.82.

USA

Stahlkonzerne: „Neuen Tarif, Löhne runter!“

Am 18.6.82 stimmten die örtlichen Vorsitzenden der United Steelworkers Union mit 263 zu 79 Stimmen dafür, „Diskussionen zu beginnen“ mit den Stahlkapitalisten, die Zugeständnisse bei den Löhnen und den Versicherungszahlungen gefordert hatten. Für 270000 Stahlarbeiter gilt der Tarifgrundvertrag, den die USW mit den acht größten Stahlkonzernen abgeschlossen hat, bis zum 1. August 1983. 100000 aus kleineren Firmen arbeiten unter den gleichen Tarifbedingungen. Zum 1. August 1982, dem Beginn des

dritten Tarifjahres, ist eine Lohnerhöhung zwischen 15 und 47 Cents die Stunde vereinbart, weitere acht Cents die Stunde mehr an Zuschlägen für die Berufseinstufungen sowie die folgenden drei Vierteljahre drei Inflationsanpassungen.

Die Stahlkapitalisten haben seit Mitte 1981 105000 Arbeiter entlassen. Die Kapazitätsauslastung sank in der vorletzten Woche auf 39,6%, ein Jahr zuvor waren es noch um die 80%. Letztes Jahr ließen die Stahlkapitalisten 87



1000 Stahlarbeiter demonstrierten Mitte April in Washington gegen die Schließung von zwei McLout-Betrieben.

Mio. t Stahl produzieren, nach ihren Schätzungen dieses Jahr etwa 70 Mio. t. Der US-Import an Stahl ist im letzten Jahr auf über 20% des Marktes gestiegen. Mit diesen Bedingungen machten die Kapitalisten Druck gegen den bestehenden Tarifvertrag und verlangen die Streichung der vereinbarten Erhöhungen ab dem 1. August und daß der Vertrag durch einen neuen ersetzt wird.

Eines der wichtigen Ziele der Stahlkapitalisten ist, den Stahlarbeiterlohn, der über dem Durchschnitt der anderen Industriearbeiterlöhne liegt, mindestens auf dieses Durchschnittsniveau herunterzudrücken. Bethlehem Steel, der zweitgrößte Stahlkonzern, erklärte: Die Stahllöhne seien 25 bis 30% höher als in der anderen Industrie, „die Löhne müssen wieder auf die Reihe gebracht werden.“ Das fordern die anderen Stahlkapitalisten ebenfalls dringlich, um so das Lohnniveau insgesamt herabdrücken zu können. Die General Motors-Kapitalisten, die im April gegen die Automobilarbeitergewerkschaft UAW Lohnzugeständnisse durchsetzen konnten: „Wenn wir die Löhne angreifen, dann sollten die Stahlhersteller das auch, die Stahllöhne sind höher als bei GM.“

Da es den Kapitalisten gelungen ist, die Gewerkschaft dazu zu bringen, mit ihnen zusammen Klage gegen ausländi-

sche Stahlkonzerne zu erheben wegen unlauteren Wettbewerbs und so die Gewerkschaft in den Konkurrenzkampf der Kapitalisten zu verwickeln, wird es der Gewerkschaft schwer fallen, dem Druck der Kapitalisten zu widerstehen. Denn gerade mit dem Argument, die US-Stahlkonzerne könnten wachsenden Stahlimport wegen der hohen Löhne nicht verhindern, wollen diese die Löhne herabdrücken.

Für die 27000 gewerkschaftlich nicht organisierten Angestellten hat U.S. Steel letzte Woche verfügt, daß die Inflationsanpassungen gestrichen werden.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 7., 8., 21.6.82; Business Week 31.5.82; AFL-CIO News, 1.5.82

Kanada Nickelarbeiter im Streik

Die 10000 Arbeiter bei Inco (International Nickel Corporation) in Sudbury, Kanada, stehen seit 1. Juni im Streik. Sie fordern die Übernahme des Tarifvertrages, den ihre Kollegen in Thompson in einem dreimonatigen Streik letztes Jahr erkämpft haben. Die Inco-Kapitalisten behaupten, mittlerweile habe sich die Wirtschaftslage so verschlechtert, daß eine Übernahme des Vertrags nicht möglich sei. Sie bieten keinerlei Erhöhung des Grundlohns, weshalb die Stahlarbeitergewerkschaft, die die Arbeiter bei Inco vertritt, von einem „Nichts-Angebot“ spricht. Die bisher geltende Inflationsgleitklausel soll lediglich weitergelten, einzige Änderung soll die Erhöhung der Betriebsrenten um 25% sein sowie die Erhöhung der Differenz zwischen den Lohngruppen um 4 Cent je Stunde. In einer Urabstimmung Ende Mai haben die Arbeiter von Inco Sudbury dieses Angebot mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Tarifvertrag bei dem zweitgrößten kanadischen Nickelkapital, Falconbridge, läuft am 21. August aus; die Verhandlungen haben begonnen.

Inco sind die größten Nickelkapitalisten der Welt. Die Vorkommen in Sudbury werden seit fast hundert Jahren ausgebeutet; ferner sind sie engagiert in Thompson (Kanada) und in Indonesien. Vor Streikbeginn haben sie Anstalten getroffen, ihre Produktion in diesen Zweigwerken zu erhöhen, um den Streik in Sudbury zu schwächen. Zwei Wochen nach Streikbeginn behaupten sie frech, das Werk in Sudbury sowieso bis September schließen zu wollen, Streik oder nicht Streik, weil die Nachfrage auf dem Weltmarkt gering und die Lager voll seien.

Die Arbeiter von Sudbury sind streikerfahren; den letzten Tarifvertrag haben sie erst nach einem über acht-

monatigen Streik 1978/79 durchsetzen können; der gegenwärtige Arbeitskampf ist ihr vierter in dreizehn Jahren. Die Arbeiter in den kanadischen Rohstoffindustrien haben eine relativ starke Stellung wegen der großen Bedeutung dieser Rohstoffe für den Weltmarkt. Andererseits ist die ideologische Erpressung mit Arbeitslosigkeit auch in Kanada deutlich spürbar. Gerade haben die 5000 Papierarbeiter von Abitibi-Price den Streikvorschlag ihrer Gewerkschaft mehrheitlich abgelehnt und ein Angebot von 22% Lohn-erhöhung über zwei Jahre angenommen. Das reicht nicht aus gegenüber einer Inflationsrate, die im Januar gegenüber dem Vorjahr bei 12% lag. Der Durchschnittswochenlohn in Kanada lag im Januar 1981 bei 339,32 kan. Dollar, im Januar 1982 bei 374,39 kan. Dollar (etwa 700 DM). Ein Ausgleich gegenüber der durchschnittlichen Inflationsrate von 12% hätte eine Erhöhung auf 380 Dollar bedeutet.

Wegen der großen Vorräte der Kapitalisten an Nickel wird der Inco-Streik lange gehen müssen, wenn er erfolgreich sein soll. Bisher hält es Inco nicht für nötig, überhaupt zu verhandeln. 88000 Tonnen Nickel will Inco 1982 in Sudbury fördern.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, Financial Times.

Nigeria Regierung schränkte Importe drastisch ein

Die Regierung Nigerias mußte Mitte Juni umfassende Importbeschränkungen in Kraft treten lassen. 90 Prozent der Exporterlöse Nigerias stammen aus dem Verkauf von Erdöl. Die Regierung hat erklärt, daß sie den Fünf-Jahr-Plan von 1981 bis 1985 jetzt geändert hat, er beruhte auf der Voraussetzung, daß der Erdöllexport eine Produktionsmenge von 2 Millionen Barrel pro Tag betrug. Nigerias Öllexport ist von den Imperialisten auf ein Drittel der Menge von 1980 herabgedrückt worden. Die Importe betrugen 1980 9,66 Mrd. Naira (1980: 1 Naira = 3,42 DM); die Exporte 14,08 Mrd. Naira. Bei Drittelung der Ölmenge bei gesenktem Preis können die Importe nicht gezahlt werden.

Nigeria ist auf den Import u.a. von Lebensmitteln notwendig angewiesen. Die Inflationsrate ist, auch darüber, 1981 auf 28,4% gestiegen. Seit dem 23. Juni streiken die Hafenarbeiter Nigerias und fordern 15% Lohnerhöhung, die von der Regierung im August 1980 zugesagt worden war.

Die staatliche britische Erdölgesellschaft hatte im letzten Jahr die Preise für ihr Nordseeöl um vier Dollar auf 35

Dollar pro Barrel gesenkt, um so Druck auf Nigeria zu machen, das den Preis für sein in der Qualität vergleichbares Öl auf 40 Dollar festgelegt hatte. Nigeria war gezwungen worden, eine Preissenkung auf 36 Dollar durchzuführen.

Die imperialistischen Ölkonzerne, die in Nigeria das Öl fördern und dann an sich selbst weiterverkaufen, senkten gleichzeitig ihre Förder- und Abnahmemengen. Hatten die acht Ölkonzerne, an denen der nigerianische Staat Anteile hält, 1980 noch insgesamt 2,05 Mio. Barrel pro Tag fördern lassen, senkten sie die Ölmenge 1981 auf 1,46 Mio. Im Februar 82 waren die ausländischen Reserven Nigerias, mit denen es die notwendigen Importe zahlen muß, auf 2,8 Mrd. Naira gefallen, gegenüber mehr als 9 Mrd. Naira im Februar 1981. Das Handelsdefizit Nigerias betrug zu diesem Zeitpunkt monatlich 600 Mio. Dollar. Damals hatte die Regierung schon einen zweimonatigen



Lagerhalle für Dosen-Lebensmittel im Hafen von Lagos

gen Stopp für Importkredite und Importbeschränkungen erlassen.

Als im März die OPEC-Staaten beschlossen, den Preis bei 34 \$ pro Barrel zu halten und eine Obergrenze für die Produktionsmenge festlegten, versuchten die Imperialisten durch eine scharfe Produktionsrücknahme in Nigeria dieses aus den OPEC-Staaten herauszubrechen: Von einem Tag auf den anderen senkten sie die Fördermenge von 1,2 Mio. auf 630000 Barrel pro Tag. Mit diesem Angriff auf Nigeria wollten sie den OPEC-Preis insgesamt treffen und ihn auf diesem Weg herabdrücken. Bisher ist den Imperialisten das Herausbrechen Nigerias nicht gelungen, das den Preis bei 35,50 Dollar hält. Am 9. Juli berieten die OPEC-Staaten über eine Erhöhung der Fördermenge.

Quellenhinweis: New African, Juni 1982; Financial Times 2.11.81

Philippinen Streik gegen Arbeitsgesetz vorbereitet

Gegen das kürzlich verabschiedete neue Arbeitsgesetz bereitet die Kilusan Mayo Uno, 1. Mai-Bewegung, einen landesweiten Generalstreik vor. Die 1. Mai-Bewegung erwartet, daß eine Million der zwei Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich daran beteiligen. Mit dem neuen Arbeitsgesetz verhängt die Marcos-Regierung verschärfte Strafen gegen Streikposten, die gegen Streikbruch vorgehen oder die Auslieferung behindern. Außerdem hat die Regierung das Recht auf Zwangsschlichtung und verbietet Streiks, die die „nationalen Interessen“ verletzen, z.B. in Bereichen wie: öffentlicher Dienst, Energie, Banken, Krankenhäuser und Exportindustrien, insbesondere in bestimmten „Exportindustriезonen“, in denen die Imperialisten steuerfrei nach Belieben über Ein- und Ausfuhr bestimmen.

Das Gesetz richtet sich gegen die wachsende Streikbewegung. Die Zahl der Streiks in den ersten vier Monaten des Jahres ist so hoch wie im gesamten vergangenen Jahr, 260 Streiks. In diesen vier Monaten wurde 3,4 Mio. Arbeiterstunden gestreikt statt 1,8 Mio. 1981. Die Amerikanische Handelskammer in Manila, Organ der US-Kapitalisten, die die Regierungspolitik bestimmen, bezeichnete die Streiks als „Warnsignal“. Als vor kurzem die Polizei 53 Streikposten vor einer Firma in der Bataan-Exportzone angriff, streikten 8000 Arbeiter in der Exportzone zu ihrer Unterstützung. Anklagen gegen die Streikenden mußte die Regierung fallenlassen, daraufhin beendeten die 8000 ihren Streik.

Die Gewerkschaft greift an, daß seit 1980, dem Jahr, bevor das achteinhalb Jahre andauernde Kriegsrecht aufgehoben wurde, keine Lohnerhöhung und kein Inflationsausgleich durch die Regierung durchgeführt wurde. Die Inflation betrug 1980 20% und 1981 etwa 11%. Durch ihre Kampfmaßnahmen konnte die Gewerkschaft Lohnerhöhungen erzwingen und ihre Mitgliederzahl steigern. Ihren Plan, daß außerhalb Manilas die Kapitalisten unter dem Minimumlohn zahlen dürfen, mußte die Regierung zurückstellen.

Die Marcos-Regierung steht unter dem ebenfalls zunehmenden Druck der nationalen Befreiungskräfte. Die Nationale Demokratische Front führt eine Kampagne durch, alle fortschrittlichen Kräfte unter ihrem 10-Punkte-Programm zu vereinigen, das den bewaffneten Kampf befürwortet.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review 27.4., 7.5.82; Wall Street Journal 10.6.82

Wirtschaftliche Zusammenarbeit – Freihandel nutzt vor allem den Imperialisten

Eher hämisch als besorgt kommentierten die westeuropäischen Imperialisten die Anstrengungen lateinamerikanischer Staaten, den EG-Sanktionen gegen Argentinien durch Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entgegenzutreten. Das „Handelsblatt“ resümiert: „Nach dem Schock dieser Wochen, der dem Subkontinent gezeigt hat, daß er in einer Grenzsituation allein bleibt, festigt sich natürlich die lateinamerikanische Solidarität. Aller Rhetorik und allen Umarmungen zwischen Havanna und Buenos Aires zum Trotz gibt es hier allerdings nicht viel zu verfestigen.“ Trotz der Maßnahmen, die die verschiedenen Ländern Mittel- und Südamerikas in den vergangenen 20 Jahren getroffen haben, ist die Abhängigkeit von den US-, westeuropäischen und japanischen Imperialisten kaum gemildert. Ca. 70% der Aus- und Einfuhren handeln lateinamerikanische Staaten mit den imperialistischen Mächten. Nach wie vor ist Lateinamerika hauptsächlich Rohstoffproduzent und -lieferant für die Imperialisten.

Zu den Hauptausfuhrsgütern zählen neben Eisen und Rohöl bei einigen Staaten landwirtschaftliche Produkte, vorwiegend Erzeugnisse von Monokulturen wie Kaffee, Zucker, Bananen. Einzig Brasilien, Paraguay und Mexiko exportieren Industriefertigwaren in nennenswertem Umfang. Obwohl die meisten südamerikanischen Länder schon im frühen 19. Jahrhundert ihre Unabhängigkeit von der kolonialen Herrschaft erkämpften, hat kaum ein Volk die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen können. In allen Staaten des südlichen Amerika kämpfen die Arbeiter und Bauern seit langem gegen die Ausplünderung und Ausbeutung des Landes durch die imperialistischen Monopole. Schon 1903 setzten die Indianer und Bauern Venezuelas die ersten Enteignungen gegen ausländische Plantagenbesitzer durch, u.a. durch die Intervention des Deutschen Reiches errichteten die Kolonialmächte eine Diktatur, die die Enteignungen wieder rückgängig machte. Mit der Entdeckung der zahlreichen Bodenschätze ergriffen vor allem US-amerikanische und westeuropäische Kapitalisten die Gelegenheit, sich durch Kapitalexport den Zugriff auf diese Reichtümer zu sichern. Die Einrichtung großer landwirtschaftlicher Monokulturen durch ausländische Kapitalgesellschaften war ein weiterer Schritt in der Auspowe-

rung der Arbeitskräfte und der Naturreichtümer der Länder. Die imperialistische Erschließung des Kontinents führte zu vollständig ungleichmäßiger Entwicklung. Straßen oder Bahnlinien wurden nur dort gebaut, wo der Abtransport der Erze, des Kaffees oder der Bananen in den nächsten Hafen gewährleistet werden mußte. So gibt es in den Andenstaaten keine Eisenbahnlinie, die von Norden nach Süden die gesamte Küste verbindet. Die wenigen Bahnlinien führen ostwärts in die Anden und enden in den Minengebieten.

Die revolutionären Kämpfe der Arbeiter und Bauern, die in verschiedenen Ländern zum Erfolg führen und die Nationalisierung des imperialistischen Eigentums durchsetzen, werden

Außenhandel der lateinamerikanischen Staaten (in Mio. \$)

Exporte nach:	1970		1979	
	abs.	%	abs.	%
EG	4571	25,9	15062	18,1
USA	5810	32,8	30535	36,7
Lateinam.	3035	17,1	16884	20,3
ALALC	1355	(7,7)	8732	(10,5)
Sonstige	4292	24,2	20687	24,9
Gesamt	17708	100,0	83168	100,0

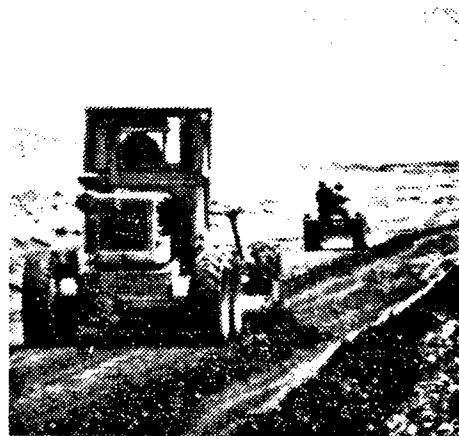
Importe aus:	1970		1979	
	abs.	%	abs.	%
EG	4425	23,8	17263	17,8
USA	6477	34,8	28457	29,3
Lateinam.	3935	16,3	16884	17,4
ALALC	2409	(12,9)	1427	(14,5)
Sonstige	4685	25,1	34435	35,5
Gesamt	18622	100,0	97039	100,0

Quelle: Statistical Yearbook of the United Nations 1979

blutig unterdrückt. Argentinien 1956, Brasilien 1964, Chile 1973 – das sind nur Beispiele für die von ausländischen Imperialisten betriebenen Putsche, mit denen sie jeweils die Forderung nach Reprivatisierung des enteigneten Besitzes verbanden und teilweise durchsetzen konnten. Seit 1945 gibt es kaum ein Land Lateinamerikas, in dem nicht die US- und die westeuropäischen Imperialisten durch direkte und indirekte Intervention den Erhalt ihrer Beute gesichert haben.

Sie erhöhten ihre Investitionen nach dem 2. Weltkrieg beträchtlich. Das US-Kapital in Lateinamerika stieg zwischen 1945 und 1970 um das Fünffache auf ca. 15 Mrd. \$. Die Investitionen konzentrieren sich auf wenige Staaten. 71% der gesamten Auslandsinvestitio-

nen gehen nach Argentinien, Brasilien und Mexiko, sie werden nicht mehr nur in der Grundstoff- und Nahrungsmittelproduktion getätigt. Zunehmend eröffnen auch Industriekapitalisten Fabriken. Nahezu die gesamte chemische Produktion, die Automobilproduktion, die Textilfabriken sind bis heute in der Hand ausländischer Konzerne. Spätestens seit Ende der 50er Jahre treten sowohl die EG- wie auch die US-Imperialisten für die Errichtung von regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen ein, um den Zugriff auf den gesamten lateinamerikanischen Markt zu erhalten und die von ihnen diktierten Produktionsstrukturen zu befestigen. 1969 klagt die Deutsche Bank über „das protektionistische Denken“ der einzelnen Staaten, „das nach wie vor eine Importsubstitutionspolitik anstrebt, an Stelle eines verstärkten Regionalhandels und einer regionalen Arbeitsteilung.“ Von der Einrichtung von Freihandelszonen in Lateinamerika erhoffen die Imperialisten eine Ausweitung ihres Einflusses.



Straßenbau in Bolivien. Die Staaten des Andenpaktes beschlossen einen Investitionsplan, mit dem sowohl eine durchgehende Nord-Süd-Verbindung geschaffen werden soll, wie auch die Ost-West-Verbindungen zu durchgehenden Straßen ausgebaut werden.

Begeistert berichtet die Deutsche Bank über den Zusammenschluß der mittelamerikanischen Staaten MCCA: „... der bisher erfolgreichste Versuch von Entwicklungsländern, ... ihr wirtschaftliches Niveau zu heben ... Seit der Gründung ... ist das Gebiet an sich und auf Grund der Steuer- und Importerleichterungen für Investoren zunehmend attraktiver geworden.“

Von der 1960 gegründeten „Asociación Latinoamericana de Libre Comercio“ (ALALC), der Argentinien, Chile, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela angehörten, profitierten vor allem die Kapitalexpporteure. Unter anderem wurden die Zölle und Importbeschränkungen für Automobile, die es in den meisten Ländern

gab, aufgehoben, die Automobilkonzerne konnten ihre Exporte in Lateinamerika beträchtlich ausweiten. Vorteile brachte der ALALC vor allem für die entwickelteren Länder. Argentinien, Brasilien und Mexiko steigerten ihre Exporte in die ALALC bis 1968 um 192% auf 593 Mio. \$, sie hielten 75% der Exporte in der Freihandelszone. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten wurde für die anderen Länder kaum gemildert, da der ALALC keine gemeinsamen Außenzölle gegen die Industrieprodukte aus anderen Ländern erhob, waren die Industrien der jeweiligen Staaten nun noch schärferem Konkurrenzdruck durch Importe ausgesetzt.

Der Vertrag über die ALALC wurden nicht verlängert, 1980 beschlossen alle beteiligten Staaten ein neues Abkommen über die Bildung der „Asociación Latinoamericana de Integración“ (ALADI), in dem sie den Schwerpunkt auf die Förderung von gemeinsamen Entwicklungsprojekten, wie die Verkehrserschließung und den landwirtschaftlichen Investbau legen. 1975 gründeten 23 Staaten Lateinamerikas die „Sistema Economista Latinoamericano“ (SELA), die unter anderem Kommissionen für die Kontrolle der Rohstoffpreise für Kupfer, Zinn, Eisenerz, Bauxit, Kaffee, Bananen und Holz gebildet hat. Der von Chile, Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru gegründete Andenpakt, dem Venezuela 1973 beitrug, beschloß einheitliche Maßnahmen gegen ausländische Investitionen: Der Anteil ausländischen Kapitals ist beschränkt, die Gewinnausfuhr begrenzt, Produkte ausländischer Unternehmen unterliegen besonderen Steuern, in Venezuela und Peru müssen ausländische Unternehmen zusätzliche Abgaben in die Sozialversicherungen zahlen. 1976 trat die chilenische Militärjunta aus dem Pakt aus, weil diese Bestimmungen nicht zurückgenommen wurden. Ein Schwerpunkt der gemeinsamen Entwicklungsprojekte der Andenpaktstaaten ist der Ausbau des Verkehrsnetzes und die Errichtung einer eigenen Automobilproduktion.

Sowohl Andenpakt als auch SELA waren fähig, Argentinien Unterstützung gegen die Folgen der EG-Sanktionen anzubieten. Die SELA richtete eine Sondergruppe zur Beschaffung industrieller Güter in Lateinamerika ein, die die europäischen Imperialisten nicht mehr lieferten. Der Andenpakt führte Sonderverhandlungen mit Argentinien über die Auslieferung von Lebensmitteln, die für Westeuropa bestimmt waren.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 21.6.82; Deutsche Überseische Bank, Wirtschaftsbericht Lateinamerika, Jhr. 1969, 1977, 1978, 1979, 1980; W. P. Bundy (Hrsg.), Two hundred Years of American Foreign Policy, New York 1977; Andean Group, hrsg. European Mission by Minister of Industry, Tourism and Intergration of Peru, Juni 1982

Imperialistische Konzerne verschärfen Druck auf bananenexportierende Länder

Die lateinamerikanischen Länder gehören zu den Hauptexporteuren von Bananen. Ein Teil dieser Länder, nämlich Honduras, Costa Rica, Kolumbien, Guatemala und Panama haben sich 1974 zur „Union bananenexportierender Länder“ zusammengeschlossen. 1977 war ihr Anteil am Weltexport über 50%. Nicht angeschlossen haben sich bisher andere lateinamerikanische Länder wie Ecuador oder auch afrikanische oder asiatische Länder. Eins der Ziele der UPEB war eine einheitliche Exportsteuer von ca. 1 \$ je Kiste Bananen. Die Erhöhung der Exportsteuern führte zum „Bananenkrieg“ zwischen UPEB und den imperialistischen Konzernen, der United Fruit Co., der Standard Fruit Co. und der Del Monte Inc. Einer dieser Konzerne reagierte mit der Vernichtung von 154000 Kisten Bananen wöchentlich, und das über zwei Monate.

Diese drei großen Konzerne dominieren nicht nur den Bananentransport, den sie mit eigenen Schiffen durchführen (sie verschiffen und handeln 99% der Bananen der Welt), sondern sie sind auch die größten Großgrundbesitzer in den Ländern der UPEB. Einer oder mehrere dieser Konzern besitzen zwischen 53 und 76% der Ländereien, auf denen in Costa Rica, Guatemala, Honduras und Panama Bananen angebaut werden. Das übt einen großen Druck auf die Wirtschaften dieser Länder aus. Die Monokulturen können nicht oder nur sehr schwer abgebaut werden, denn die Konzerne bewirtschaften das Land allein für den Export und sind in der Lage, die kleinen Bauern niederzukonkurrieren. Die Regierungen der UPEB haben Maßnahmen dagegen ergriffen: Costa Rica kaufte 1977 der „United Fruit“ ca. 400000 ha Land ab und verteilte es an die landlosen Bauern. Die Regierung von Honduras gründete 1975 die staatliche Bananenvereinigung Cohbana, die inzwischen 14% der Exporte des Landes durchführt. Die kleinen Bauern liefern an die Cohbana, die die Bananen dann vertreibt. Der Anteil am Export ist verhältnismäßig niedrig, aber Cohbana versorgt auch die eigene Bevölkerung mit Bananen. Und die Produktion nimmt rasch zu, von 1976 900000 Kisten auf 1979 6,3 Mio. Kisten Bananen jährlich. 1977 gründete die UPEB die Marktkooperation Comunbana, die die Teilnahme der Mitgliedstaaten am Handel ermöglichen

sollte und den zusammengeschlossenen Ländern neue Märkte erschließen sollte. So ist heute die UPEB der Hauptlieferant von Bananen nach Jugoslawien.

Für die nächsten Jahre zeichnet sich auf dem Weltmarkt ein steigendes Bananenangebot und eine sinkende Nachfrage ab. Für die bananenexportierenden Länder bedeutet das sinkende Preise und damit verschärfte Konkurrenz untereinander. Vertreter der US-Konzerne bringen in die Debatte, daß die Krise nur mit



Bananenverladung in der Dominikanischen Republik

verstärkter Konkurrenz beantwortet werden kann. Sie befürworten die Lösung von strukturellen Problemen, nämlich die Beseitigung von kleinen Bananenplantagen zugunsten der großen, nur so könne der Export gesteigert werden. Für die Bananen exportierenden Länder würde das die Beseitigung der bisher erreichten Fortschritte bedeuten und die endgültige Festlegung von Monokulturen in den Händen der imperialistischen Konzerne.

Gespräche über ein internationales Bananenabkommen zwischen den exportierenden Ländern haben bisher noch kein Ergebnis gehabt. Aber die FAO, Unterorganisation der UNO, drängt auf Absprache der exportierenden Länder, um die Bananenpreise zu stabilisieren. Und aus dem allgemeinen Fonds der UNCTAD sind den betroffenen Ländern Gelder bewilligt worden, die die Forschung und Entwicklung in der Bananenproduktion verbessern helfen sollen.

Quellenhinweis: FAO News release 42/82; Latin America Commodities Report 6.2.81 und 17.7.81; Financial Times 18.4.80



„Die tollkühne Hexe in ihrem fliegenden Bett“

Situationskomik, Anspielungen auf Bekanntes, technische Tricks – so wird der Krieg gemütlich

England 1940: Die Londoner Waisenkinder werden aufs Land evakuiert, um sie vor den Angriffen der deutschen Luftwaffe zu schützen. Die drei Geschwister Charlie, Carrie und Paul werden einem ältlichen Fräulein in einem kleinen Dorf an der Südküste zugeteilt. Frl. Price erklärt sofort, daß sie mit Kindern nichts anfangen kann. Die Dame lebt allein in einem ehemaligen Bauernhaus vom Erbe ihres Vaters, einem Offizier. Die Kinder sind wütend, weder gefällt ihnen der gouvornantenhafte Umgangston der Hausherrin noch die Öde des Land Lebens.

Doch die Dame entpuppt sich als Schülerin der Londoner Fernuniversität für Hexerei, die schon einiges – wenn auch unvollkommen – hexen kann. Als der Fernkurs aus angeblichen Kriegsgründen vor der letzten Lektion abgebrochen wird, machen sich die Kinder und Frl. Price im fliegenden Bett auf die Reise nach London. Dort entlarven die Kinder den Hexenprofessor als billigen Jahrmarktzauberer, der den Kurs abgebrochen hat, weil ihm der letzte Teil eines alten Buches fehlt, dem er die Lektionen entnommen hat.

Schließlich suchen alle fünf in Londons Trödelmärkten den verschwundenen Zauberspruch. Sie kommen ihm auf die Spur und fliegen zusammen zu einer Fabelinsel, auf der nur Tiere leben, regiert von einem König, dem Löwen. Der trägt den gesuchten Spruch um

den Hals und sucht gerade einen Freiwilligen als Schiedsrichter für ein Fußballspiel der Tiere. Der Trickmagier meldet sich, und es gelingt ihm, dem König während des Spiels den Spruch zu entreißen.

Zurück in England, beschließen die Kinder, die beiden Erwachsenen als ihre Eltern zu betrachten. Der Magier flieht erschreckt zum Bahnhof. Gleichzeitig landet ein deutscher Sabotage- und Trupp an der Küste, besetzt das Haus der braven Hexe und schließt die Kinder und die Hexe in der Burg ein. Der Magier bemerkt die Truppen, verwandelt sich in ein Kaninchen und eilt den Eingeschlossenen zur Hilfe. Den Fünfen zusammen gelingt es, das Rüstungs- und Waffenarsenal, das in der Burg eingeschlossen ist, in Bewegung zu hexen. Gegen dieses Geisterheer sind die Maschinengewehrsalven der deutschen Soldaten wirkungslos, völlig erschreckt flieht der Sabotage- und Trupp, nicht ohne vorher die Schuppen mit allen Hexenunterlagen in die Luft zu sprengen. Zum Schluß ist keiner verletzt, die Hexerei hat ein Ende, die Fünf verstehen sich blendend – fast eine richtige Familie –, und das Kriegsministerium ist ratlos.

Der Film verbreitet die süßliche Geschichte, in der jeder seine kleineren oder auch größeren Fehler hat, mit einer Unzahl von zum Teil karikierenden Anspielungen auf bekannte Kindergeschichten, Märchen und Sagen. Die Hexe

kann nicht richtig auf dem Besenstiel reiten, ihre Versuche, Menschen in Kröten zu verwandeln, enden regelmäßig mit weißrosa Kaninchen, das Ritterheer, das den Feind ins Meer jagt usw. usw.

Mit dem dauernden Wechsel der Filmtechnik werden naturalistische Szenen und Märchen voneinander abgesetzt. Die Szenen auf dem Land und in London sind realistisch gedreht, die Hexerszenen gemischt aus realistischem Zeichentrick mit Farbverfremdungseffekten und natürlichen Personen und Inventar. Die Szenen auf der Fabelinsel sind gemischt: Die Schauspieler bewegen sich in einer üblichen Disney-Zeichentrick-Pflanzen- und Tierwelt. Das Ritterheer schließlich kommt in Trickaufnahmen dahergeritten, in denen die lebendigen Inhalte der Rüstungen wegetuschiert sind.

Es mag das technisch aufwendige Verfahren sein, das den Verleih bewogen hat, den 1971 von der Walt Disney Corporation produzierten Film jetzt erneut in die Kinos zu bringen. Die Bemühungen, ihn zum Kassenschlager zu machen, sind erheblich: Angekündigt worden ist er unter dem irreführenden Motto „Zur Weltmeisterschaft, das verrückteste Fußballspiel der Welt im Kino“ und mit einem Titel, der an ganz andere Filme anknüpft – der englische Originaltitel ist prosaisch: „Bettknöpfe und Besenstiele“.

Kinderkrimi: phantastisch, nicht spießig

„Die drei ??? und der seltsame Wecker“ heißt einer von Hitchcocks Kinderkrimis. Drei Jungen haben einen Detektivclub gegründet. Sie finden einen alten Wecker, der schreit, anstatt zu klingeln. Bei der Lösung des Rätsels stoßen sie auf die Familie Smith. Vater Smith sitzt im Gefängnis, er hat angeblich wertvolle Bilder gestohlen. Untermieter der Familie war der inzwischen verschwundene Clock, der berühmt wurde, weil er seine Schreie für Kriminalgeschichten im Rundfunk verkaufte. Clocks Zimmer ist voller Uhren, denen statt der Klingel ein Schrei ins Uhrwerk eingebaut wurde. Als die Polizei in der Smith-Wohnung gestohlene Bilder findet und Herrn Smith ins Gefängnis steckt, verschwindet Clock, der in Wirklichkeit der Bilderdieb ist, ins Ausland. Bevor er stirbt, arbeitet er einen Plan aus, wie Vater Smith rehabilitiert werden kann. Wenn alle Uhren in seinem Zimmer gleichzeitig schreien, zerbricht der Spiegel, und weitere gestohlene Bilder kommen zum Vorschein. Im Wettlauf mit einer Räuberbande, die hinter den gestohlenen Bildern her ist, lösen die drei das Rätsel. Vater Smith wird aus dem Gefängnis entlassen, und einer der Räuber kann sich dem Zugriff der Polizei entziehen. Die Geschichte ist phantastisch, regt aber zum Knobeln an. Vor allem ist die Handlung nicht spießig: Clock, der geschickte Verbrecher, darf bewundert werden, er ist nicht das Böse in Person.

Alfred Hitchcock: Die drei ??? und der seltsame Wecker, dtv junior 7193, 4,80 DM

SF: Widerstand gegen „Teenager-Kult“

Wer über 20 ist, wird „aus dem Himmel geworfen“. Der Himmel ist die Herrschaft der Teenager, der perfektionierte SS-Staat. Die Hölle ist das Leben der über 55-jährigen, der „Gerries“. „Die meisten der hier Vegetierenden waren nicht mehr als lebende Skelette ... Zerfetzte Hemden und zerlumpte Kleider bedeckten stark eingefallene Brustkörbe, knochige Arme und aufgeblähte Bäuche.“ Eine Beschreibung des Gerry-Schicksals in ihrem Sektor, stets vom Aufgreifen durch „Eutha-Kommandos“ bedroht. Die Lebensphilosophie der herrschenden Teenager:

„Laß die sich um sich selbst kümmern, die dazu in der Lage sind. Die anderen, die es nicht können, sollen vernichtet werden.“

Jedoch – und dies bestimmt die Handlung des Buches – unter den Gerries formiert sich der Widerstand, organisiert durch die Alte-Leute-Armee, kurz ALA, deren Tätigkeit von der Verbesserung der Verpflegung bis zur bewaffneten Gegenwehr reicht. Ein Geheimpolizist, der die ALA infiltrieren soll, wechselt zu ihr über. Damit liefert er unfreiwillig die Spur für den ersten Vernichtungsschlag gegen die ALA. Der Hauptteil der ALA entkommt aus dem illegalen Lager und begibt sich in 15 Bussen auf eine dramatische und opfervolle Flucht Richtung Kanada.

Reichhaltige Anspielungen: Züge der „Teenager-Herrschaft“ verbinden sich unwillkürlich mit den „Skinheads“ etwa; Neid, Mißgunst, Brutalität unter den Teenagern deuten auf Verhaltensweisen, die die Fäulnis imperialistischer Herrschaft unter den Herrschenden produziert – Solidarität, Uneigennützigkeit und ein unpersönlicher Heroismus auf Seiten der ALA spiegeln die Bestrebungen der Unterdrückten wieder. Die Flucht nach Norden enthält eine gewisse Ironie zur Treck-Romanantik der „Befreiung“ des amerikanischen Kontinents. Der Autor läßt Sympathie für den Kampf gegen diese Herrschaft in den USA entstehen. Die Schilderung entscheidet sich schließlich für die humanistische Überzeugung: „Ich glaube, daß die Menschen sich ihr eigenes Schicksal formen.“

Gary K. Wolf, Aktion Gnadentod, Bastei-Lübke, 5,80 DM

„Aber es waren schöne Zeiten“

Hans Dieter Baroth bezeichnet sein Buch „Aber es waren schöne Zeiten“ als Roman. Tatsächlich schildert er zwar seine Kindheit und Jugend in Oer-Erkenschwik im Kreis Recklinghausen, doch es ist wirklich nicht einfach eine Autobiografie: „Biografien handeln von einzelnen Menschen. Es ist darauf zurückzuführen, daß diejenigen, die Bücher machen, und diejenigen, die Bücher lesen, aus einer Klasse kommen, in der der einzelne Mensch heroisiert wird ... Ich hatte auch nicht die Absicht, eine Biografie zu verfassen, ich wollte über meine Klasse schreiben und über eine Zeit. Eine Zeit, die nach Begriffen

wie Währungsreform, Wirtschaftswunder und Adenauer-Ära historisch katalogisiert wird.“

1937 wird Baroth als zweiter Sohn einer Bergarbeiterfamilie geboren. Er wächst auf in der Zweizimmerwohnung seiner Eltern, bestehend aus Wohnküche und Schlafzimmer, in einer der Zechensiedlungen, die den Bergwerksgesellschaften gehören und wie sie überall im Ruhrgebiet zu finden sind. 1944 – wegen körperlicher Schwäche ein Jahr später – wird er eingeschult. Das Ende des Hitler-Regimes bleibt ihm vor allem als Schulwechsel und Fortfall des Hitler-Grußes in Erinnerung: Die katholische Grundschule führt stattdessen das Morgengebet ein, „Maul halten“ bleibt weiter Lernziel. 1951 Tod des Vaters mit 46 Jahren, Folge der Arbeit als Bergmann: „Mit der Biografie meines Vaters kann man nicht mehr hinterlassen als eine Uhr und Sprüche über die eigene Ohnmacht, und die soziale Ohnmacht selbst.“ Die Familie ist auf jeden Pfennig angewiesen, Baroth wird ein Jahr früher ausgeschult und beginnt eine Lehre auf der nahen Zeche. Dort ist der Lehrlingslohn am höchsten, aber auch, wenn das nicht wäre, anderes gibt es praktisch nicht. Nach drei Jahren Lehre, in der eigentlich nichts gelernt wurde als hart zu arbeiten, Arbeit unter Tage. Die politische Entwicklung bleibt in Erinnerung über die Währungsreform, den ersten Streik auf der Zeche seit langem, gegen Angriffe der Kohlekapitalisten auf die Montanmitbestimmung, und schließlich über die Fußballweltmeisterschaft 1954: Der Sieg der bundesdeutschen Nationalmannschaft wird vom Geschichtslehrer behandelt als Beweis wiedergewonnener deutscher Größe: „Deutschland, Deutschland über alles“.

Die Schilderung endet mit der Kündigung auf der Zeche, nach dem tödlichen Arbeitsunfall eines guten Freundes. Baroth hat später als Gewerkschaftssekretär und kurze Zeit als Chefredakteur der DGB-Jugendzeitschrift „ran“ gearbeitet. Sein Buch, das kürzlich in einer bezahlbaren Taschenbuchausgabe erschien, ist nützlich gerade gegen die idyllische Verklärung des Lebens der Bergarbeiter in der Nachkriegszeit und beschreibt ihre Ansichten. Der Roman ist bewußt gegen das Vorurteil „Aber es waren schöne Zeiten“ geschrieben.

Hans Dieter Baroth: Aber es waren schöne Zeiten, dtv 1748, München 1982, 9,80 DM

Heimatvertriebene

„Es lebe unsere sudetendeutsche Heimat“ (Neubauer)

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, mit ca. 250000 Mitgliedern der größte der Heimatvertriebenen-Verbände, hat ihr Pfingsttreffen in Nürnberg unter das von der CSU inspirierte Motto: „Frieden in Freiheit“ gestellt. Strauß forderte eine europäische Friedensordnung, die unter dem Leitsatz stehen muß, daß „Frieden und Freiheit zwei untrennbare Begriffe sind. Sie müssen gewährt werden, jedoch darf nicht das Unrecht europäischer Völker festgeschrieben werden.“ Er forderte auf zu einer „Umkehr“, sprich aggressiven chauvinistischen Politik gegen die UdSSR, weil „Europa dabei ist, seiner moralischen Berufung untreu zu werden“. Das Ergebnis dieser Untreue sei eine politische Ordnung, „über die das Leinentuch der pax sovietica (sowjetischer Friede) gebreitet ist“.

Der neue Sudetensprecher Franz Neubauer machte deutlich, daß die Lösung der „deutschen Frage sowie die Verwirklichung des Volksgruppenrechts der Sudetendeutschen nur mit dem Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung in Europa und in der Welt“ zu erreichen sei. Die imperialistische Vormachtrolle der BRD wurde propagiert, und an der Kenntlichmachung der „gesamteuropäischen Verantwortung“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft war den Rednern sehr gelegen. Dies mit dem Hinweis, sich überall für „Gerechtigkeit“ einzusetzen – so auch der staatliche Schirmherr der Sudetendeutschen, der bayerische Arbeitsminister Pirkel – nach dem Motto: Wem Unrecht widerfahren ist, der kann sich umso eher als Vertreter von Gerechtigkeit, die in der Expansion ihre Erfüllung findet, legitimieren.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat niemals die nach internationalem Recht im Potsdamer Abkommen 1945 festgelegte Umsiedlung der Sudetendeutschen anerkannt. Nach wie vor betrachtet die Landsmannschaft das Münchener Abkommen von 1939 als gültig, wonach das Sudetenland an das Gebiet des Dritten Reiches angegliedert wurde. Wer anders als die Sudetendeutschen soll daher mehr berechtigt sein, im Namen des Friedens Revisionismus und die Revision bestehender Grenzen zu bekunden. „Kurzum“, so Pirkel, „Frieden heißt die Anerkennung der Würde des Menschen und des Rechts der Volksgruppen“.

Keineswegs geht es dabei nur um die Einlösung der „politischen und moralischen Verpflichtung“. Ausdrücklich erneuerte die Bundesversammlung der Sudetendeutschen ihr Bekenntnis zum Brief von 1979 des bisherigen Sprechers Walter Becher, CSU-MdB, an den Präsidenten der CSSR, in dem Becher unverschämmt schreibt: „Sie sollen wissen, daß wir auf Heller und Pfennig Entschädigung für den entgangenen Gewinn verlangen, der uns aus dem Raub ... eines Nationalvermögens entsteht, das nach dem heutigen Verrechnungswert den Betrag von 130 Milliarden DM erreicht. Wir werden hierfür ebenso Rechenschaft verlangen ...“

Zum propagandistischen Vehikel ihrer reaktionären Zielsetzungen machen sich die Sudetendeutschen die Kämpfe der Völker der Dritten Welt: „In einer Zeit, die zahlreichen Völkern und Volksgruppen zu Recht Entkolonialisierung und Freiheit im Sinne des Selbstbestimmungsrechts brachte, dürfen weder das deutsche Volk noch Teile unseres Volkes von dieser Entwicklung ausgeschlossen werden. Wenn die Vereinten Nationen ... den Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimat ... zugestehen, so muß man den 3,5 Millionen Sudetendeutschen das gleiche Recht einräumen.“ (Neubauer) Tatsächlich unterscheidet der Sudetendeutsche Rat nach Aussage seines Funktionärs, Professor Prinz (München), nach Kategorien wie „Nationalismus als aufbauendes und als zerstörendes Element“. Demnach tituliert er die Kämpfe der Dritten Welt als „wilde ethnische Kämpfe, die man mit großer Sorge betrachten muß“.

CSU und Bayerische Staatsregierung haben ihren maßgeblichen Einfluß in der Landsmannschaft weiter ausgebaut. Zum neuen Sprecher wurde der Innenstaatssekretär Neubauer bestellt, zum neuen Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft der Ministerialdirektor Kudlich aus dem Hause Pirkel; Vorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung ist der CSU-MdB Wittmann. Kudlich soll sich vor allem mit „Verbandsfragen“ befassen. Hintergrund ist die Tatsache, daß immer mehr die „Erlebnisgeneration“ vor allem aus dem Funktionärskörper aus Alters-

gründen ausscheidet. Weil die Landsmannschaft in ihrer Bedeutung für die Bourgeoisie erhalten und ausgebaut werden soll, soll die neue Vorstandschaft das Ziel anstreben, „die unbeirrbar heimatreue Erlebnissgeneration durch eine mutige Bekenntnisgeneration abzulösen.“ (Pirkel) Das politische und finanzielle Engagement der Staatsregierung ist beachtlich, verfolgt man einige Stationen: 1954 Erklärung der Schirmherrschaft für die Sudetendeutschen, 1962 Schirmherrschaftsurkunde mit weitgehenden rechtlichen Verpflichtungen für die Sudetendeutsche Landsmannschaft, 1970 Schenkung des „Hauses des Deutschen Ostens“ in München, Gesetz zur Errichtung der „Sudetendeutschen Stiftung“, 1974 Beschluß zur „angemessenen Förderung“ der Errichtung eines Sudetendeutschen Zentrums in München. In diesem Zentrum sollen das Collegium Carolinum (Forschungsstelle für die böhmischen Länder), das sudetendeutsche Archiv und verschiedene Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden. Das Projekt ist auf über 10 Mio. DM veranschlagt; die Staatsregierung hat 1982 eine Beteiligung von 6,3 Mio. DM zugesagt.

Quellenhinweis: div. Redemanuskripte; W. Becher, Reden zum Sudetendeutschen Tag 1968 – 1979, München 1979; Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), Mitteleuropäische Quellen und Dokumente, Bd. 17, München 1980.

Prof. Peter Brückner

Kritik der Reaktion und der niedersächsischen Staatsphilosophie

Im April dieses Jahres starb im Alter von 59 Jahren Peter Brückner. Brückner, Professor für Psychologie, war ein Drittel seiner Dienstzeit als Hochschullehrer vom Dienst ausgeschlossen. Zuerst wegen Verdachts der Unterstützung der Roten-Armee-Fraktion, weil er Ulrike Meinhof beherbergt hatte, dann wegen staatsfeindlicher Äußerungen und fehlender Mäßigung als Beamter.

Brückner hatte lediglich seine Kritik am Vormarsch der Reaktion aufrecht erhalten, als diese ihre Gangart verschärfte. Daß gleichzeitig ein namhafter Teil der sog. Hochschullehrerlinken aufgefördert und unaufgefordert Schwüre auf die Verfassung und Absagegelöbnisse an den Gedanken einer Veränderung der herrschenden Verhältnisse ablegte, hat der Reaktion erheblich erleichtert, überhaupt einen „Fall Brückner“ herauszupräparieren.

1977 hatte Peter Brückner mit anderen Hochschullehrern den „Mescalero-Nachruf“ auf Buback nachveröffentlicht. Der Nachruf war ein „innerer Monolog“ eines „Stadtindianers“, der beiläufig das Wort von der „klammheimlichen Freude“ fallen ließ, aber nur um sich dann darüber auszulassen, warum Gewalt für ihn nichts sei. In Sachen Gewalt gab es also gar nichts zum Distanzieren, wie Brückner von Anfang an und später auch das Gericht feststellte. Vorher aber hatten sich schon alle Unterzeichner distanziert, außer Brückner, gegen den gleich ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Brückners niedersächsische Mitunterzeichner taten dazu den Pestel-Schwur (1).

Als dann auch noch Schleyer abhanden kam, da gelobten 177 Hochschullehrer am 17.9.1977 in der Frankfurter Rundschau, unaufgefordert und mittels einer Anzeige, daß sie sich von jetzt ab immer mit solchen „auseinandersetzen“ wollten, die „die Notwendigkeit auch gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderungen nicht ausschließen“. Sie verkündeten auch, sie wollten von nun an immer den „Bestrebungen“ nach „klammheimlicher Freude“ und der „erschreckenden Gleichgültigkeit“ bei Anlässen, wie sie 1977 öfters vorkamen, „entgegenwirken“. Und wo? „Unter den Studenten“, die sie ausbildungsmäßig bearbeiteten.

Entgegen der dringlichen Aufforderung der „Welt“ vom 9. Juli 1977 und auch vieler anderer: „Distanzieren sie sich, oder gehen Sie“, sah Brückner zu beidem keine Veranlassung. Vielmehr beharrte er auf einigen Tatsachen des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft:

„Ihr Gewaltmonopol haben die modernen Staaten historisch errungen, indem sie feudale, lokale, private Gewaltförmigkeit beseitigt haben, also gewaltförmig.“ (2)

„Das heißt also, das alte Spiel, wer hat angefangen, ist hier sehr einfach zu beantworten. Ich meine, der erste Terrorismus, dem die Protestbewegung begegnete, war ein Terrorismus des Staates und seiner Administration, seiner Exekutive, ich glaube, da ist kein Zweifel.“

Und gegen die Freigabe der Roten-Armee-Fraktion zur physischen Liquidierung durch die Propaganda ihrer außer jeder Ver-

fassung und westdeutschen Gesellschaft stehenden „Unmenschlichkeit“ und gegen ihre Bezeichnung als Agenten und Provokateure in Teilen der Linken:

„Der Vorwurf, die RAF sei als Provokateur objektiv konterrevolutionär, ist entweder von Angst diktiert oder töricht – wenn nicht schlicht Parteieingezänk.“

„Die je herrschenden Klassen werden nie freiwillig abtreten, auch nicht im Falle eines umstürzlerischen Mehrheitswillens; die Gewaltförmigkeit der Revolution bemißt sich (weitgehend) an der Stärke des Widerstands, den ‚reaktionäre Kreise‘ dem Willen der Bevölkerungsmassen leisten.“

Im Mescalero-Nachruf hatten solche und ähnliche Feststellungen zur Frage revolutionärer Gewalt sowieso nicht gestanden, im Unterschied etwa zum Buback-Nachruf der Kommunistischen Volkszeitung, für den mehrere Mitglieder des damaligen KBW zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt wurden.

Peter Brückner war also von den Hochschullehrern der einzige, der öffentlich die Einsicht vertrat, daß jeder, der sich von „der Gewalt“ als Mittel des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung distanziert, in Wirklichkeit bereits dem *Gedanken* an eine Änderung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse abschwört – erst recht seiner praktischen Umsetzung.

Bei dem Disziplinarverfahren ging es der CDU aber nicht nur um die Unterbindung dieser Einsicht.

Es ging und geht ihr um die Fixierung eines neuen Rechtsstandpunktes in der Anwendung von KPD-Verbot und Beamtenrecht. Zunächst disziplinarisch, dann gesetzlich und polizeimäßig soll festgestellt werden, was Wissenschaft ist und was nicht.

Während die Rechtssprechung bei den „Gewaltparagrafen“ und Staatsschutzdelikten schon stehendes Recht ist, betreibt Albrecht mit diesem Disziplinarverfahren das Verbot des Wissenschaftlichen Sozialismus schon als Absicht, sich mit ihm zu beschäftigen, und die „Vergrundwertlichung“ des Hochschulbetriebes.

FDGOtium als Staatsreligion und Wissenschaft, die Entsprechung zur national-abendländischen-grundwertgemäßen Ausbildung an den Schulen, wie sie von Mayer-Vorfelder in Baden-Württemberg betrieben wird.

Brückners Veröffentlichung zur Einlassung gegen die Anklageschrift entwickelt diese und andere Kritikpunkte an der Anklage. Sie fragt, was Grundsätze für eine verfechtbare demokratisch-republikanische Kritik an der Reaktion, dem Grundgesetz und den „Grundwerten“ wären, auch eine Frage des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion also, obwohl das nicht die Absicht Brückners ist. Die lautet vielmehr: „Über die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein.“ Und dieser Grundsatz ist der bürgerlichen Revolution verpflichtet (3).

Zunächst Brückner etwas durch die Blume:

„Eine Rose ist eine Rose, aber eine Verfassung ‚ist‘ immer schon ihre Auslegung.“

„Das heißt: Grundwerte – Freiheit, Gleichheit – sind im Zusammenhang der kapitalistischen Wertproduktion zu erörtern.“

„Verfassungsfragen sind ja auch nicht nur Machtfragen, gerade das *Recht* geht in Macht nicht einfach auf. Und was man den postulativen Gehalt des GG nennen mag, wäre gut auch als das objektiv Mögliche zu bezeichnen.“

„Bürgerlich-demokratische Verfassungen sind ein dilatorischer (= aufschiebender, hinhaltender) Kompromiß. Sie überlassen gewisse Entscheidungen der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung.“

Daraus folgt erstens, daß man sich nicht auf den Standpunkt stellen kann, eigentlich „sei“ die Verfassung das, was sie mal gewesen „sei“.

Also kann gegen die Verfassungen von jetzt und ihre Anwendung durch die herrschende Klasse nicht die von 1949 oder die „eigentliche“ Verfassung proklamiert werden.

Dann bezieht sich Brückner auf die Kritik von Marx, daß jeder Paragraph der bürgerlichen Verfassung zu jedem formell gewährten Recht gleich auch seine Aufhebung enthält. Daher habe die Verfassung für die herrschende Klasse eine „praktische Seite“ – die Aufhebung der Rechte – und eine „unpraktische Seite“, die darin enthaltenen, postulierten bürgerlichen Rechte.

Nun könne man zwar den postulativen Teil, den unpraktischen, also die formellen Rechtsgarantien, als Forderung erheben, aber man könne nicht behaupten, das sei die Verfassung. Den „postulativen Gehalt“ des Grundgesetzes, also die bürgerlichen Freiheitsrechte, müsse man als das geschichtlich mögliche Minimum bürgerlicher Rechte verlangen, aber man kann sich nicht auf den Schutz der Verfassung berufen.

Brückner zitiert die Forderung der CDU von 1970, die Verfassung den „Gegebenheiten“ anzupassen, u.U. durch eine „Totalrevision“, und zieht die Schlußfolgerung:

„... wird (durch die CDU) dem Bürger bestätigt, daß die unpraktische Seite des Grundgesetzes (also die postulierten Rechte) nicht garantiert ist.“

Das Disziplinarverfahren endete in erster Instanz mit einer Verurteilung Brückners zur Kürzung seiner Bezüge. Damit hatte Albrecht fürs erste eine disziplinarrechtliche Festschreibung der FDGO als Staatsphilosophie und Wissenschaft erreicht. Brückners Entfernung vom Dienst wurde aufgehoben, aber er konnte seine Stelle nicht mehr antreten wegen der Verschlechterung seines Herzleidens. Das Revisionsverfahren konnte er nicht mehr fortführen, weil er kurz darauf starb.

Albrecht aber führt das Verfahren weiter. Das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat beantragt, die Kosten des nicht abgeschlossenen Verfahrens nicht wie üblich durch die Staatskasse tragen zu lassen, sondern Brückner bzw. seinen Erben anzulasten. Dabei beruft sich das Ministerium auf eine Ausnahmenvorschrift in Fällen, wo die völlige Bestätigung der Disziplinarvorwürfe im Berufungsurteil zweifelsfrei ist. Albrecht und die Disziplinarbehörde halten also die Neufixierung ihres Rechtsstandpunktes schon jetzt für geltendes Recht und zweifelsfrei.

Namhafte Kreise der Hochschullehrerlinken und dessen, was sich dazu zählt, sind weit davon entfernt, die Kritik am Vormarsch der Reaktion jetzt dort fortzusetzen, wo Brückner sie nicht weiterführen konnte, nämlich bei seinem Disziplinarverfahren. Das haben sie schon bekundet, als er noch ein „Fall“ war. 1981 erschien dazu der Sammelband: „Zum Beispiel Brückner“. Die Einleitungszeile lautet:

„Der ‚Fall Brückner‘ – bzw. das, was die veröffentlichte Meinung und die disziplinarrechtlichen Verfahren gegen den Hannoveranischen Wissenschaftler als ‚Fall‘ plakatiert haben – wird in den Aufsätzen dieses Buches in einer Weise analysiert, die an die Stelle der Verdächtigung und der Ahndung die Anstrengung des Begriffs und die Diskussion setzt.“ (4)

Begrifflich bemühen sich dann in diesem Band unter anderem der kritische Theoretiker Habermas, der in den 60er Jahren den „Begriff“ vom Linksfaschismus gegen die Studentenbewegung bemühte, und Peter von Oertzen, der als SPD-Kultusminister die erste Dienstenthebung Brückners unterzeichnete.

Bemüht wird hier und sonstwo in Kreisen, die sich um die Frage nach der „Identität der Linken“ verdient gemacht haben, die „politische Psychologie“ Brückners.

In der Tat ist Brückners kritische „politische Psychologie“ auch höchst geeignet für den Marsch durch die bürgerliche Inner- und Äußerlichkeit für den, der will. Brückner gibt ihr den Leitsatz: „Die politische Psychologie lebt von der Idee des Zusammenhangs zwischen der Lebensgeschichte des einzelnen Individuums und dem, was sie sich geschichtlich antun.“ (5)

Genau auf die Anwendung und Verallgemeinerung dieser „politischen Psychologie“, die bei Brückner durch die politische Absicht der Kritik an Reaktion, Nationalismus und Chauvinismus in ihren Auswirkungen begrenzt ist, stürzen sich solche, die zu neuen vaterländischen Ufern wollen.

So diskutieren dann jene, die sich von Brückners Kritik an der Reaktion distanzieren, seinen „Begriff der politischen Psychologie“ nebst dem dazugehörigen „einzelnen Individuum“, also ihnen selbst, um beim Aufeinandertreffen mehrerer von der gleichen Sorte feststellen zu können, was allen gemeinsam ist: Marke deutsch. Wer's ein bißchen feiner sagt, spricht bei solchen Gelegenheiten von politischer Kultur, die man hat oder auch nicht oder noch nicht oder noch nicht wieder.

„Was ist des Deutschen ‚Vaterland‘? Ein veraltetes Wort, dessen Verschwinden aus öffentlichen und privaten Reden unsereinen, als Linken und vaterlandslosen Gesellen (wie uns das Kaiserreich genannt hat) weiter nicht betrübt“ (7), meinte Peter Brückner 1978. Die Vaterländische Abteilung in der Linken dagegen hat festgestellt, das sie jetzt genau das bräuchte.

(1) Näheres über den Ablauf findet sich in: Peter Brückner, Die Mescalero-Affäre

(2) Peter Brückner, „Über die Rolle der Gewalt in der Konstruktion und Zerstörung sozialer Systeme“, in: Über die Gewalt, Wagenbach-Verlag. Die folgenden Zitate sind entnommen der Anschuldigungsschrift, dokumentiert in: Brückner, Ostermann, „Über die Pflicht des Gelehrten auch als Bürger tätig zu sein“, Hannover, Internationalismusverlag.

(3) Die folgenden Zitate sind alle aus: „Über die Pflicht des Gelehrten“

(4) Zum Beispiel Peter Brückner, Treue zum Staat und kritische Wissenschaft, Frankfurt 1981

(5) P. Brückner, „Die Transformation des demokratischen Bewußtseins“, in: Agnoli, Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1968. Eine Schritt, in der die Grundpositionen der Studentenbewegung und der kritischen Theorie enthalten sind. In den Arbeitsheften der Politischen Berichte Nr. I und II, 1981, sind verschiedene Fragen der Kritik an der kritischen Theorie behandelt.

(6) Stellvertretend für verschiedene dieser Kulturprodukte sei auf den Sammelband „Was ist heute noch links?“ verwiesen, 1981 bei Astheta und Kommunikation. Darin vor allem der linksdeutsche Jungdichter Peter Schneider, der sehr schnell zur Sache kommt, „das Wort deutsch“, da Lage für ihn der „Ansatzpunkt“

(7) Brückner, Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären, Berlin 1978

DRUPA-Messe Düsseldorf

Neuheiten, die Rationalisierung in allen Bereichen ermöglichen

1240 Aussteller aus 29 Ländern beteiligten sich an der weltweit größten Messe der Druck- und Papiermaschinenhersteller in Düsseldorf, die von 300000 Menschen besucht wurde. 40% der Weltexporte an Druckmaschinen stammen aus der BRD, und auch der nationale Markt, für den produziert wird, ist expansiv: 1981 stieg der Export von Druckerzeugnissen um 11,1%, bei Waren der papierverarbeitenden Industrie im gleichen Jahr sogar um 18,2%. Folglich war die Eröffnungsrede des DRUPA-Präsidenten Dr. Kurt Werner mit dem Titel versehen: „Bekenntnisse zur Freiheit internationalen Handels“.

„Happy DRUPA“, das offizielle Motto der Messe, werden die interessierten und finanzkräftigen Kapitalisten durchaus als trefend empfunden haben, denn die Aussteller überschlugen sich auf allen Gebieten mit Angeboten an Maschinerie, die einen in der Druckindustrie bisher nicht gekannten Rationalisierungsschub bewirken werden.

Kaum ist im Satzbereich die Umstellung von Blei- auf Fotosatz vollzogen, wird die Lücke bis zum Druck geschlossen. Elektronische Systeme sind reif zur Anwendung, die den Ganzseitenumbruch am Bildschirm ermöglichen unter Einbeziehung von Bildelementen. Die so gefertigte Zeitungsseite kann an jeden beliebigen Ort versendet werden, wo sie über eine Belichtungseinheit direkt auf die Druckplatte übertragen wird.

Die über 20000 Beschäftigten im Bereich der Druckvorlagen- und Druckformherstellung, deren Tätigkeit bisher ganz überwiegend manuell und handwerklich geprägt war, werden mit elektronischen Systemen konfrontiert, die die Herstellung von Farbseiten vom Layout bis zum fertig retuschierten und zusammenmontierten Film am Bildschirm, gestützt auf digitalisierte Bilddaten, ermöglichen.

Der Druckbereich ist durch die Weiterentwicklung der Maschinerie in bisher nicht gekannten Dimensionen geprägt. Seien es Tiefdruckrotationen, die Zeitschriften oder Kataloge auf einer Papierbahnbreite von 2,70 m bedrucken, oder Rollenoffsetmaschinen, die bis zu 60000 Zylinderumdrehungen pro Stunde ermöglichen, doppelt so viele wie im herkömmlichen Zeitungsdruck.

1978 hatte die Gewerkschaft Druck und Papier einen 14tägigen Streik geführt, um die von den Kapitalisten beabsichtigte Senkung der Lohnkosten, Dequalifizierung und Steigerung der Arbeitsintensität im Satzbereich durch Anwendung der elektronischen Texterfassung zu verhindern. Seither verwenden die Kapitalisten mehr Mühe darauf, sich als Vorreiter der „Humanisierung der Arbeit“ darzustellen. DRUPA-Präsident Werner: „Die schöpferische Leistung der Techniker ist ... auch die Voraussetzung für die Steigerung jeglicher Lebensqualität ... Ich empfehle den heftigsten Kritikern des technischen Fortschritts, unter diesem Gesichtspunkt die Arbeitsplätze in einer modernen Setzerei mit den Arbeitsplätzen in einer Bleisetzerei vor 50 Jahren zu vergleichen!“

Die IG Druck und Papier geht davon aus, daß in den nächsten zehn Jahren 30000 Arbeitsplätze (knapp 20%) in der Druckindustrie vernichtet werden. Die verbleibenden „Arbeitswilligen“ erwartet folgendes: Heute erreichen 72% aller Druckarbeiter durch Tod oder Frühinvalidität nicht mehr das Rentenalter. Hält die Tendenz an, werden es 1990 bereits 90% sein. Innerhalb der Gewerkschaft findet gegenwärtig die Auseinandersetzung statt, wie diese Entwicklung zu stoppen ist. Mehrheitlich wird inzwischen vertreten, daß die Grenze überschritten ist, wo zunehmender Verschleiß der Arbeitskraft durch Lohnzuschläge ausgleichbar ist. Umstritten ist die Frage, ob es gelingen kann, die Auswirkungen der kapitalistischen Anwendung neuer Technologie durch detaillierte Tarifregelungen der Arbeitsbedingungen wirksam einzudämmen, da die 1979 ausgehandelten Manteltarifanhänge der beschleunigten Rationalisierung bereits wieder hinterherhinken. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier stellt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt. Andererseits hat gegenwärtig fast jede Belegschaft damit zu tun, zumindest die übelsten Folgen bei Einsatz neuer Maschinerie zu bekämpfen.

Quellenhinweis: DRUPA-Report, Messezeitung der Veranstalter

Unternehmensstatistik: Zusammensetzung des konstanten Kapitals

Mittlere und Großunternehmen unterscheiden sich nicht nur nach Beschäftigtenzahlen, sondern auch in der organischen Zusammensetzung ihrer Kapitale. Dafür lieferte u.a. die Untersuchung des Verhältnisses von Lohnkosten zum Umsatz (s. Pol. Ber. 13/82) in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen Anhaltspunkte: In den mittleren Unternehmen liegt der Lohnkostenanteil erheblich höher als in Großunternehmen. Darin drückt sich vermutlich eine niedrigere organische Zusammensetzung der mittleren Kapitale (der Anteil des variablen Kapitals ist relativ größer als bei den großen Kapitalen) aus, andererseits eine größere Wertübertragung durch die Arbeiter der Großunternehmen, die ihren Niederschlag u.a. auch in höheren Lohnkosten pro Beschäftigten findet. Zudem ergab die Verteilung von Beschäftigten, Umsatz etc. nach Unternehmensgrößenklassen keinen fließenden Übergang, sondern deutlich voneinander geschiedene Zonen, in denen sich die Mehrzahl der mittleren Unternehmen (bis ca. 400 Besch.) bzw. der Großunternehmen (weit über 1000 Besch.) konzentriert.

Ist die These von der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung der mittleren und großen Kapitale auch anhand von Daten über das konstante Kapital zu belegen? Die amtliche Statistik liefert für diese Untersuchung zwar Daten über den Materialverbrauch (Rohstoffe und Vorprodukte, Hilfsstoffe und Betriebsstoffe) und die Lagerhaltung, also über den flüssigen Teil des konstanten Kapitals, aber nicht über das Anlagevermögen (Maschinerie, Gebäude, Grundstücke). Die in der Statistik erfaßten Bruttoinvestitionen (Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen, Großreparaturen) dienen zwar dem Erhalt und der Erweiterung des Anlagevermögens, sind aber kein direkter Gradmesser für die Größe des fixen Teils des konstanten Kapitals. Dies gilt ebenso für die Abschreibungen. Hier ist laut Auskunft des Stat. Bundesamtes vorwiegend die steuerliche Abschreibung erfaßt, die eine kürzere Periode umfassen kann, in der eine Anlage abgeschrieben wird, als den tatsächlichen Verschleiß.

Zu den Schaubildern 1a – 1c:

– Es bestätigt sich, daß die Wertübertragung – auf den einzelnen Beschäftigten bezogen – mit wachsender Unternehmensgröße zunimmt. Während aber der Materialverbrauch, die Werterhaltung und -übertragung des flüssigen Teils des konstanten Kapitals, eher kontinuierlich steigt, ergibt sich bei den Pro-Kopf-Investitionen und -Abschreibungen von mittleren zu Großunternehmen ein Sprung. D.h. – soweit Investitionen und Abschreibungen Gradmesser des Anlagevermögens sind – verarbeitet der Arbeiter des Großunternehmens mehr Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit überproportional mehr Maschinerie.

Zu den Schaubildern 2a – 2c

– Ab einer Unternehmensgröße von ca. 250 Beschäftigten pendelt sich der Materialverbrauch auf 36 bis 40% des Umsatzes ein, während er bei kleineren Unternehmen deutlich niedriger liegt. D.h. dieser Teil der Umsatzerlöse realisiert ausschließlich die Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Der niedrigere Materialverbrauchsanteil in den kleinen Unternehmen weist dort auf eine verhältnismäßig höhere Wertbildung, Schaffung von Mehrwert, gegenüber der Wertübertragung hin.

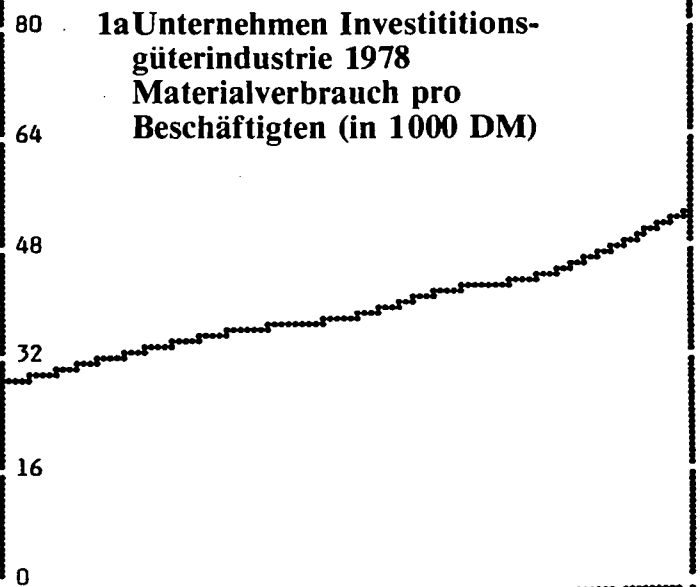
– Auch im Verhältnis von Investitionen bzw. Abschreibungen zum Umsatz bestätigt sich die weit höhere organische Zusammensetzung der großen Kapitale, der Ersatz von lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie. Das Verhältnis von Lohnkosten zum Umsatz (s. Pol. Ber. 12/82) ergibt dementsprechend ein fast umgekehrtes Bild.

– Erstaunlich der „Badewannen“-Effekt bei der Investitions-Umsatz-Kurve: Ziemlich kleine Unternehmen investieren demnach, bezogen auf den Umsatz, fast soviel wie Großunternehmen. Eine Untersuchung, die auch Unternehmen unter 20 Beschäftigten einbezieht, müßte klären, wieweit das eine allgemeine Tendenz für Kleinunternehmen ist und wieweit sich die kleinen von den mittleren Kapitalen unterscheiden.

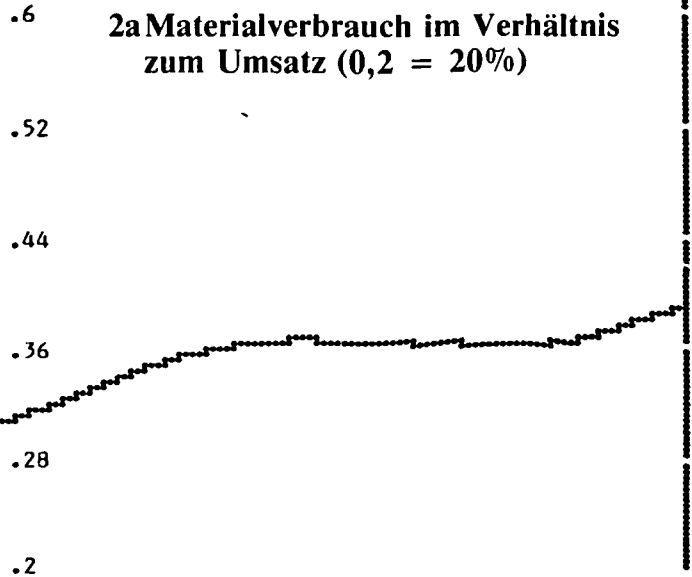
Die bisherigen Ergebnisse legen nahe, daß die Kapitale der unterschiedlichen Größenordnungen nichts Einheitliches sind, sondern qualitativ anders zusammengesetzt sind, daß auch die Ausbeutungsrate sich deutlich unterscheiden. Dazu soll als nächstes geprüft werden, ob und welche Unterschiede in der Produktion von Mehrwert, der Wertbildung, und damit in der Ausbeutungsrate, sich in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen nachweisen lassen.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt: Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihe 4.2.1 (1978) und 4.3.2 (1978)

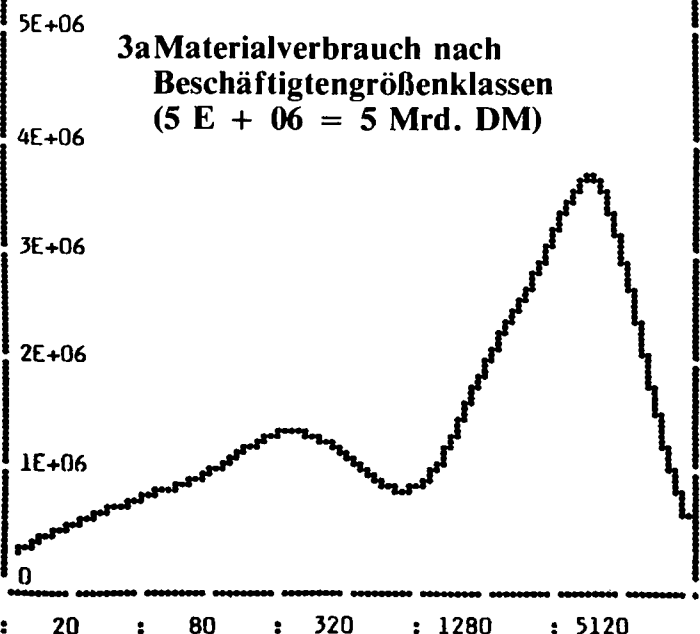
**1a Unternehmen Investitionsgüterindustrie 1978
Materialverbrauch pro Beschäftigten (in 1000 DM)**

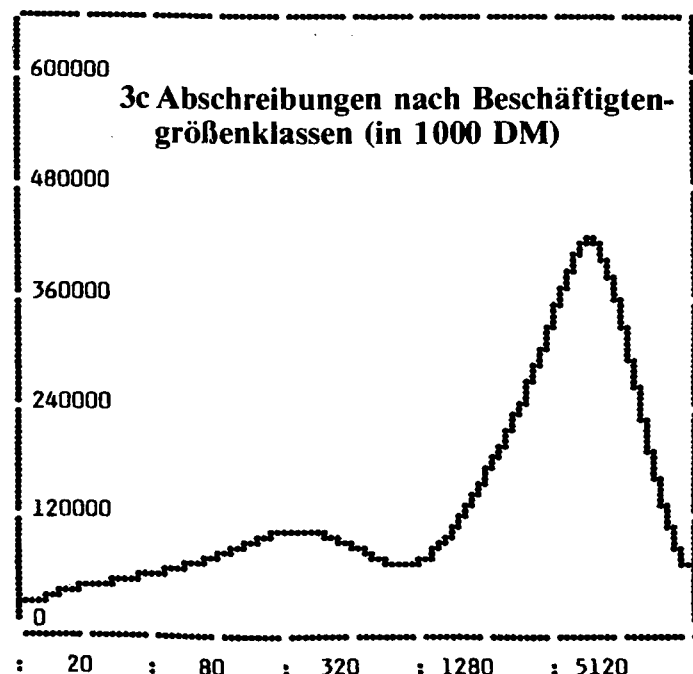
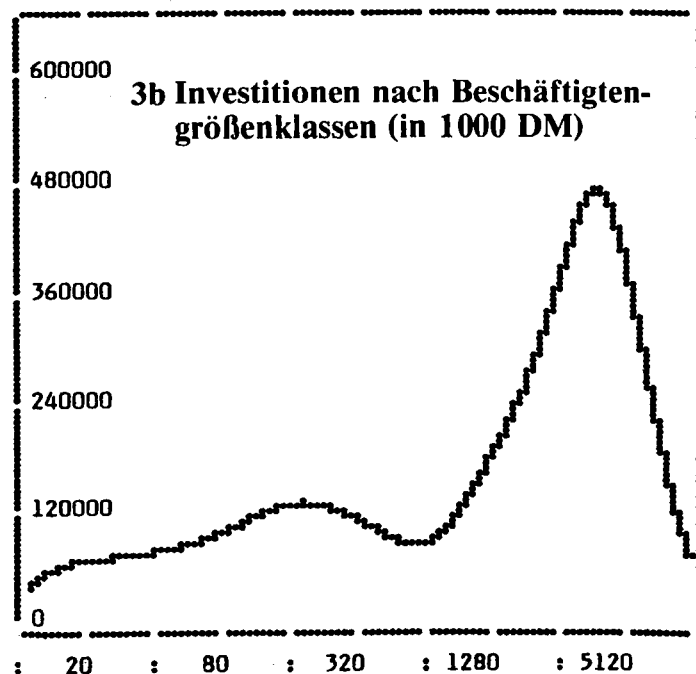
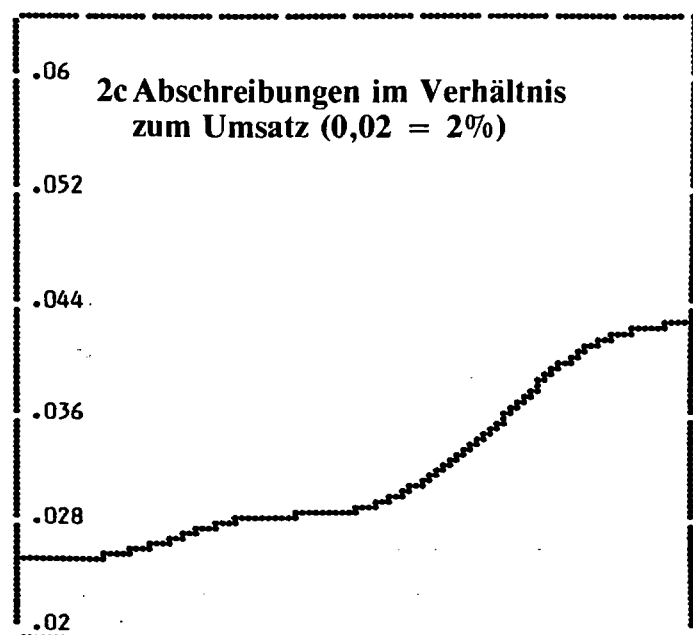
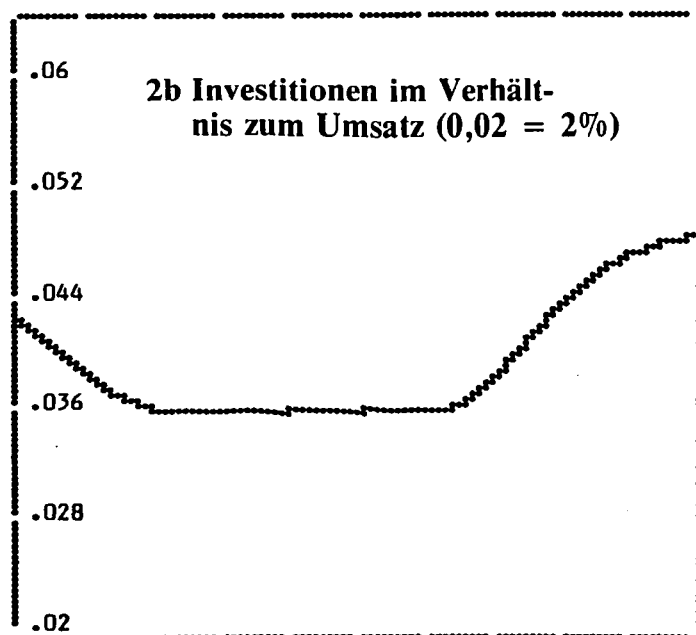
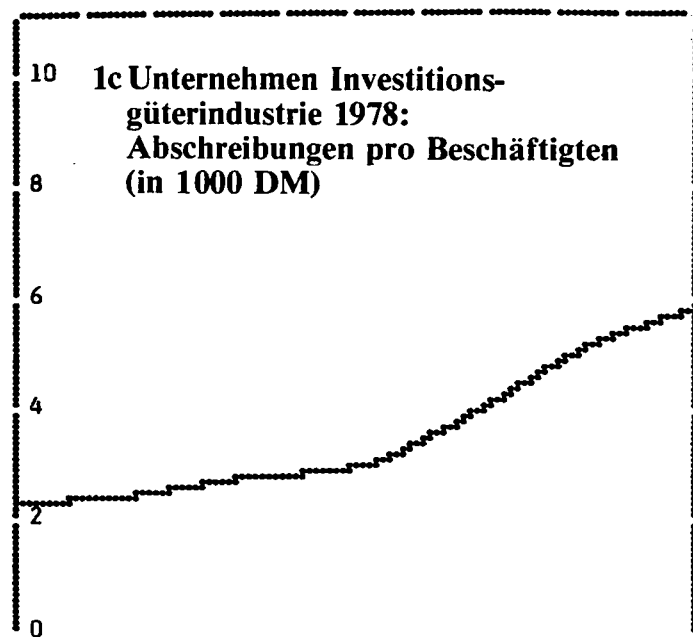
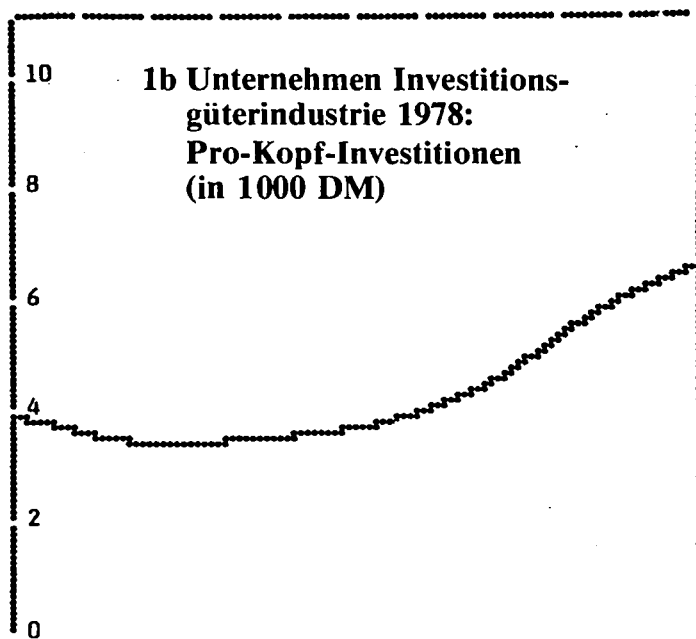


2a Materialverbrauch im Verhältnis zum Umsatz (0,2 = 20%)



**3a Materialverbrauch nach Beschäftigtengrößenklassen
(5 E + 06 = 5 Mrd. DM)**





BRD

Regierungsgezerre um einen Haushalt gegen die Lohnabhängigen



Neuwahlen, Minderheitsregierung oder Koalitionswechsel der FDP. Die Palette von Regierungswechseln, die die Finanzbourgeoisie inzwischen in die öffentliche Debatte gebracht hat, ist genauso breit, wie die sachlichen Zielpunkte der Haushaltsberatungen im Dunkeln bleiben. Der Zweck ist, einen Haushalt gegen die Lohnabhängigen zurechtzuwimmern, daß es nur so kracht. Wieweit läßt sich die Regierung noch gegen die Arbeiterbewegung treiben?



Westberlin

BRD-Brückenkopf zur Rückeroberung der „Deutschen Ostgebiete“

„Berlin bleibt die Hauptstadt von ganz Deutschland, eine nationale Aufgabe“, heißt im Grundsatzprogramm der CDU. Seit der Spaltung Deutschlands durch die westlichen Imperialisten laboriert die westdeutsche Bourgeoisie vor allem über Westberlin an der „Befreiung des deutschen Ostens“ – mittels Spionage, Sabotage, wirtschaftlicher In-

filtration und reaktionärer Propaganda gegen die DDR. 37 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs steht Westberlin noch immer unter Besatzungsrecht. In den Kriegsplänen der westdeutschen Imperialisten und ihrer NATO-Verbündeten gewinnt diese besatzungsrechtlich abgesicherte Brückenkopffunktion Westberlins wieder steigende Bedeutung.

Bäuerliche Landwirtschaft in Bayern

Harte Arbeit sichert kaum die Existenz



Bäuerinnen und Bauern auf kleinen Höfen berichten über ihre Arbeit und Probleme, die sich daraus ergeben, daß trotz großer Schinderei die Einkommen oft nicht einmal die Höhe erreichen, die einem Arbeiterlohn entspräche. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung verweisen auf den „Bayerischen Weg“ – mit dieser Form des Agrarkredits, der

bloß noch ausgedehnt werden müßte, ließe sich die bäuerlich betriebene Landwirtschaft erhalten. Wie aber entwickelt sich die Verschuldung? Welche Absicherung haben ein Bauer und seine Familie, wenn sie die Plackerei für einen Hof, der sich nicht mehr lohnt, aufgeben wollen? Die bestehenden Regelungen fesseln sie an die Scholle.

Griechenland

Kämpfe der Arbeiterbewegung um ihre Rechte

Gut ein halbes Jahr nach dem Regierungsantritt gerät die PASOK zunehmend unter Druck. Die Gewerkschaften kämpfen um die vollständige Beseitigung der Zwangsgesetze, die die Obristenjunta und die reaktionären Regierungen geschaffen hatten zur Fesselung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Die Regierung unter Ministerpräsident Papandreu hält diese Gesetze nicht nur aufrecht, sie wendet sie auch an.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457